

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

17 (24.4.1948)

WIRTSCHAFTSREVUE

REVUE ECONOMIQUE EN FRANÇAIS ET EN ANGLAIS
L'ECONOMIE CONTINENTALE
CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

WIRTSCHAFTS - WOCHENSCHRIFT

Nr. 17 — 3. Jahrgang — Nr. 1122 DG AA/104/Pz.

Konstanz Bodensee, den 24. April 1948

Ausgabe D — Preis RM 1.-

18 beginnen

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas ist einen großen Schritt vorwärts gekommen: In Paris haben die 16 Marshall-Plan-Nationen, sowie General König für die französische und General Robertson für die Doppelzone die „Convention de cooperation économique européenne“ unterzeichnet. Die Bedeutung dieses Vertragswerks kann kaum überschätzt werden. Ein Vergleich mit der UNO liegt nahe, und doch sind zwei Unterschiede von wesentlicher Bedeutung. Erstens handelt es sich bei der jetzt abgeschlossenen Konvention um eine rein wirtschaftliche Zusammenarbeit, die, wenn sie zu sagen dürfen, über die Politik hinausgeht, und zweitens besteht die Absicht, daß die Zusammenarbeit hier besser funktioniert als bei der UNO, da von der Einführung des Votorechtes abgesehen worden ist. Der Artikel 14 sieht jedem Land die Möglichkeit zu erklären, daß es an einer bestimmten Frage kein Interesse habe, die beschlossene Konvention sind an den Beschluß... anhängen, das interessierte Land, indessen nicht. Damit ist die Möglichkeit des Flaggen eines Beschlusses auf ein Minimum reduziert.

Der der Konvention zugrunde liegende Vertrag ist in 28 Artikel gegliedert. Die Unterzeichner verpflichten sich in ihnen zur Erhöhung der Produktion in ihren Gebieten, zum Austausch ihrer Pläne über Produktion, internationalen Handel und Transportmöglichkeiten, zwei sehr weitgehende Bestimmungen, vor allem die zweite: denn Produktionspläne pflegten bisher nicht immer offen einem anderen Lande gegenüber bekanntzugeben zu werden. Die weiteren Artikel stellen sich mehr als Empfehlungen, wenn auch in Verpflichtungsform, dar. Die Unterzeichner sollen sich bemühen, ein mehrseitiges Zahlungssystem zu erzielen, die Bildung von Zollunions zu prüfen, Bestrebungen zur Abschaffung der Zölle zu fördern, Inflationen zu vermeiden und den freien Austausch von Arbeitern zu begünstigen.

Der Artikel 9 atmet den ganzen Geist dieses Vertrages. Danach verpflichten sich die Unterzeichner, alle Informationen, die die neue Organisation von ihnen verlangt, zu geben. Eine solche Verpflichtung können nur Staaten übernehmen, die zu einer offenen und weitgehenden Zusammenarbeit bereit sind. Erst waren es fünf Länder, die sich verpflichteten, wirtschaftlich zusammen zu arbeiten: England, Frankreich und Belgien. Dann beschlossen Frankreich und Italien eine Zollunion. Jetzt sind es 18 — und Deutschland ist dabei!

Neue deutsche Wirtschaftspolitik

Bestimmend: Währungsreform und Marshall-Plan

Frankfurt, In der 14. Vollversammlung des Wirtschaftsrates legte der Direktor für Wirtschaft, Dr. Erhard, die Grundsätze dar, von denen sich die Wirtschaftspolitik des Vereinigten Wirtschaftsgebietes leiten lassen will. Seinen Ausführungen zufolge werden als erste Ziele eine bessere Versorgung mit Verbrauchsgütern und die Wiederherstellung gesunder Geldverhältnisse angesehen sein. Die Behörde soll sich künftig Aufgaben der Material- und Produktionsplanung widmen, die Bewirtschaftung, ähnlich wie beim Handwerk, aber auf Selbstverwaltungsorganen der Industrie übergehen.

Die Währungsreform hat nicht nur finanztechnischen, sondern auch wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen zu genügen. Es muß ein Lastenausgleich mit ihr verbunden sein. Als Folge der Währungsreform wird mit einem Freiwerden von Arbeitskräften gerechnet werden müssen, es sind daher, erklärte Dr. Erhard, Maßnahmen für die Unterbringung dieser Arbeitskräfte zu erwägen.

Für die laufende Produktion und zur Erleichterung des Warenumschlages sind, da langfristige Kredite zunächst auf Schwierigkeiten stoßen, kurzfristige zu beschaffen. Für das Handwerk werden sich verhältnismäßig günstige Aussichten ergeben.

Mit der Währungsreform wird keine absolute Freiwirtschaft angestrebt, wohl aber eine Ordnung, die wieder Freiheit der Produktion, Konsum und Berufswahl gibt. Die gestoppten Preise müssen beweglichen werden, es sei das nicht nur mit Rücksicht auf

Vorstufen der Gesundung

Lockerung in Preisen, Löhnen und Bewirtschaftung

Die Einbeziehung der drei Westzonen in den Marshall-Plan ist Tatsache geworden, wenn auch die Summen im einzelnen noch nicht ganz feststehen. Damit erhält die deutsche Wirtschaft endlich nach drei Jahren krisenhafter Erschütterungen die erhoffte Initialzündung, die zu einer allmählichen Gesundung und zur Wiedereinordnung in die Weltwirtschaft führen kann. Die ersten Anzeichen einer Besserung machen sich allenthalben bereits bemerkbar. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist heute etwas besser als noch vor wenigen Monaten. In der Doppelzone werden die seit anderthalb Jahren vorgesehenen 1560 Tageskalorien für den Normalverbraucher im April zum erstenmal wirklich ausgegeben. Die Fettzuteilung ist auf 265 Gramm erhöht worden, und der internationale Notstandrat für Ernährung hat für 1948 die Einfuhr von 120.000 t Fett in die vereinigten Westzonen genehmigt, während im vergangenen Jahr von den angelsächsischen Alliierten der Fettimport mit dem Hinweis auf die internationale Mangellage überhaupt abgelehnt worden war. Die Einfuhr von weiteren 100.000 t Fett für das laufende Jahr wird in Erwägung gezogen, und es wird sogar schon davon gesprochen, daß die Fettzuteilung bis zum Sommer auf monatlich 500 Gramm für den Normalverbraucher erhöht werden soll. Auch im industriellen Sektor sind gewisse Anzeichen der Belebung zu verzeichnen. Die Bolkstoffzufuhr hat sich wenigstens etwas verbessert, es gehen wieder die ersten Auslandsreise für die rheinisch-westfälische Eisenindustrie zur Verfügung. Der Erdölimport ist angelaufen, und Sachverständige verhandeln zur Zeit über amerikanische Stahllieferungen.

Diese ersten Symptome für die Erlösung der westdeutschen Wirtschaft aus einem dreijährigen Starrkrampf bedeuten allerdings noch keineswegs, daß nun die endgültige Gesundung gesichert ist. Es wird noch zahlreiche Anstrengungen bedürfen, ehe von einer Sicherung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Westdeutschland gesprochen werden kann. Besondere Bedeutung kommt dabei zweifellos der tätigen deutschen Mitarbeit zu. Kein verantwortungsbewußter Deutscher wird sich allein auf die Hilfe von aussen verlassen wollen, und das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wartet ungeduldig darauf, wieder mit allen Kräften Hand anlegen zu können an den Wiederaufbau seiner eigenen und

der europäischen Wirtschaft — abgesehen von einigen Zehntausend Großhändlern, für die die vergangenen Jahre und auch der derzeitige noch ungeklärte Zustand des Übergangs ein Derrado der Konjunktur bedeuten.

Die große Wende zum Besseren wird allgemein von der Währungsreform erwartet, die zweifellos nicht mehr allein lange auf sich warten lassen wird. Es wäre aber durchaus verfehlt, von der Finanzreform allein das Heil zu erwarten und vorläufig in untätiger Resignation zu verharren. Sie kann nur dann zu dem gewünschten Erfolg führen, wenn zwei Bedingungen erfüllt werden: gleichzeitig mit der Geldreform muß die deutsche Wirtschaft erstens von aussen neues Blut eingepumpt bekommen in der Form von Rohstoffen, Lebensmitteln und Ausrüstungsgegenständen. Zweitens muß die Währungsreform sinnvoll vorbereitet werden. Wir befinden uns zur Zeit in Westdeutschland in diesem Stadium der Vorbereitung, und zahlreiche Maßnahmen der letzten Wochen sind zweifellos als eine

Unterstützung der bevorstehenden Finanzreform gedacht, die ihrerseits wesentlicher Bestandteil der wirtschaftlichen Wiedergesundung ist.

Zwei wirtschaftspolitische Maßnahmen sind in dieser Richtung von besonderer Bedeutung: einmal die Lockerung des Preisstopps und zweitens die Lockerung der Bewirtschaftung. Der Frankfurter Wirtschaftsrat hat bereits am 17. März ein neues Preisgesetz verabschiedet, das grundsätzlich den starren Lohnstopp, der noch aus der Vorkriegszeit stammt, aufhebt und bestimmt, daß Preise, Mieten, Pachten usw. (außer Löhnen) neu festgesetzt werden können. Vorläufig bildet das Gesetz zwar noch den Gegenstand von Beratungen zwischen zuständigen Organen der bizonalen Verwaltung und der Länderregierungen; die inzwischen in Bewegung gekommenen Preise für zahlreiche Grundprodukte und für einige landwirtschaftliche Erzeugnisse zeigen jedoch, daß die Preisauflöcherung nicht mehr aufzuhalten ist. Besonders die seit einem

(Fortsetzung Seite 2)

1,96 Mrd. Dollar Einfuhrbedarf für 1948/49

Ein Drittel soll durch Ausfuhr der Doppelzone gedeckt werden

Frankfurt. Die vom Verwaltungsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes angeordneten Vorbereitungen für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Doppelzone stellen für das am 1. April 1948 beginnende erste Jahr des Aufbauplanes einen Gesamteinfuhrbedarf von 1,96 Milliarden Dollar fest, von denen 695 Millionen Dollar durch Ausfuhrerlöse aufgebrach werden sollen, so daß die Doppelzone 1,265 Milliarden Dollar aus den Mitteln des Europa-Hilfsprogramms benötigt. Damit soll im ersten Planjahr selbst eine Leistungssteigerung von 25% gegenüber 1947 erreicht, weiter aber auch die Voraussetzung für eine nachhaltige Produktionssteigerung in den folgenden Jahren geschaffen werden.

Grundvoraussetzung des Wiederaufbaus der Wirtschaft ist die Steigerung der Arbeitsleistung um wenigstens 25%, die durch Verbesserung der Ernährung — mindestens 1800 Kalorien ab 1. Juli 1948 — und günstigere Zusammensetzung — sowie durch eine beschleunigte Versorgung mit Konsumgütern erzielt werden soll. Der Konsumplan will die Erzeugung für den Inlandsverbrauch von gegenwärtig 10 bis 20% des Standes von 1936 auf wenigstens 35% erreichen.

Der Kohlenplan sieht für die Steinkohlenförderung bis zum ersten Vierteljahr 1949 eine Erhöhung der Tagesleistung auf 330.000 Tonnen vor, was einen Tagesdurchschnitt von 310.000 Tonnen für das erste Planjahr bedeutet. Von den sich daraus ergebenden rund 83,5 Millionen Tonnen Netto-Jahresförderung verbleiben im Planjahr 1948/49 nach Abzug der festgelegten Ausfuhrmengen und der Abgaben an die beiden anderen Besatzungszonen für den Eigenverbrauch des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 58,7 Millionen Tonnen. Demgegenüber werden bei schärferem Drosselung benötigt für Hausbrand rund 7 Millionen, für Stahlherzeugung und Verarbeitung 11 Millionen, für die übrige Wirtschaft 48,7 Millionen, insgesamt also 67,4 Millionen, so daß eine Fehlmengende von 5 Millionen Tonnen verbleibt. Vielleicht ermöglicht eine nochmalige Überprüfung der westeuropäischen Kohlenwirtschaft im Zuge der Durchführung des Europa-Hilfsprogramms den Ausgleich dieser Fehlmengende.

Die Rohstahlerzeugung, die 1947 3,04 Millionen Tonnen betrug, soll nach dem Stahlplan bis zum Ende des ersten Planjahres auf eine Jahresproduktion von 6,24 Millionen Tonnen gebracht, also mehr als verdoppelt werden. Für 1948/49 würde das eine Erzeugung von rund 5,5 Millionen Tonnen bedeuten. Trotzdem verbleibt in Walzwerkserzeugnissen ein Defizit von 630.000 Tonnen, das durch Einfuhr zu decken ist. Demgegenüber ist die

Doppelzone bereit, 1,2 Millionen Tonnen Schrottausfuhr zu leisten, wenn für dieses Aufbringen technische Hilfe geleistet und Lebensmittel für zusätzliche Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden.

Durch Erhöhung der Lokomotiven- und Waggonreparatur und durch Inangriffnahme eines Waggon-Neubauprogramms will der Verkehrsplan bis zum Ende des ersten Vierteljahres 1949 einen Güterwagenbestand von mindestens 270.000 (1947: 235.000) und eine entsprechende Zahl von Lokomotiven erreichen. Der Energieplan sieht eine Anpassung der Stromerzeugung an einen Jahresbedarf von 19.000 Millionen Kilowattstunden vor und will die Leistungssteigerung von 16.000 Millionen Kilowattstunden im Jahr 1947 durch Instandsetzung und Neubaun von Kraftwerken erzielen. Durch erhöhte Erzeugung von Kunststoffe- und landwirtschaftlichen Produktionsmitteln soll nach dem Landwirtschaftsplan die Ernte der Ackerwirtschaft auf 80% des Standes von 1938 gehoben werden. Der Ausfuhrplan schließlich zielt auf einen Ausfuhrerlös von rund 290 Mill. Dollar im ersten Planjahr gegenüber 36,4 Mill. 1947. Dazu kommen noch die Ausfuhrerlöse für Kohle, Holz, Energie, Schrott und Dienstleistungen, die mit 405 Mill. veranschlagt worden sind, so daß sich ein Devisenerlös von 695 Mill. Dollar ergeben soll.

Der Gesamteinfuhrbedarf für die gewerbliche Wirtschaft entfällt in erster Linie auf solche Rohstoffe, die Deutschland immer schon einführen mußte, daneben aber auch auf Waren, die infolge von Zonenrennung, Kriegszerstörung und Kohlenmangel in der Doppelzone nicht in ausreichendem Maße hergestellt werden können. Die Ernährungswirtschaft benötigt Nahrungsmittel, Saatgut und Kunstdünger.

In der nachfolgenden Tabelle sind die 10 Mill. Dollar übersteigenden Posten der Einfuhrplanung einzeln aufgeführt, während die darunter liegenden zusammengefaßt wurden.

	(in 1000 Dollar)
Eisenerze	42 000
Stahl und Eisen	60 000
Nichteisen-Metalle	40 000
Mineralöl	36 147
Chemikalien	110 245
Textilien	174 200
Kautschuk	21 900
Häute und Felle	30 200
Zellulose und Papier	55 200
Holz	11 800
Ausrüst. für Verkehr	138 444
Bergb., Energie u. s.	138 444
Konsumgüter und Genussmittel	98 000
Bonus-Importe	40 000
Verschiedenes	24 250
Gesamt	940 200
Nahrungsmittel	200 000
Saat	40 000
Düngemittel	20 000
Ernährungswirtsch. zus.	260 000
Gesamtsumme (in 1000 \$):	1.200.200

In dieser Nummer

- Westeuropäische Kanalpläne
- Wird die Reichsbahn den Anforderungen genügen?
- Neuaufbau einer gesunden Landwirtschaft
- Warum keine metallischen Rohstoffe?
- Brennstoffe aus Naturgas
- Spanien zwischen Europa und Südamerika
- Zukunftsreicher Orient
- Welthandelsflotte um 20% gestiegen
- Erhöhter Warenverkehr Frankreichs
- Zinn ohne Kriegskonjunktur

Weltproblem Ernährung

In der Leitung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (F. A. O.) hat sich ein Wechsel vollzogen. An die Stelle des Generaldirektors Sir John Boyd-Orr ist der bisherige Unterstaatssekretär im amerikanischen Landwirtschaftsdepart. Norris E. Dodd getreten. Bei der F. A. O. handelt es sich um eine 1943 in Hot Springs beschlossene Einrichtung, die im Oktober 1945 auch tatsächlich im Leben gefaßt wurde. Die wichtigsten Aufgaben der Organisation bestehen in der Steigerung der Ernährungs- und Lebensstandards der Völker und in Verbesserungen in der Produktion und Verteilung der Agrarprodukte, beides Fragen von zur Zeit besonders einschneidender Bedeutung.

Es ist nicht allgemein bekannt geworden, welche Gründe zu dem Wechsel in der Leitung der F. A. O. geführt haben, und es erscheint als zweifelhaft, daß Sir John Boyd-Orr zwei Tage, bevor er sein Amt niederlegte, noch Erklärungen teilweise programmatischen Inhalts abgab. In diesen seinen Erklärungen zeigte sich Sir John besorgt, nicht nur um die Ernährungslage, mit der sich die Welt zur Zeit abfinden hat, sondern auch um die Versorgung der Bevölkerung auf lange Sicht. Innerhalb der nächsten 50 Jahre — so meinte er — werden um eine halbe oder ganze Milliarde mehr Menschen zu ernähren sein. Wenn die Staaten nicht energisch zur Steigerung der Agrarproduktion zusammenarbeiten und neue Methoden der landwirtschaftlichen Produktion entwickeln, werde sich eine äußerst kritische Lage ergeben müssen. Als Maßnahme, die eine Lösung des Ernährungsproblems bringen könne, empfahl Sir John vor allem die Entwicklung wissenschaftlicher Methoden zur Verhinderung der Vergiftung von Lebensmitteln. Gegenwärtig gingen jährlich schätzungsweise 55 Mill. t Lebensmittel infolge unzureichender Lagerung verloren. Über hundred Sachverständige seien daher im Rahmen der F. A. O. mit der Erarbeitung neuer Methoden zur Verhinderung von Verlusten durch unzureichende Lagerung, von Produktionsausfällen durch Tierkrankheiten und mit der Ermittlung neuer Produktionsmethoden beschäftigt.

Die Befürchtung, die man — wie aus den Erklärungen ihres bisherigen Leiters hervorgeht — im Schöße der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation hegt, die Besorgnis Sir Johns, daß es unmöglich sein werde, die Lebensmittelproduktion gleichen Schritt mit dem Bevölkerungszuwachs halten zu lassen, erinnert an die von Robert Malthus im ausgehenden 18. Jahrhundert vertretene Anschauung. Dem Anwachsen der Bevölkerung in geometrischer Progression, so hatte der schottische Nationalökonom dargelegt, stehe eine Steigerung der Unterhaltsmittel in bloß arithmetischer Progression gegenüber, so daß es zu einem Zeitpunkt, der zu errechnen sei, ein Zuviel an Menschen geben werde, denen kein Kuvert auf ihrem Tisch bereitgelegt sei. Die Entwicklung im 19. Jahrhundert mit dem ungeheuren Aufschwung, den die Lebensmittelproduktion nahm, widerlegte diese Malthusianische Theorie. Und so werden wohl mit dem in der zwei-

Westeuropäische Kanalpläne

Moselkraftwerk bei Koblenz

Der europäische Verkehrsbedarf ist im letzten Jahrzehnt beträchtlich gewachsen, während die Kapazität der Verkehrsträger durch Kriegszerstörungen stark vermindert wurde. Diese Tatsache lenkt heute in erhöhtem Maße die Aufmerksamkeit auf die Binnenschifffahrt, denn bei keinem anderen Verkehrsträger sind die zu mobilisierenden Leistungsreserven so groß wie hier. Deshalb sind auch alle europäischen Länder eifrig bemüht, ihre Binnenschifffahrt wieder aufzubauen und möglichst über den Vorkriegsstand hinaus zu vergrößern. Daneben will man besonders in Westeuropa das Wasserstraßennetz weiter ausbauen, um möglichst viele rationelle Verbindungen für den Massengüterverkehr zwischen den wirtschaftlichen Schwerpunkten zu schaffen. Dabei konzentriert sich das Interesse vor allem auf die drei folgenden Projekte: die Schiffbarmachung des Hochrheins zwischen Basel und Konstanz, über die in der „Wirtschaftsrevue“ bereits wiederholt und laufend berichtet worden ist, die Regulierung der Mosel und schließlich den Bau eines Aachen-Rhein-Kanals.

Die vor dem Krieg bereits in Angriff genommene Regulierung des Unterlaufes der Mosel wird jetzt von französischer Seite gefördert. Der Leiter der Abteilung für öffentliche Arbeiten und Transporte der Militärregierung Rheinland-Pfalz sagte auf der Februar-Sitzung der Industrie- und Handelskammer Metz: „Es muß alles an Werk gesetzt werden, um die Mosel bis zu ihrer Mündung schiffbar zu machen.“ Dabei wies der Redner auf die Studienarbeiten und befriedigenden Versuche hin, die in den Jahren unmittelbar vor dem Krieg von deutscher Seite aus zwischen Koblenz und Perl bereits gemacht wurden. Das deutsche Projekt sieht den Bau eines Staudammes und einer Kraftzentrale bei Koblenz vor. Weiter fünf Dämme sollen oberhalb Trier errichtet werden, zwei davon auf französischem Boden. Dadurch würde eine kostspielige Kanalisierung der Mosel vermieden, sie aber dennoch schiffbar werden. Der erste Bauabschnitt könnte bereits in einhalb Jahren beendet sein. Es könnten dann 600-Tonnen-Kähne, wie sie auf dem Dortmund-Emmerikanal in Betrieb sind, zwei Drittel des Jahres zwischen Drieden und Koblenz verkehren. Da der französische Oberlauf der Mosel schon nach dem ersten Weltkrieg kanalisiert wurde, wäre damit eine neue Verbindung zwischen dem deutschen und dem französischen Wasserstraßennetz hergestellt. Vor allem aber würde durch die Schiffbarmachung der Mosel eine kurze und wirklich leistungsfähige Verbindung zwischen lothringischer Minette und Ruhrkohle geschaffen.

Ein ausgesprochenes Kanalprojekt, das heute wieder stärker im Vordergrund des Interesses steht, ist der schon lange geplante Aachen-Rhein-Kanal. Das Aachener Steinkohlenrevier an der Wurm sowie der ständig nach Nordwesten fortschreitende Braunkohlenbergbau im Kölner Raum benötigen dringend eine Schiffsverbindung zum Rhein. Im Hinblick auf ihre großen

Hafensanlagen wird dieses Projekt vor allem von der Stadt Köln gefördert. Gleichzeitig ist aber auch Antwerpen an dem Bau des Aachen-Rhein-Kanals stark interessiert. Eine Weiterführung dieser Wasserstraße über Aachen hinaus bis zur Maas würde nämlich die wirtschaftliche Bedeutung des 1939 zwischen Antwerpen und Lüttich fertiggestellten Albert-Kanals außerordentlich erhöhen, denn dadurch würden Antwerpen und ganz Belgien eine unmittelbare Verbindung zum Rhein erhalten. Damit aber ginge ein alter Wunsch der belgischen

Wirtschaft, aber auch der des Aachener und Kölner Gebietes endlich in Erfüllung.

Bei diesen Projekten zeigt sich falls deutlich, wie stark die verkehrspolitischen Interessen der westeuropäischen Staaten miteinander verknüpft sind. Eine enge Zusammenarbeit dieser Staaten ist daher dringend notwendig, denn nur dann können diese Pläne verwirklicht werden. Gleichzeitig aber wäre diese Verwirklichung ein wichtiger Baustein für eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

Dr. R.

Auslandsinvestitionen in Deutschland

Zulassung ausländischer Banken in den Westzonen

London. Reichsmarkguthaben in den vereinigten Westzonen, die alliierten oder neutralen Staatsbürgern gehören, dürfen wieder für produktive Investitionen verwendet werden. In jedem einzelnen Fall ist die Genehmigung der zuständigen Besetzungsbehörde erforderlich, die unter folgenden Bedingungen erteilt wird: 1. Das Vorhaben muß der Wiederherstellung vorhandener Vermögenswerte oder dem Ertrag von Vermögenswerten dienen, die nach dem Jahre 1939 verloren gegangen sind. 2. Es muß sich um Reichsmarkguthaben handeln, die bereits innerhalb Deutschlands bestehen. 3. Das Vorhaben darf dem Antragsteller nicht eine stärkere Stellung in dem betreffenden Wirtschaftszweig verschaffen, als er schon 1939 innehatte. 4. Das Vorhaben darf dem angloamerikanischen Industrieproduktionsplan von 1947 nicht zuwiderlaufen.

Nach einer amtlichen englischen Mitteilung können Banken, die in den Ländern der Vereinigten Nationen oder in neutralen Staaten ihren Sitz haben, ab 1. Juli 1948 in der englisch-amerikanischen Zone Deutschlands Zweigstellen, Filialen und Agenturen eröffnen. Diese Niederlassungen unterliegen sowohl den deutschen Gesetzen als auch den von den Militärregierungen erlassenen Gesetzen und Verordnungen. Sie können folgende Bankgeschäfte durchführen: 1. Eröffnung von Kreditbriefen für den Import und Export, 2. Verhandlungen mit den zuständigen Stellen über Export- und Importdokumente, 3. Eröffnung von Devisenkonten für Personen, die ausländische Devisen und Devisenkonten besitzen dürfen.

Die „Financial Times“ berichtet, daß die englische „Barclay“-Bank, die vor dem Krieg eine Filiale in Hamburg hatte, Bereitschaft zeigt, beim Wiederaufbau des deutschen Handels mitzuhelfen, daß sie sich aber mit ihrem Kapital nicht an der Finanzierung der deutschen Industrie beteiligen werde.

Kölner Messe gut besucht

gi. Köln. Die diesjährige Kölner Frühjahrsmesse, die zweite nach dem Krieg, teilte sich in eine Textilmesse, die vom 18. bis 20. April lief, und in die Messe für Haus- und Wohnbedarf, die bis zum 28.

April dauert. Die Textilmesse bestätigte wieder, daß die Produktionsverhältnisse in der deutschen Textilindustrie nach wie vor recht schwierig sind. Allgemein kam jedoch die Hoffnung zum Ausdruck, daß die verstärkten Rohstoffimporte sich in absehbarer Zeit auswirken werden. Zum erstenmal nach dem Krieg beteiligte sich die Niederländische Handelskammer für Deutschland an der Kölner Messe, die gleichzeitig den Besuch einer Reihe von prominenten Persönlichkeiten aus der Wirtschaft und Verwaltung der Benelux-Länder verzeichnete.

Länderbank für die drei Zonen

hfg Baden-Baden. Die drei Landeszentralbanken der französischen Zone in Freiburg, Reutlingen und Kaiserlautern haben sich nunmehr an der Bank Deutscher Länder beteiligt. Diese Beteiligung bedeutet, daß auf dem Gebiete des Zentralbankwesens ein Schritt vorwärts gemacht wurde. In den allgemeinen Bankrat in Frankfurt wird die französische Militärregierung einen Vertreter und einen Stellvertreter ernennen. Die Präsidenten der drei Landeszentralbanken der französischen Zone werden als Mitglieder in den Zentralbankrat eintreten, der sich alsdann aus dem Präsidenten der elf Landeszentralbanken der drei Westzonen zusammensetzen wird. Für Rheinland-Pfalz wird Präsident Dr. Boden, für Südbaden Generaldirektor Hinckel in den Zentralbankrat berufen werden.

Kohlenpreissenkung in Frankreich

Paris. Im Zuge der allgemeinen Preissenkung wurde auch ein neuer Preis für Kohle festgelegt, der eine Ermäßigung von 200 Frc. für die Tonne ausmacht. Für den Hausbrand bedeutet dies eine Ermäßigung um 10%.

Britische Stahlbleche billiger

London. Für verschiedene Sorten von kaltgewalzten Stahlblechen wurde der Preis zwischen 1 £ und 26 £ 11 Sh je Tonne mit Wirkung vom 19. April herabgesetzt. Die betroffenen Qualitäten werden namentlich in der Kraftwagenindustrie und für die Herstellung von Kücheneinrichtungen verwendet.

In Kürze:

Thüringen hat einem Gesetz zugestimmt, das die Beschleunigung der kontingierten Waren regelt. Vor allem sollen die illegal eingelagerten Güter erfasst werden. Zuwiderhandlungen werden bis zu 5 Jahren Gefängnis und mit Geldstrafen bis zu 100 000 RM bestraft.

In Wien wurde unter der Firma Frankenhush & Co. ein Bankhaus großer Stils gegründet, das u. a. Finanzierungen, Beteiligungen an Industrien und die Errichtung neuer Industrien durchführen wird. An den Geschäften ist amerikanisches Kapital interessiert.

Die Taktlieferungen aus den USA nach Österreich wurden auf Grund eines Exportgarantievertrages bis zu einem Betrag von 400 000 Dollar garantiert.

Im kommenden Jahr soll in Ungarn auf einer Fläche von 100 ha Baumwolle angebaut werden. Auch Gummipflanzen und Orangen sollen gepflanzt werden.

Frankreich hat den Verkauf von Fahrzeugen und Haushaltsartikeln durch Gesetz freigegeben.

Der dänische Rundfunk gibt bekannt, daß die Versendungen von Ruhrkohle nach Dänemark eingestellt worden sind.

England hat die Umsatzsteuer für Uhren aus unedlen Metallen von 50 auf 66,66% erhöht. Die bisherige Umsatzsteuer von 125% für Uhren aus Edelmetallen wurde dagegen auf 100% ermäßigt.

Die polnische Regierung hat der italienischen Firma Ansaldo (Genoa) die Wiederherstellung von kriegsbeschädigten polnischen Häfen übertragen.

Die Großhandelspreise sind in Finnland um 41 Punkte im Laufe des März gestiegen. Diese Steigerung ist vor allem auf Preisrückführungen gewisser industrieller Produkte zurückzuführen, während die Lebensmittelpreise zurückgegangen sind.

Die USA haben mit der Türkei ein Lieferabkommen über 100 000 t Chromerz abgeschlossen, die innerhalb von 18 Monaten geliefert werden sollen.

Die Petroleumquellen von Ploesti haben ihr Produktionsprogramm im ersten Vierteljahr 1948 um 33% überschritten.

Aus Moskau wird berichtet, daß eine neue Art von Baumwolle durch Kreuzung mit ägyptischer und mit Baumwolle aus Aserbeidschan gewonnen wurde, die widerstandsfähiger als die ägyptische Baumwolle sein soll.

Die amerikanischen Alkohol-Fabriken verbrauchen im März 7,7 Mill. Bushels Getreide, 1,3 Mill. mehr als im März des Vorjahres.

Als Folge der Erhöhung der Frachttarife im Januar hat die US „Great Lakes Steel Corp.“ ihre Stahlpreise um 1 Dollar je Tonne erhöht.

Das amerikanische Institut für Stahl und Eisen meldet, daß die Stahlproduktion im ersten Vierteljahr 1948 auf 22 065 160 t gestiegen ist.

Zum erstenmal nach der Ausscheidung der ausländischen Erdölgesellschaften in Mexiko 1938 hat eine amerikanische Gesellschaft wieder einen Exploitationsvertrag mit der mexikanischen Regierung abgeschlossen.

Die Vereinigten Staaten haben die Ablieferung von 46 Dampflokomotiven im Werte von 3,5 Mill. Dollar, die ursprünglich im Pacht- und Leihverfahren nach Rußland gehen sollten, verwiegert.

Columbien hat einen Kredit von 10 Mill. Dollar von den Vereinigten Staaten erhalten, der zum Einkauf von Material zum Wiederaufbau der während der Unruhen zerstörten Gebiete dienen soll.

Die argentinische Regierung hat 33 Gesellschaften des Bergbau-Konzerns, dem Steuerhinterziehungen vorgeworfen werden, die Rechtspersönlichkeit entzogen.

Die australische Regierung hat die Bewilligung für die Einfuhr von 2 000 Lastkraftwagen aus Frankreich erteilt. Es besteht die Absicht, im Laufe des Jahres weitere 8 000 Wagen zu importieren.

Argentinien hat auf der Konferenz von Bogota die Schaffung einer Interamerikanischen Bank vorgeschlagen und sich bereit erklärt die entsprechenden Kapitalien beizusteuern bzw. vorzuschließen.

Die Ferguson Tractor Co., Coventry, hat einen Exportauftrag für 45 000 Traktoren im Werte von 12,5 Mill. £ erhalten. Diese Traktoren gehen nach den Vereinigten Staaten, wobei bereits im Vorjahre 5000 Ferguson-Traktoren ausgeführt wurden.

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG GmbH, Konstanz, Chefredakteur Oskar Kratzmer, Stellvertreter: Dr. H. F. Geller (Stadler-Baden); verantwortlich für die Stenographie: Peter Becker (München). Zuständiges Verlagsamt für franz. Zone: Konstanz; amer.-engl. Zone: Ellingen (B. Satz u. Druck: Oberbad. Verlagsanstalt Merk & Co. KG, Konstanz, und Badendruck GmbH, Karlsruhe. - Zuschriften an die Redaktion nicht an einzelne ihrer Mitglieder erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Besitze von Rückporto verpflichtet nicht zu Rücksendung unverlangt eingesandter Manuskripte. Jede mit Namen des Verfassers versehene Verantwortlichkeit stellt lediglich dessen Privatmeldung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliches Verwertung nur mit Quellenangabe. - Zur Zeit ist Anzeigen-Preisliste Nr. 2 gültig.

ten Hälfte des 20. Jahrhunderts wieder zunehmenden Zwang, die Produktion zu steigern, Dank auch den 100 Sachverständigen der F. A. O., Mittel und Wege gefunden werden können, nicht wie es Malthus vorgeschlagen hatte, die Volkzahl durch Steigerung des Verantwortungsbewußtseins der Menschen in gewissen Grenzen zu halten, sondern die Produktion von Unterhaltsmitteln entsprechend zu steigern. Von diesem gesunden Optimismus, der seine Rechtfertigung in den oft verblüffenden Ergebnissen der naturwissenschaftlichen Forschungsarbeit findet, sind wohl auch die Männer geleitet, die im Rahmen der F. A. O. tätig sind. Ohne ihn, müßte ihre Tätigkeit notwendig zu einem bürokratischen Leerlauf führen, unwert des großen Aufwandes, den sie zweifellos erfordert.

Bedenken scheinen daher nicht so sehr im Hinblick auf die Entwicklung in den nächsten fünfzig Jahren als bezüglich der Meisterung der Ernährungsprobleme in der Lage zu bestehen, in die mehr als ein Land durch einen Produktions- und Verkehrsmittel aller Art in ungeheurem Ausmaß versetzenden Krieg versetzt worden ist. Es fehlt gegenwärtig zwar nicht an einem ausreichenden Bestand an Nahrungsmitteln oder doch nicht an der Möglichkeit, ihn sicherzustellen. Die Verteilung stößt aber auf oft unüberwindliche Schwierigkeiten valutarischer und verkehrstechnischer Art und auf die Unmöglichkeit — die nicht zuletzt für das deutsche Volk gegeben ist — zu einem sich ausgleichenden Warenaustausch von Land zu Land zu gelangen.

Wenn zur Zeit 55 Mill. t Lebensmittel infolge unzureichender Lagerung verderben und dem Verbrauch durch hungernde Millionen Menschen nicht zugeführt werden können, so ist das eine schwerwiegende Feststellung. Die Bedeutung dieser Zahl beleuchtet die Tatsache, daß die gesamte Produktion von Brotgetreide in Kontinentaleuropa (Sowjetrußland ausgenommen) vor dem Krieg mit 59 Mill. t nur wenig höher, 1944 mit 46 Mill. und 1945 mit 31 Mill. t sogar erheblich darunter lag. Daß Lebensmittel in kleineren und größeren Mengen die notwendigen Verbraucher nicht erreichen, weil sie, noch nicht auf dem Wege zu den Verbrauchern oder vom Verteilungsapparat bereits aufgenommen, Verzögerungen in der Zufuhr oder den Transport selbst nicht vertragen, weil sie nicht entsprechend gelagert, schon vorher verderben, bestätigen immer neue schmerzliche Erfahrungen. Immer wieder gehen durch die Weltpresse, als Begleiterscheinung preisdrückender reichlicher Ernten, oder weil Absatzmärkte von abedem verlieren gegangen und neue nicht rechtzeitig zu erschließen waren, auch Meldungen über abschließliche Vernichtung großer Bestände (in die von Sir John genannte Zahl vermutlich gar nicht aufgenommen) an Nahrung- und Genussmitteln verschiedener Art: an Getreide, Süßfrüchten, Fischen und Kaffee.

Man vermerkt solche, ein Weltgerade darstellende, treffend nur als Verbrennen gegen die Menschlichkeit zu bezeichnende Erdenbegebenheiten mit allen Zeichen der Entrüstung. Mit scharfer Verurteilung allein ist es aber nicht getan. Es darf nicht übersehen werden, daß bei dem Zustandekommen solcher Vernichtungsbedrohungen berechnete Rentabilitätsrücklagen entscheidend in die Waagschale fallen. Nur eine weltumspannende Einrichtung, wie es eben die F. A. O., die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinigten Nationen ist, vermag hier Abhilfe zu schaffen. In eben dem Maße, in dem es ihr gelang oder unter ihrer jetzt veränderten Leitung weiterhin gelingen wird, ihren, wie zu sehen war, umfassenden Aufgaben gerecht zu werden, wird sie als eine jener Organisationen zu betrachten sein, die mit den ihnen an die Hand gegebenen großen Mitteln große Aufgaben auch wirklich lösen, oder als Einrichtung zu gelten haben, die letztlich nur um ihrer selbst willen vorhanden zu sein scheint.

Wie nachträglich aus Washington bekannt wird, hat Sir John Byd-Orr, ein britischer Ernährungswissenschaftler von Ruf, sein verantwortungsvolles Amt aus Altersrücksichten niedergelegt. Norris E. Dodd, sein ihm am Alter (69 Jahre) um ein Jahr sogar überlegener Nachfolger, soll das Amt für zwei Jahre übernommen haben. Der Posten des stellvertretenden Generaldirektors wird einem Europäer übertragen werden. Je ein Lateinamerikaner und ein Vertreter des Fernen Ostens werden, wenn diesbezüglich größere Vermutungen sich bestätigen sollten, zu Vizepräsidenten der bedeutendsten internationalen Organisation berufen werden.

Die nordafrikanische Phosphatproduktion

Paris. Die Produktion nordafrikanischer Phosphate (Algerien, Tunesien, Marokko), erreichte im Monatsdurchschnitt 1938 342 120 t, 1946 406 362 t, 1947 451 903 t und im Januar 1948 sogar 467 268 t. Exportiert wurden ebenfalls im Monatsdurchschnitt 1938 292 100 t, 1946 416 731 t, 1947 435 277 t, und im Januar 1948 367 234 t. Mehr als 5% der Produktion gingen in das Ausland.

Jahr umkämpfte und nun endlich in der Doppelanne geordnete Erhöhung der Kohlen- und Stahlpreise, über die wir schon berichtet haben, ist in dieser Hinsicht von großer Wichtigkeit. Der Preisschlag von rund 10 RM für 1 t Kohle und von etwa 66 RM für 1 t Rohstahlblock nicht naturgemäß eine in einzelnen nicht genau vorausbestimmende Preisobergrenze, nach sich. Es ist allerdings errechnet worden, daß etwa 10% der gesamten Industriegüterzeugung von der Kohlenpreiserhöhung in Mitleidenschaft gezogen werden. U. a. wird z. B. der Preis für Gas und Strom, für Papier, für die chemische Industrie und für die kalorienintensive Zuckerindustrie eine fühlbare Erhöhung erfahren. Insgesamt wird sich aber der Produktionspreisindex der gesamten Industrie wahrscheinlich nur um etwa 3% heben, während die Lebenshaltungskosten allein infolge der Kohlenpreiserhöhung 2% steigen dürften. „Ungefragt“ gleichzeitig mit der Kohlen- und Eisenpreiserhöhung sind auch die Preise für die meisten NE-Metalle erheblich heraufgesetzt worden. Auf landwirtschaftlichem Gebiet sind zunächst die Preise für Kartoffeln und Milch erhöht worden.

Der Zusammenhang der Preislockerung mit der zukünftigen Währungsreform leuchtet ohne weiteres ein. Beide Maßnahmen sind darauf abgestellt, die Kaufkraft zu beschränken. Was die Geldneuordnung von oben durch einen scharfen Schnitt in das Geld erreichen wird, erfährt eine Ergänzung von unten durch die Erhöhung der Preise; die Kaufkraft wird in beiden Fällen geschmälert. Angenommen der Währungsanstieg würde im Verhältnis 10 zu 1 erfolgen, so bewirkt die gleichzeitige Preisobergrenze, daß der übrig bleibende ein Anteil des Geldes doch nicht ausreicht, um das zu kaufen, was heute noch für 10 Geld-

einheiten — auf dem legalen Markt — gekauft werden kann. Man kann die Preisobergrenze als eine Sicherung der Währungsreform betrachten; denn nichts würde sich unheilvoller auf unsere Wirtschaft auswirken als eine Geldneuordnung, die nicht zum Ziele führt.

Die Erwägungen, die sozusagen zu einer Doppelmaßnahme der neuen Kaufkraftfestsetzung führen, sind darin begründet, daß die volle Selbsterkenntnis unserer bisher vielfach noch verschleierte Armut der sicherste und erste Weg zur wirtschaftlichen Wiedergesundung ist.

Die zusätzliche Kaufkraftbeschränkung durch Preisobergrenzen mag auf den ersten Blick unsozial erscheinen. Bei näherer Betrachtung ist dies aber nicht der Fall. Denn ein Fortbestehen der unwirtschaftlichen Betriebsführung, die bisher z. B. in der Kohlen- und Eisenwirtschaft infolge der gestiegenen Selbstkosten seit Jahren zu verzeichnen war und hohe Subventionen notwendig machte (die letzten Endes ja auch der Steuerzahler, also der Konsument bezahlen mußte), würde unweigerlich zu einer Produktionseinkürzung führen. Hieraus müßte sich aber ergeben, daß in absehbarer Zeit nicht mit einer Verbesserung der Versorgung mit industriellen Gütern zu rechnen wäre. Es sind also gerade sozialpolitische Gründe, die eine Lockerung des starren Preisgefüges als geraten erscheinen lassen.

Es ist selbstverständlich, daß alle Preisobergrenzen von Fall zu Fall genau geprüft werden müssen und daß die Verteuerung der Lebenskosten natürlich ihrerseits nicht zu einer Leistungsminde- rung führen. Lohnanpassungen werden in manchen Fällen erfolgen müssen, aber wir sind in Deutschland durch den verlorenen Krieg eben zu arm geworden, als daß wir wieder die gleiche Kaufkraft wie früher haben könnten.

Vorstufen der Gesundung

(Fortsetzung von Seite 1)

Als zweite Vorstufe der Gesundung nannten wir die Lockerung der Bewirtschaftung. Auf diesem Gebiet sind die Maßnahmen noch nicht so weit fortgeschritten wie beim Preis. Die Diskussion um die Herausnahme gewisser Erzeugnisse aus der Bewirtschaftung, die stillschweigende Duldung von Kompensationsgeschäften, die selbstverständlich keine Bewirtschaftung betreffen, und die Genehmigung sog. „freier Spigen“ für die Landwirtschaft deuten jedoch darauf hin, daß auch die totale Bewirtschaftung ins Wanken gekommen ist. Niemand kann leugnen, daß große Teile der Bewirtschaftung gründlich versagt haben — sowohl für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Kartoffeln, Obst, Gemüse) als auch für industrielle Güter (Haushaltsgeräte, „Pfennigartikel“). Andererseits blüht der grüne und der schwarze Markt. Wenn keine anderen Gründe für die vorsichtige Lockerung der Bewirtschaftung sprächen, so wäre doch dieses Argument durchschlagend: die Bewirtschaftung hat vielfach versagt, versuchen wir es daher einmal mit einer teilweisen und wohlüberlegten Lockerung der Fesseln; eine ungerechtere Verteilung als bisher kann bei vielen Erzeugnissen überhaupt nicht mehr erfolgen. Dafür ist aber die Chance, daß der Fleißige und Tüchtige wieder zu was kommt, nicht ganz aussichtslos, wenn die behördliche Reglementierung ein wenig zurückgedrängt wird.

Auch das ist ein Hilfsweg zur Normalisierung und Gesundung der Wirtschaft und daher eine Vorstufe zur Geldneuordnung. Vor allem aber wird sich das freie Spiel der Kräfte auch in der deutschen Wirtschaft wieder durchsetzen müssen, wenn man damit gesunde Konkurrenz, Fleiß, Privatinitiative und soziales Verantwortungsbewußtsein meint.

Ed.

Wird die Reichsbahn den Anforderungen genügen?

Fragen an den Reichsbahndirektionspräsidenten Herrmann

Von unserem Korrespondenten im Ruhrgebiet

H. Essen, Mitte April 1948. Das Tagesziel der Steinkohlenförderung in der Nordzone wurde jüngst von der UK/US Kontroll-Gruppe für den deutschen Bergbau mit 310 000 bzw. 330 000 t je nach der Entwicklung außerhalb des Bergbaus wirksamer Faktoren angegeben. Heute aber schon lagern seit langer Zeit beträchtliche Kohlenmengen auf Halden, die sich trotz aller Bemühungen um ihre Abfuhr immer noch auf z. Z. rund 1,4 Mill. t beziffern dürften, ein Rückstand, der wesentlich durch den zeitweiligen völligen Ausfall der Wasserstraßen verursacht gewesen ist. Schon früher ist von maßgebender Seite als Kern der Kohlenwirtschaft im jetzigen Stadium nicht mehr so sehr die Fördersteigerung, als die ständige und ausreichende Verteilung bezeichnet worden. Angesichts des in Aussicht stehenden Vorstoßes über die 300 000-t-Grenze erhebt sich die Frage, ob die Reichsbahn in den nächsten Monaten in der Lage sein wird, dieser Entwicklung zu folgen. Hinzu kommt, daß sich schon heute lebenswichtige Güter im Hamburger Hafen stauen, und namentlich in Verwirklichung des Marshall-Planes mit der vermehrten Anlandung in den Häfen zu rechnen ist. Vor allem ist die Reichsbahndirektion Essen vor eine schwierige Aufgabe gestellt: denn ihr obliegt nicht nur fast ausschließlich der Abtransport der Kohlenproduktion der Nordzone, sondern auch die Bewältigung eines erheblichen anderweitigen Verkehrs, insgesamt eine Verkehrsleistung, die dreieinviertel größer ist als die anderer Direktionen. Um über die zukünftigen Möglichkeiten des Eisenbahnverkehrs im Ruhrrevier und dem erweiterten Industriegebiet Aufschluß zu erhalten, haben wir dem Chef der Reichsbahndirektion Essen, Reichsbahn-Direktionspräsidenten Herrmann, einige Fragen vorgelegt, die wir im folgenden mit den Antworten wiedergehen:

Frage: Wenn es richtig ist, was wir erfahren haben, daß der Gesamtbestand an betrieblichen Wagen in der Doppelsonne zu Beginn des Jahres 1948 um 3000 Wagen niedriger ist als zur gleichen Zeit des Vorjahres, und zwar trotz der Durchführung des 20 000-Wagen-Ausbesserungsprogramms, so möchte man die Leistungsfähigkeit der Reichsbahn im Hinblick auf die zu erwartenden erhöhten Verkehrsaufgaben nicht eben als ausreichend bezeichnen. Glauben Sie, Herr Präsident, dennoch an eine genügende Bereitschaft trotz der gewissermaßen unfriedlichen Ausgangslage?

Antwort: Leider beträgt das Defizit innerhalb des von Ihnen erwähnten Zeitraumes wegen des Verlustes von Wagen im grenzüberschreitenden Verkehr und der Ausmusterung von Schwadwagen in der Tat 5 000 Wagen, und so liegt der Gesamtbestand in der Doppelsonne z. Z. bei knapp 236 000 Wagen gegenüber 241 000 im Januar 1947. Mit einem im Vergleich zur Vorkriegszeit halbierten Wagenbestand und bei immer noch großen technischen Erschwernissen sind im Februar 1948 im Versand 50,5% und im Empfang 43% des Monatsdurchschnitts von 1938 erzielt worden. In den letzten Monaten würde der Wagenbedarf recht gut gedeckt, und zwar im Dezember 1947 mit

52%, im Januar 1948 mit 78%, im Februar 1948 mit 73%.
Noch erheblich höher wurde der Wagenbedarf für die Abbeförderung der Kohle gedeckt: im Januar 1948 mit 96%, im Februar 1948 mit 96%, im März 1948 mit 94%.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die absolute Zahl der für den Kohlenversand gestellten Wagen weiter gestiegen ist. Es waren im Januar 1948 11 400 Einheiten, im Februar 1948 11 700 Einheiten, im März 1948 12 000 Einheiten (1 Einheit = 10 t).

Aus dem Erfolg unserer Aufbauarbeit ungefähr vom Nullpunkt im Jahre 1945 bis jetzt schöpfen wir die Hoffnung für die Zukunft. Wir glauben, daß sich unsere weiteren Anstrengungen erfolgreich auswirken werden. Es ist unser ständiges Bestreben, den Wagen- und Lokpark zu vergrößern. Zurzeit wird das „Ausbesserungsprogramm A“ durchgeführt, das eine zusätzliche Ausbesserung von 14 000 Wagen jährlich umfaßt. Das „Programm B“ ist im Anlaufen; es soll einen Gewinn aus dem Schwadwagenbestand von 40 000 Wagen im Jahre erbringen. Es ist auch zu hoffen, daß der Auftrag zum Bau von 3000 neuen Wagen bis Ende des Jahres erledigt sein wird. Auch ausländische Firmen sind in die Arbeiten eingeschaltet worden. Bekannt ist die Ausbesserung von Schadloks in Belgien. Ganz neuen Datums ist der Plan, 7000 Güterwagen großen Arbeitsumfanges und 600 vierachsige Personenzüge nach Belgien in Reparatur zu geben. Die Vertragsentwürfe liegen mir gerade vor, und es darf angenommen werden, daß sich die JEIA zum Abschluß des Geschäftes entschlossen haben wird, wenn diese Unterredung im Druck erscheint. Natürlich besteht bezüglich des Wagen- und Lokparks kein Anlaß zu einem übertriebenen Optimismus, aber eine ermutigende Auffassung ist durchaus berechtigt. Wir werden mit den zuzüglichen Wagen die in der nächsten Zeit anfallenden größeren Verkehrsaufgaben wohl bewältigen können. Gewisse Reserven liegen in der weiteren Verminderung der Umlaufzeit. Es dürfte zwar heute nicht möglich sein, die vier Tage der Friedenszeit zu erreichen, und wir haben die Senkung auf 6,6 Tage schon begrüßt, aber eine erneute Herabdrückung ist zumutbar und muß verlangt werden. Ebenso liegen in der Verminderung der Be- und Entladezeiten durch die Verfrachter wertvolle Reserven.

Frage: Angesichts der offensichtlichen Notwendigkeit, den Wagen- und Lokpark zu vergrößern, kommt zweifellos dem Werkstättenwesen bei der RBD Essen erhöhte Bedeutung zu. Welche Maßnahmen sind in dieser Hinsicht getroffen?

Antwort: Das Werkstättenwesen ist in einer kaum gesehnten Weise in den Vordergrund unserer Arbeiten gerückt; denn es stellt tatsächlich ein äußerst wertvolles Instrument des Wiederaufbaus dar. Die RBD Essen ist zugleich eine geschäftsführende Direktion für das Werkstättenwesen und leitet zentral die Reichsbahn-

werkstätten, die in den Bezirken der Direktionen Köln, Wuppertal und Essen liegen. Hier sind 20 000 Arbeiter und 1500 Beamte mit lebenswichtigen Arbeiten für den Verkehr beschäftigt. Allein im Jahre 1947 wurden 2360 Loks ausbessert, hinzu kamen die Leistungen der Privat-Ausbesserungswerke. So reparierte Krupp 213 Loks. An Güterwagen wurden 151 838 Wagen ausbessert. Innerhalb des Marshall-Planes soll im „Ausbesserungsplan B“ die Leistung der Werke um 20% gesteigert werden.

Frage: Besteht nicht die Gefahr, daß bei den enormen Anstrengungen im Güterverkehr der Personenverkehr zu kurz kommt? Schließlich bildet auch er einen wesentlichen Bestandteil all unserer Wirtschaften.

Antwort: Im Güterverkehr allein der RBD Essen werden derzeit täglich wieder 1300 Güterzüge gefahren, was einer Belastung von 63% des letzten Vorkriegsjahres entspricht. Das ist gewiß eine enorme Leistung, aber im Personenverkehr ist sie um 100% gegen 1939 gestiegen. Leider wird ein wertvoller Teil unseres Reisezugparks für Zwecke der Besatzungsmacht festgehalten. Innerhalb bieten wir 70% des Reiseverkehrsvolumens des Jahres 1939. Mit Wirkung vom 9. April ist eine Reihe führender Verbesserungen eingetreten durch Einlegung mehrerer D-Zug- und Eilzugpaare, und auch im Bezirksverkehr ist die Leistung um weitere 8%

gesteigert worden. Ich bin recht hoffnungsfroh gestimmt; im übrigen habe ich die Erfahrung gemacht, daß nicht selten Befürchtungen von der Wirklichkeit reguliert werden.

Frage: Vielleicht entscheidender als Material gehört zur Bewältigung der Verkehrsaufgaben der Reichsbahn die menschliche Arbeitskraft. Sie haben, Herr Präsident, Ihrer soeben schon Erwähnung getan. Können Sie in dieser Hinsicht beruhigt in die Zukunft blicken?

Antwort: Das Gegenteil ist wohl der Fall. Denn nichts macht uns größere Sorge als die Heranziehung und Unterbringung der notwendigen Arbeitskräfte im Betriebe und Verkehr. So setzt z. B. die 20%ige Leistungssteigerung der Werkstätten die Neuanlegung von 2000 Arbeitern voraus, und wir werden alle Mühe haben, sie zu erhalten. Und noch größere Sorge wird es uns bereiten, sie unterzubringen; denn am Standort der Werke werden wir sie aus Zuweisungen der örtlichen Arbeitsämter nicht aufreiben können. Wenn die Leistungen der Reichsbahn bisher so erfreulich gut waren, so ist das der Tatsache zu danken, daß das Personal in seiner individuellen Leistung erheblich weniger als in vergleichbaren Betrieben nachgelassen hat, und es muß anerkennend vermerkt werden, daß die Männer in den Werkstätten den Achtstundentag durchgehenden haben. 70 000 Eisenbahner sind im RBD-Bereich Essen und den angeschlossenen Werkstätten um die Durchführung und ständige Verbesserung des Güter- und Personenverkehrs bemüht, ob im Verkehr, im Betrieb oder im Büro. Sie werden ihr Bestes tun, um auch eine erhöhte Kohlenförderung und eine vermehrte Produktion von Eisen und Stahl an die Verbraucher zu bringen.

RUHR-KOHLNFÖRDERUNG

(einschließlich Aachener und Ibbenbürender Revier)

Tagesdurchschnitt in 1000 t

230.000 t	300.000 t
2. Halbjahr 1947	244,3 t
1. Vierteljahr 1948	263,5 t
1. Aprilwoche	263,6 t
2. Aprilwoche	271,6 t
16. April	269,9 t
17. April	268,6 t
19. April	265,5 t
20. April	267,1 t

gen, die bessere Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln zu gewährleisten und eine noch größere Kartoffel- und Rübenanbau als bisher abzuführen.

Neuaufbau einer gesunden Landwirtschaft

Vorschläge der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947“

Dr. Die von Finanzminister a. D. Otto Kieppert erfolgte Bearbeitung von Agrarfragen durch die Wirtschaftspolitische Gesellschaft fand ihren ersten Niederschlag in einer „Stellungnahme zur Neugestaltung des Agrarkredits im westdeutschen Wirtschaftsgebiet“. Diese grundsätzlichen Darlegungen wurden kürzlich dem Wirtschaftsrat und seinem Ernährungsausschuß zugeleitet, der sich unter Hinweisung bekannter Sachverständiger mit ihnen befaßt hat.

Über die Notwendigkeit und den Umfang des industriellen Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Reorganisation Deutschlands herrschen im allgemeinen Übereinstimmung. Daß bei der Landwirtschaft darüber hinaus nicht lediglich der frühere Zustand wiederhergestellt, sondern eine völlig neue Form entwickelt werden muß, so daß fast von einer Revolutionierung gesprochen werden kann, ist dagegen noch keineswegs überall mit der gleichen Klarheit erkannt. Zwei Gründe sind es vor allem, die eine künftige strukturelle Wandlung der Agrarwirtschaft bedingen:

1. Der aus dem Rohstoffmangel Deutschlands geborene Zwang, seine Wirtschaft — und gleichermaßen seine Agrarproduktion — unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit in eine weitgehend weltwirtschaftliche Arbeitsteilung einzugliedern.
2. Die Bodenreform und die unbedingte Notwendigkeit, die aus dem

Osten nach Restdeutschland eingeströmte Bevölkerung wieder ansäßig zu machen.

Die zuerst genannten Zusammenhänge erfordern naturgemäß eine erhebliche Umstellung auf Veredlungswirtschaft, wobei es gleichzeitig darum gehen wird, die zweifelslos vorhandenen Leistungsreserven zu mobilisieren und ein Ausweichen der Agrarwirtschaft in die extensive Bewirtschaftung zu verhindern. Daneben wird die erwünschte Bevölkerungsverchiebung das äußere Gesicht der deutschen Landwirtschaft unter starker Verwischung des städtisch-ländlichen Gegensatzes nicht unbeträchtlich verändern.

Diese kurzen Andeutungen lassen bereits zur Genüge die Bedeutung einer Politik erkennen, als deren wesentlichster Punkt und wichtigstes Instrument wohl die Agrar-Kreditpolitik

bezeichnet werden kann. Hierüber darf die gegenwärtige, übrigens häufig nicht mit der nötigen Sachlichkeit und Sachkenntnis beurteilte scheinbare Lage der Landwirtschaft nicht hinwegtäuschen. Gewiß wird die Agrarverschuldung stark zurückgegangen und die finanzielle Lage der Landwirte im Allgemeinen als gut zu bezeichnen sein; auch werden die bisher völlig unzureichenden Agrarpreise in Anpassung an die Regelung auf dem Gebiet der industriellen Rohstoffe und Löhne die

notwendige Regulierung erfahren. Trotzdem wird sich nach Beseitigung des Geldschiebers ein wesentlich anderes Bild ergeben, und die Landwirtschaft wird dann, und zwar ohne ausreichende Barmittel, vor der Notwendigkeit bedachtlicher Neuanschaffungen von Maschinen, Geräten, Kunstdünger, Sämereien und anderen Betriebsmitteln stehen; hinzu kommen Aufwendungen für eine allmähliche Wiederaufstockung des viel zu geringen Viehbestandes und für Beseitigung der besonders in der britischen Zone doch recht umfangreichen Kriegsschäden.

Kredite werden insbesondere aber eben auch zur Erfüllung der eingangs genannten Aufgabe, Umstellung der Agrarwirtschaft nach den Erfordernissen der künftigen deutschen Wirtschaftspolitik, benötigt werden. Nicht ohne Grund sah sich daher die Wirtschaftspolitische Gesellschaft veranlaßt, aus der Fülle der vorliegenden Agrarprobleme gerade diesen Punkt als ersten zu behandeln. Dabei wurde mit einer erfreulichen Beweglichkeit und frei von jeder Dogmatik vorgegangen und die primäre Frage nach der Höhe der künftigen Kreditbedarfs zunächst zurückgestellt, da sich dieser Komplex im Augenblick jeder Schätzungsmaßigkeit entzieht. Klar erkennbar ist dagegen heute bereits die Form, in der ein Kreditbedarf auftreten wird, und von hier nahmen daher die angestellten Überlegungen ihren Ausgang. Sowohl die langfristigen Real- wie der kurzfristigen Personal-Kredit bedürfnisse, wie man glaubt, keiner nennenswerten organisatorischen Änderungen. Es wird lediglich darauf verwiesen, daß Bodenreform und Siedlungstätigkeit eine verstärkte Pflege des bäuerlichen Grundkredits erfordern werden, wobei zur Senkung der Unkosten die Einschaltung von Genossenschaften und Sparkassen als Agenten empfohlen wird. Andererseits wäre jedoch wohl zu berücksichtigen, daß der kommende Latenzausgleich auch den landwirtschaftlichen Grundbesitz stark heranziehen und somit die Möglichkeit der Begebung von Realrediten einschränken wird. Als wichtigstes Ergebnis aus der Arbeit der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft ist der Vorschlag einer dritten, neuen Kreditform zu nennen.

Der mittelfristige Betriebskredit, dessen Schaffung gewissermaßen als prophylaktische Maßnahme gefordert wird, soll eine bevorzugte Stellung im Rahmen der künftigen Agrarkredite einnehmen. Die notwendigen Produktionsumstellungen, die technische Neuausrüstung vieler Betriebe und die übrigen, bereits angedeuteten Erfordernisse lassen es in der Tat als sicher erscheinen, daß gerade die Nachfrage nach diesem neuen Kredit-Typ besonders groß sein wird. Würde er als nicht geschaffen, so bestünde die Gefahr einer Finanzierung mittelfristiger Betriebsaufgaben durch kurzfristige Personalkredite, eine Entwicklung, die, ähnlich der aus den Jahren nach der Währungsanpassung von 1923, zu einer gefährlichen Krise im Genossenschaftswesen führen müßte. Es werden zur Sicherung eines mittelfristigen Kredites als Kreditunterlage analog zum Registerpfandrecht an „Nichterinventar“ das System der Mobilisarrhypothek und zu seiner Refinanzierung die Emission mittelfristiger Schuldverschreibungen vorgeschlagen, wobei die Berechtigung zur Ausgabe solcher Kredite durch eine Zentralstelle konzesioniert werden soll.

Am Ausguck: Die Organisation Westeuropas

Während in Frankfurt die Befehlshaber der drei Zonen sowohl die deutsche Beteiligung am Marshall-Plan als auch die Fragen des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Doppelsonne mit der französischen Besatzungszone besprochen haben, folgten weitere Aktionen, die der Zusammenarbeit der Westmächte festere Formen verleihen sollen, in einem nach bisheriger diplomatischer Begriffen unerhörten schnellen Rhythmus. In Paris haben die sechzehn Länder, die am Marshall-Plan teilnehmen, die Charta für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Das Ziel dieses Vertragswerkes, das 28 Artikel und sieben Protokolle enthält, wird im wesentlichen im Artikel 11 zum Ausdruck gebracht, „durch wirtschaftliche Zusammenarbeit der Unterzeichnermächte eine stabile europäische Wirtschaft zu erzielen“. Zu diesem Zweck wird als unmittelbare Aufgabe gestellt, „den Erfolg des wirtschaftlichen Wiederaufbauprogrammes in Übereinstimmung mit den Regelungen, zu denen sich die Unterzeichnermächte in der Charta verpflichtet, zu gewährleisten“. Um eine Verzögerung beim Wiederaufbau Europas zu vermeiden, trat die Charta sofort mit ihrer Unterzeichnung in Kraft.

Die Auswirkung dieser Pakteschlüsse war dann die Bildung eines ständigen Konsultativrates, der sich aus den fünf Außenministern zusammensetzt und sobald eine Sitzung als notwendig erscheint, zusammentritt (mindestens alle drei Monate einmal). Zur Prüfung aller in diesem Zusammenhang notwendigen Fragen wird in London ein ständiges militärisches Komitee geschaffen, das dem Konsultativrat untersteht und aus den diplomatischen Vertretern Frankreichs, der Benelux-Staaten und einer noch zu ernennenden britischen Persönlichkeit besteht. Nach Londoner Bericht wird diesem Komitee die Hauptarbeit der militärischen Koordination

der fünf verbündeten Länder zufallen, wobei die Berufsdiplomaten ohne Zweifel von Berufsmilitärs, wahrscheinlich von ihren Militärattachés unterstützt werden sollen. Daß es sich bei diesem wesentlichen Zusammenschluß nach wie vor um eine reine Defensivmaßnahme handelt, bedarf wohl nach den Erklärungen des belgischen Außenministers Spaak, die er nach seiner Rückkehr aus den USA abgab, keiner näheren Erläuterung mehr.

Gleichzeitig werden in diesen Tagen in London zwischen den Vertretern Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Beneluxländer wieder die Verhandlungen über Deutschland begonnen. Diese Gespräche, die in London am 6. März abgeschlossen wurden, sind über die Abklärung von Einzelfragen nicht hinausgekommen. Inzwischen haben Besprechungen in den europäischen Hauptstädten und in den Arbeitsausschüssen von Berlin stattgefunden. Man hat sich darüber geeinigt, daß Deutschland — leider zunächst der Westen allein — einen föderalistischen Staatsaufbau erhalten, und daß eine internationale Kontrolle im Ruhrgebiet geschaffen werden solle. „Nachdem Europa“, so erklärte General de Gaulle auf dem ersten Landesparsität des Rassemblement du peuple français in Marseille, „entweder geschnitten ist, muß Westeuropa als eine Gruppierung von Staaten aufgebaut werden, die unter sich wirtschaftlich und eventuell für eine gemeinsame Verteidigung verbunden sind. Das physische und moralische Zentrum dieser Gruppierung ist Frankreich, und wir müssen uns entsprechend verhalten. So haben wir dafür zu sorgen, daß die Deutschen sich eines Tages dieser Gruppierung anschließen, um zu einem neuen Leben zu erstehen, nicht in der Form eines Deutschen Reiches, sondern als souveräne und föderierte deutsche Staaten“. Auch Ministerpräsi-

dent Schumann gab in seiner Rede, die er in Pointiers hielt, dem Wunsch Ausdruck, daß seine Regierung die Freundschaft der Länder wünsche, die im Krieg gegen Frankreich gestanden hätten. Wohl stelle die Deutschlandfrage ein schwerwiegendes Problem für die Zukunft des Friedens in Europa dar. Deutschland müsse aber trotzdem eine auf den demokratischen Freiheiten beruhende Organisation erhalten.

So gewinnen langsam aber immer deutlicher die Unterschriften von Paris auch für den Westen Deutschlands anwiderstandlos zu werden. Indessen ist auch die Auffassung, daß der Westen Europas durch rechtzeitige Entschlüsse noch Einfluß auf die Entscheidungen der Moskauer Regierung gewinnen könne, von der Mehrheit der italienischen Wähler in ihrer vollen Tragweite und Bedeutung erfaßt worden. Sie hat den Kommunisten die Gefolgschaft versagt. Zweifellos ist durch den großen Wahlerfolg der Christlich-Demokratischen Partei gegenüber der Volksfront zunächst eine Klärung und eine vorübergehende Festigung der politischen Lage in Italien erfolgt. Aber jetzt erst kommt die kritische Zeit des staatlichen Leerlaufes. Die eigentliche innerpolitische Krise Italiens beginnt am 10. Mai, an dem Senat und Kammer in gemeinsamer Sitzung das Staatsoberhaupt zu wählen haben, den Präsidenten der Republik. Die Verfassung sieht drei Wahlgänge vor. Wer die Zweidrittelmehrheit erreicht, ist gewählt. Wird eine so weitgehende Einigung nicht erzielt, dann fällt die Wahl auf jene Kandidaten, der im dritten Gang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Wenn auch die Kommunisten eine eindeutige Niederlage einstecken müßten, so hat sich doch im Norden des Landes die äußerste Linke kraftvoll behaupten können und die Bildung der neuen Regierung dürfte eine außerordentlich heikle Angelegenheit werden.

Wohl hat in der vergangenen Woche all das, was gegenwärtig in Italien und

mit Italien geschieht, die Halbinsel in den Mittelpunkt der Weltpolitik gerückt. Aber die Nachrichten von der überraschenden Wahl von Tschiang Kai-shek zum Präsidenten von China und die Meldungen über die immer heftiger werdenden Unruhen zwischen Arabern und Juden rücken auch das fernöstliche Problem und die Palästinafrage wieder mehr ins Blickfeld der Welt. In der Mandatschrei halten die Regierungstruppen gegenwärtig noch größere Einheiten der Roten Armee vor Mukden fest. Es ist wahrscheinlich, daß die Stadt noch einige Zeit aus Prestigegründen gehalten wird. Wirtschaftlich ist sie aber bedeutungslos geworden, seitdem die Kommunisten das ausgedehnte Industriegebiet, die Kohlenminen, Eisengruben und Elektrowerke besetzt und den Bahnverkehr völlig unterbrochen haben.

In Palästina ist aus den Streitigkeiten zwischen Arabern und Juden bisher nur eine Niederlage der UN geworden. Es wird hohe Zeit, das Schicksal des Heiligen Landes zu klären. Immer näher rückt der 15. Mai, der Zeitpunkt, an dem Großbritannien das ihm nach dem ersten Weltkrieg vom Völkerbund übertragene Mandat als erloschen erklärt hat. Vom 16. Mai an wird die Mandatsmacht ihre letzten Truppen aus Palästina zurückziehen, und schon jetzt hat man von Seiten des arabischen Oberkommandos vernommen, daß nach dem 15. Mai die gesamte Wasserversorgung Jerusalems in die Luft gesprengt und die große Verbindungsstraße nach Tel-Aviv zerschnitten werden soll. Je bedenklicher diese Meldungen klingen, desto mehr konzentrieren sich die Blicke der Welt auf die Vereinigten Staaten, die sich nunmehr bereit erklärt haben, einen Teil der Verantwortung für die Ruhe im Lande mitzübernehmen. Doch heute hat es immer noch den Anschein, daß sich, was immer auch in den kommenden Tagen die Vereinigten Nationen beschließen werden, an der grundsätzlichen Einstellung der Araber und Juden kaum etwas ändern wird.

Wir greifen auf:

Also doch!

Das niedersächsische Wirtschaftsministerium hat sich nun nach entscheidlichen Mühen, eine weitverbreitete Form der Kompensation zu legalisieren, nämlich die Kohlen-Lohnaufträge in der Baustoffindustrie. In den letzten Jahren haben Kohlenbedürftige, insbesondere aus dem Ruhrgebiet, an Baustoffabrikannten Kohle geliefert und dafür Baustoffe erhalten, die mit dieser Kohle hergestellt waren. Diese sogenannten Kohlen-Lohnaufträge für die Baustoffindustrie sind nun ab 1. April in Niedersachsen offiziell genehmigt. Die Regelung im einzelnen ist aus den vorliegenden Unterlagen nicht ganz klar ersichtlich, aber es handelt sich hier ja nur darum festzustellen, daß sich ein Wirtschaftsministerium genötigt sah, Kompensationsgeschäfte anzuerkennen. Dabei möchten wir die Betonung auf die Worte anerkennen und legalisieren legen. Warum muß die Wirtschaft erst einmal ungesetzliche Wege gehen, um wirtschaftlich einwandfreie Geschäfte zu tätigen? Mühen denn immer Gesetz und Recht sich wie eine ewige Krankheit forterben? Können wir nicht endlich einmal Gesetze machen, die vorausschauend sind, oder Verordnungen, die sich schneller anpassen? Wenn man nun schon dafür ist, daß der Staat so stark in die Wirtschaft eingreift, dann sollte man doch diesen Eingriff nicht immer als Brems- und als Gewissensbelastung aufzeichnen. Der Staat begibt sich ja so vollständig einer wirklichen Einflußnahme auf die Wirtschaft. Mit Gesetzen und Verordnungen allein kann man die Wirtschaft nicht steuern. Gesetze und Verordnungen sind nur ein — und nicht einmal das wirksamste — Mittel der Einflußnahme auf die Wirtschaft. Eine echte Führung in der Wirtschaft könnte ebenso gut vom Staat wie von einzelnen wirtschaftlichen Persönlichkeiten ausgehen, wenn sie vom Geiste der Wirtschaft gelenkt ist. Weil aber bisher staatliche Stellen diesen Geist so oft vermissen ließen, ist die Skepsis gegen staatliche Lenkung der Wirtschaft so groß geworden: aus der praktischen Erfahrung heraus und nicht aus der Theorie.

Kaffee ohne . . .

In der Doppelzone wird es wieder Kaffee geben, — nicht viel und wahrscheinlich auch nicht lange. Ein Devisenkontingent von 2,1 Mill. \$ ist für die nächsten Monate bewilligt worden für den Ankauf von 130 000 Sack (rund 8 000 t) grünen Kaffees, der am Weltmarkt wenig gefragte Sorte Rio No. 5. Für den Betrag hätte man sicherlich auch Nahrungsmittel mit Kaloriengehalt kaufen können, so z. B. Heizingöl oder Erdöl, vielleicht auch Fett, jedenfalls aber Datteln und bestimmt Gemüse — soeben wurden für die Doppelzone in Italien für 10 Millionen \$ Agrarprodukte angekauft im Rahmen des ERP-Programms. Die 2,1 Mill. \$ stammen aus Exporterlösen und man müßte danach trachten, dafür kalorienreiche Nahrungsmittel zu importieren.

Aber die Deutschen sind für Rio No. 5 dankbar, auch wenn er keinen Kalorienwert hat. In ihrer jetzigen Bescheidenheit werden sie sich gewiß nicht gleich einbilden, daß mit der kommenden Kaffeezuteilung ihr Lebensstandard gehoben wird.

. . . Getreide mit Politik

Die Ostzone darf hoffen. Das russische Getreide, noch am Hals, hat schon seine Bestimmung, auch schon eine politische. Diese verrät uns Herr Alexander Werth im „The Manchester Guardian Weekly“:

„In Rußland wird das laufende Jahr als das „entscheidende landwirtschaftliche Jahr“ bezeichnet. Man erwartet, daß die Kornzeugung die von Westeuropa und sogar die der USA um ein Mehrfaches übertrifft. Dies wird von großer internationaler Bedeutung sein. Obwohl die Länder Ost- und Mitteleuropas sich in dieser Hinsicht selbst versorgen, können sie jedes Lebensmitteldefizit mit Lieferungen von Rußland ausgleichen. Besonders im Zusammenhang mit dem deutschen Problem kann der russische Kornüberfluß eine wichtige Rolle spielen. Ostdeutschland wird damit rechnen können, viel mehr Getreide als bisher von den Russen zu erhalten und so bald zu einem normalen Verpflichtungsstandard zurückkehren zu können. In diesem Falle wird der Unterschied zwischen einem wohlversicherten Ost- und einem schlechtversicherten West-Deutschland seine Wirkung auf die Deutschen nicht verfehlen.“

„In diesem Falle“ soll mit den Kalorien also eine politische Wirkung erzielt werden — eine eigenartige Kompensation. Andererseits regt aber eine gute Ernährung auch andere Funktionen an, was von Fall zu Fall unterschiedlich ist, z. B. das Erinnerungsvermögen. Bisher wurde kein russisches Getreide nach der Ostzone eingeführt und nun soll sie bald ein Vielfaches davon erhalten. Das wird bestimmt seine Wirkung nicht verfehlen.

Ein geschwindiges Verbot

Allen Industrieunternehmungen in der Ostzone ist verboten worden, Tatsachen über ihre Geschäftsentwicklung und ihr Geschäftsgebaren Personen aus anderen

Französische Zone

In Rheinland-Pfalz ist das Brauwirtschaftsgesetz wieder in Kraft. Die Brauwirtschaftsmonopolstelle, die die Aufgaben der früheren Reichsmonopolstelle in der französischen Nordzone wahrnimmt, ist auch Melde- und Sammelstelle für die Auflagen der Militärregierung. Die früheren Brauwirtschaftsmonopolstellen der Brauwirtschaftsmonopolstelle Koblenz sind in private Sammelstellen umgewandelt worden. Neue Sammelstellen wurden in Rheinland-Pfalz und in der Pfalz errichtet. An diese ist der gesamte Brauwirtschaftsanteil, außer Weinbrand und festgesetzte Freimengen, abzuliefern. Der Selbstverzehranteil beträgt beim Abbrennen von Wein- und Obsttrester 40%, von Weishefe 35% der gebrannten Menge. Beim Abbrennen von Wein- und landwirtschaftlichen Produkten beläuft er sich auf nur 3%. Obst darf nur gebrannt werden, wenn eine Bescheinigung der Orts- bzw. der Bezirks-sammelstellen über die Erfüllung der Ablieferungspflicht vorliegt, und wenn das zum Brennen bestimmte Obst nicht mehr dem menschlichen Genuß zuträglich ist.

Der Landesverband Chemische Industrie Rheinland-Pfalz

Englische Zone

Nach Mitteilungen des Oberbergamts Clausthal wurden im Jahre 1947 in den Gruben „Rammelsberg“ und „Hülfe Gottes“ 144 000 t Blei-Zink-erz und Blei-Kupfererz gefördert. Die Reserven reichen noch für etwa 40 Jahre bei dem gegenwärtigen Abbauteil. Auf dem zum Betrieb der Mansfelder Kupfererz-Bergbau AG. gehörenden „Vinhumschacht“ konnte die Förderleistung in der letzten Zeit auf 500 t im Tag gesteigert werden. Zurzeit werden 1847 Arbeiter und Angestellte, davon 40% Umsiedler, beschäftigt.

Auch in der britischen Zone wird die Aluminium-Erzeugung gegen Mitte des Jahres wieder aufgenommen. Sie soll sich auf monatlich 1400 t belaufen. Als erster Betrieb der Zone hat das Lippe-Werk der Ver. Aluminiumwerke AG. in Lünen die Produktionsgenehmigung erhalten.

Das Gelände der zweiten diesjährigen Exportschau in Hannover ist auf 60 000 Quadratmeter erweitert worden. Hiervon sind 37 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche überdacht, weitere 10 000 Quadratmeter sollen in Zelten untergebracht werden.

Das Zonenamt des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen in Hamburg wurde von der Militärregierung ermächtigt, nichtdeutsche Versicherungs-Gesellschaften, die bereits vor dem Kriege in Deutschland zugelassen waren, unter gewissen Bedingungen wieder zum Geschäftsbetrieb in der britischen Zone zuzulassen.

Gegenstand der Volkswagen-Versicherungsdienst GmbH, Wolfsburg, ist die Vermittlung von Kraftfahrzeug-Versicherungen, sowie die Betreuung des Volkswagenkundenkreises in Kraftfahrzeug-Schadensfällen. Geschäftsführer sind Versicherungsmakler Heinrich Kurig und Dr. Sladeczek, beide Wolfsburg.

Eine Überprüfung der Lagerbestände an Haushaltsgeräten aus Eisen- und Nicht-Eisenmetallen, Fahrrädern und Fahrradzubehör, Nähmaschinen, Kinderwagen, Schreibmaschinen, Radioapparaten und Radiobühnen, Uhren und Möbeln, wurde in Niedersachsen bei den einschlägigen Handelsbetrieben durchgeführt. Die Bestandserhebung soll den im Publikum erhobenen Vorwürfen begegnen, wonach trotz erheblicher Bestände des Einzelhandels von den Wirtschaftskammern keine Bezugsmarken ausgegeben würden.

Die Fachverbände Ziegelindustrie von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hamburg, Schleswig-Holstein, haben sich zum „Wirtschaftsverband Ziegelindustrie in der britischen Besatzungszone“ mit dem Sitz in Minden zusammengeschlossen. — Die Vorarbeiten für die Gründung einer Interessen-

Zonen bekanntzugeben. Bei Strafe wurde auch untersagt, industrielle, wissenschaftliche, technische oder amtliche Informationen an Personen oder Stellen in den westlichen Zonen zu geben. Das Verbot geht von den Sowjetbehörden aus. Juristisch ist ein solches Verbot unhaltbar, denn es widerspricht 1. dem Kontrollratsgesetz Nr. 55, das einen völlig freien Austausch von Informationen zwischen den vier Zonen vorsieht, 2. den Vorschriften des Handelsgesetzbuches. Der Leiter eines Zweigwerkes in der Ostzone ist handelsrechtlich verpflichtet, den Direktoren der Zentrale, die vielleicht in der englischen Zone liegt, jede Auskunft zu geben und laufend über das Zweigwerk Bericht zu erstatten; das Handelsrecht schreibt weiter für Aktiengesellschaften die Vorlage eines Geschäftsberichtes und der Bilanz

Aus der deutschen Wirtschaft

hat seine konstituierende Sitzung in Mainz abgehalten. Als Sitz wurde der Ort der Landesregierung, Koblenz, festgelegt.

Die 1877 gegründete Firma Arnold Georg AG. in Neuwied stellt Stahlkonstruktionen, Krananlagen, Brücken, Gütermasten, Wellblechhallen, verzinkte Flach-, Well- und Pfannenbleche her. Vor dem Kriege ging ein Teil der Produktion ins Ausland und nach Übersee. In der Zeit wieder in Betrieb genommenen Verzinnekerl werden Haushaltsgeräte lohnverzinnt. Zink und Salzsäure stehen in nicht immer ausreichendem Maße zur Verfügung.

Die Fabrik Heinrich Hickstein in Bad Ems hat sich auf die Herstellung von Essenzen für Nahrungsmittelfarben eingerichtet. Bei Industrie und Handel sind die Erzeugnisse stark gefragt.

Die Produktion des Arienheller Sprudels aus Mineralwasser und Limonade beträgt durchschnittlich im Monat 230 000 Flaschen. Die normale Jahresproduktion betrug vor dem Kriege 9 Millionen Flaschenfüllungen. Die Belegschaft ist heute um über die Hälfte reduziert. 1939 wurden 130 Arbeiter beschäftigt. Die Arbeitsleistung ist auf etwa 60% gefallen.

Die Produktion des Arienheller Sprudels aus Mineralwasser und Limonade beträgt durchschnittlich im Monat 230 000 Flaschen. Die normale Jahresproduktion betrug vor dem Kriege 9 Millionen Flaschenfüllungen. Die Belegschaft ist heute um über die Hälfte reduziert. 1939 wurden 130 Arbeiter beschäftigt. Die Arbeitsleistung ist auf etwa 60% gefallen.

Nach dem Westen verlegt werden soll die Mansfeld AG. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Eisleben. Eine außerordentliche Hauptversammlung am 20. Mai in Hamburg wird über die Verlegung des Sitzes Beschluß fassen.

Gemessen an dem früheren Leistungsgrad der pharmazeutischen Abteilung der Farbenfabriken Bayer, Leverkusen, stellt sich die gegenwärtige Produktion auf 60 bis 70%. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß diese Erzeugung dem deutschen Markt voll entspricht, müßte der inländische Bedarf

weitgehend gedeckt sein, da von der früheren Gesamtproduktion ein hoher Prozentsatz ins Ausland ging. Man muß annehmen, daß die Knappheit an pharmazeutischen Präparaten heute zu einem wesentlichen Teil darin begründet liegt, daß das Material von den in die Verteilung eingeschalteten Zwischengliedern gehortet wird. Besondere Schwierigkeiten bereitet die Herstellung solcher Pharmazeutika, die auf Jod beruhen, und aller Hormon-Präparate. In diesem Zusammenhang kann hervorgehoben werden, daß die Herstellerfirma trotz des Fehlens jeglichen Patent- und Warenzeichenschutzes mit der Fabrikation

neuer, bewährter Heilmittel nicht zurückhält. — Das „Bayer“ Farbenwerk in Uerdingen ist zur Zeit zu 40% ausgelastet. Es werden Chromverbindungen, Alkydal, Eisenoxydfarben, Anilin, Konservierungsmittel, Salzsäure, Schwefelsäure, Natriumphosphat für die Glasindustrie und ein aktives Zinkoxyd für die Pneufabrikation zum Ertrag von Ruß produziert. Die Versuchsarbeiten für neue Produkte gehen nur langsam voran, da der fehlende Patentschutz die Entwicklung neuer Produkte wenig sinnvoll erscheinen läßt. Exportnachfrage liegt aus ganz Amerika, Indien und einigen europäischen Ländern vor.

Ostzone

Vor einigen Wochen hat der Betriebsrat des Buna-Werkes in Schkopau eine Versammlung einberufen, auf der er über den Wiederaufbau des Werkes berichtete. Namentlich wird gemeldet, daß das Buna-Werk entgegen den Zusicherungen der russischen Besatzungsmacht abgebaut wird, vor allem auch die gesamte Gummierzeugungsanlage, die etwa 65% der Gesamtanlagen umfaßt. Sämtliche Arbeiter des Werkes sind für den Abbau eingesetzt.

Die „Chemischen Werke Buna“ sind dem Verband der sowjetrussischen Aktiengesellschaften angeschlossen. Sie erreichten in der letzten Zeit etwa 50% des Höchstleistungsstandes von 60 000 Tonnen im Jahr, und konnten damit den Bunabedarf der Ostzone vollkommen decken.

Eine offizielle Bekanntgabe der Demontage, die bis 30. Juni beendet sein soll, ist bisher nicht erfolgt. In diesem Zusammenhang wird auch von Vorbereitungen zu einer Demontage der Leuna-Werke gesprochen.

Im Karl-Zeiß-Werk in Jena wurde von der SED-Betriebsgruppe eine Abstinenz durchgeführt, auf Grund deren die Ernst-Abbe-Stiftung aufgelöst und das Werk als „volkseigener Betrieb“ vom thüringischen Staat übernommen werden soll. Das Werk wird unter dem Namen „Stiftung des deutschen Volkes“ als „Volkseigener Betrieb“ fortgeführt.

Die Jenaer Glaswerke Schott und Genossen haben außer der Fensterglasproduktion die Herstellung von Wirtschaftsglas, Milchflaschen und

neuen Glaslegierungen aller Art aufgenommen.

Das demontierte Unternehmen Stahlgießerei Seifert, Finow, Kreis Eberswalde, betreibt den Neuaufbau und soll demnächst einen 5-t-Elektroofen erhalten. Nach Aufstellung dieses Ofens will man die Stahlherzeugung aufnehmen. Die anfängliche Monatsleistung, die laufend gesteigert werden soll, wird 100 t betragen. Zum Guß wird Schrott, der greifbar ist, verwendet.

Das durch Kriegseinwirkungen stark zerstörte Dampfkesselwerk Ubigau i. Sa. wurde wieder aufgebaut und arbeitet heute als landeseigene Unternehmung. Die Fabrik ist ein Spezialbetrieb für den Lokkeselbau und ist für den Lokomotivbau der Ostzone unentbehrlich. Während 1946 monatlich zwei Kessel fertiggestellt wurden, können heute zehn Stück im Monat produziert werden. Nach Fertigstellung einer neuen Nietmaschine, die wesentlich zur Arbeitsvereinfachung beitragen soll, hofft man, die derzeitige Fertigung um 25–30% zu steigern. Das Ubigauer Dampfkesselwerk beliefert in erster Linie die heutige landeseigene Lokomotivfabrik in Potsdam, die vormals der Bahn- und Lokomotivbau AG., ehemals Orenstein & Koppel, gehörte, und die als einzige Lokomotivfabrik der Ostzone arbeitet und kürzlich die 100. Lokomotive seit Kriegsende neu gebaut hat. Der Betrieb in Ubigau zählt eine Belegschaft von 600 Köpfen.

Die Kolbenringfabrik „Komet“, Gera, die demontiert wurde, hat sich einen neuen Maschinenpark geschaffen und beschäftigt die gleiche Belegschaftszahl wie vor dem Kriege. Durch Intensivierung der Arbeitsmethoden ist der Betrieb in der Lage, die doppelte Zahl von Kolbenringen wie früher zu produzieren.

Von der Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik, die vorwiegend kombinierte Holzbearbeitungsmaschinen und Pressen für die Glasindustrie produziert, wurde ein Liefervertrag für Spindelpressen in Höhe von 29 000 \$ nach Frankreich abgeschlossen.

Das als landeseigener Betrieb arbeitende Bäummaschinen-Werk Astrawerke, Chemnitz, stellt Addier- und Bohrungsmaschinen her und konnte auch wieder größere Exportaufträge erzielen. Auf der Leipziger Frühjahrsmesse erhielt die Firma einen Auftrag im Werte von 53 000 \$ nach Dänemark. Dänemark wird an das Land Sachsen als Austauschwaren Fische und Saatkartoffeln in Höhe der Auftragssumme liefern.

Das Mineralölwerk Lützkendorf konnte seine Produktion an Schmieröl, Benzin, Petroleum und Dielektrikstoff wesentlich steigern und die Erzeugung von synthetischem Treibstoff aus Rohbraunkohle auf der Grundlage des Fischer-Tropsch-Verfahrens erweitern.

Die Margarinerwerke Chemnitz, die zu 80% Kriegsschäden erlitten hatten, arbeiten wieder als landeseigener Betrieb und produzieren täglich 10–12 t Margarine.

Im medizinischen Institut in Erfurt werden mit Kontaktgiften Versuche zur Bekämpfung des Borkenkäfers, der großen Schaden im Thüringer Wald anrichtete, durchgeführt. Bei dem Giftstoff handelt es sich um ein geruchloses Mittel, das als ölige Flüssigkeit für Menschen und Warmblüter ungefährlich und allen Witterungseinflüssen 5 bis 10 Tage standhält.

Amerikanische Zone

Bis zum 30. Juni wird die amerikanische Heeresverwaltung acht weitere Materiallager an die STEG übergeben. Diese Lager enthalten Lastkraftwagen, Allweckkraftwagen (Jeeps), Wehrmachtstänker, Nachrichtensmittel und andere Ausrüstungsgegenstände im Gesamtwert von 850 Millionen bis 1 Milliarde Dollar.

In Zusammenhang mit der Auflösung überproportionaler Warenlager hat das bayerische Wirtschaftsministerium eine Hortungssteuer für verschiedene Geschäftszweige festgelegt. Die Einzelhändler dürfen durchweg Vorräte für zwei Monate halten, Tabak- und Einzelhändler für drei Monate, Hausratherrsteller und Händler für einen Monat.

Nach einer Erklärung des Finanzministers Dr. Hilpert betragen die Besatzungskosten für Hessen jährlich 375,6 Millionen Mark oder 91 Mark auf den Kopf der Bevölkerung.

An einer für Mai geplanten Landwirtschaftsausstellung in England soll eine noch nicht bestimmte Zahl von Landwirten aus der amerikanischen Zone auf Einladung amerikanischer und britischer Bauernverbände teilnehmen.

Bayern wird die Hälfte der aus der amerikanischen Zone nach der Tschechoslowakei gehenden 50 000 t Schrott liefern und erhält dafür 50 000 t Kohle und 1 000 t Ton für die keramische Industrie.

Rund 35 000 Anträge auf Neuzulassung von Industrie- und Handelsbetrieben wurden in Bayern in der

Zeit von 1. 5. 45 bis 31. 12. 47 eingereicht. Über 19 700 Anträge wurden genehmigt, während den rund 15 290 Ablehnungen meistens kein volkswirtschaftliches Bedürfnis zugrundelag. Am wenigsten war das Fehlen eines ausreichenden Betriebskapitals ausschlaggebend. Bei den über 6070 Genehmigungen auf Industriebetriebe handelt es sich vorwiegend um Klein- und Kleinstbetriebe und um Fließbandbetriebe, die teils erst geplant, teils noch im Aufbau sind. 13 500 Betriebe entfielen auf Einheimische und Evakuierte, rund 4670 an Flüchtlinge und Ausgewiesene, über 1180 an russisch und polnisch Verfolgte und 370 an Ausländer.

Die Handwerkskammer Kassel fordert die Gleichstellung des Handwerks mit der Industrie in bezug auf Arbeitsanreizprämien und Bonusgewährung.

Unter der Firma „Dorotheenhütte Tepp & Otto“ ist in Dillenburg ein keramischer Erzeugungsbetrieb eröffnet worden.

Die Chemische Fabrik Weyl AG. hat ihren Sitz von Berlin nach Frankfurt a. M. verlegt. In Berlin bleibt eine Zweigniederlassung.

Gemäß Beschluß einer außerordentlichen Hauptversammlung verlegte die Deutsche Hypothekbank AG. den Sitz von Weimar nach Bremen.

Die landwirtschaftlichen Pächter in Bayern wollen sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen, um nach einheitlichen Richtlinien besonders die Lücken der Gesetzgebung, die sich für den Pächterstand nachteilig auswirken, ausfüllen zu können.

Business

England ist, wie auch andere Länder, knapp an Dollar. Das fühlen allmählich auch die amerikanischen Exporteure, sind, liegt der Gedanke nicht allzu fern, daß das Verbot, von dem hier die Rede ist, eine andere Auslegung erfordert: die Betriebe vielleicht veranlassen wollen, alle Angaben wirtschaftlicher Art zunächst den Sowjetbehörden einzureichen, die dann genehmigen, was sie gern veröffentlicht hätten. Ähnliche Vorschriften hatten wir bereits in der Nazizeit, als bestimmte Betriebe, vor allem Rüstungsbetriebe, ihre Geschäftsbücher erst militärischen Stellen zur Zensur vorlegen mußten, die dann die Angaben strichen, aus denen man Kapazitäten und allgemeine Rüstungspotential hätte ausrechnen können.

Um ihren bisherigen Kunden entgegenzukommen, d. h. den englischen Markt nicht zu verlieren, hat eine gut eingeführte amerikanische Firma, die Remington-Werke, kurz entschlossen eine ganze Fabrik nach England verschifft, die an Ort und Stelle Schreibmaschinen und elektrische Rasierapparate erzeugt. Es handelt sich keineswegs um eine kleine Werkstatt, denn die neue Fabrik wird 1 200 Arbeiter und 30 Präzisionstechniker beschäftigen. 40–50% der Produktion werden exportiert — wahrscheinlich gegen Dollar — der Rest wird auf dem englischen Binnenmarkt verkauft, davon werden etwa 9% der Jahresproduktion von britischen Regierungsbetrieben übernommen. Es wird das zweifelloso ein gutes Geschäft, denn die Löhne in England sind erheblich niedriger als in den USA.

Warum keine metallischen Rohstoffe?

Ungünstige Versorgungslage — Mangel an Schwermetallen

Zwei Tatsachen sind es, die seit dem Zusammenbruch die deutsche Wirtschaft kennzeichnen: die Zerstörungen, die der Krieg in der industriellen Ausrichtung Deutschlands einschleifte, und die seit dem Zusammenbruch ständig wachsende Rohstoffnot. Es gibt noch keine zahlenmäßigen Angaben für die Minderleistung des gesamten deutschen Industriepotentials, doch kann man ohne zu übertreiben annehmen, daß die deutsche Wirtschaft um Jahrzehnte zurückgeworfen worden ist.

Zumindest in Westdeutschland hat sich bei den Besatzungsmächten schon seit längerer Zeit die Überzeugung durchgesetzt, daß eine Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft ohne eine entsprechende Rohstoffzufuhr nicht möglich ist. Aus diesem Grunde hatte man bereits kanadisches Aluminium eingeführt, ehe man die Erlaubnis zur Wiederaufnahme der Aluminiumerzeugung in Deutschland gab. Auch Baumwolle wurde bald nach der Einstellung der Kampfhandlungen sowohl aus den USA wie auch aus der Sowjetunion geliefert und zum Teil die daraus hergestellten Erzeugnisse dem deutschen Verbrauch zugesandt. Es folgten Einfuhren von Erdöl und Kautschuk, und neuerdings sind Kontrakte über die Lieferung von Feilen und Häuten, von Hauf und Tabak, von Zellulose usw. abgeschlossen worden. Bei all diesen Rohstoffen handelt es sich um solche für die weiterverarbeitende Industrie, und außerdem besteht offenbar ein Überfluß an diesen Rohstoffen im Weltmarkt, so daß man sie auch der deutschen Industrie zur Verfügung stellt. Eine Ausnahme machen nur die Eisenerzlieferungen für die deutsche Stahlindustrie.

Man hat bei diesen Einfuhren, so erwünscht sie einerseits im Interesse der Versorgung der deutschen Bevölkerung mit den lange entbehrten Fertigwaren sein mögen, durchaus den Eindruck, daß man das Gebilde der deutschen Industrie vom Dachgeschoß her wieder errichten will. Worauf es heute aber ankommt, das ist die Wiedereinrichtung eines soliden Fundaments, der Wiederaufbau der Großindustrie, die im Krieg erheblich gelitten haben, und deren Leistungsfähigkeit nach dem Zusammenbruch weiter verringert wurde. Man braucht nur an die Demontage des Lautwerks zu erinnern, das jährlich rund 60 000 t Aluminium erzeugen konnte, und an die der modernen Zink-elektrolyse der Giesche in Magdeburg, die 1934 gebaut wurde und für eine Kapazität von 40 000 t Elektrolytzink, 65 000 t Schwefelsäure und 150—180 t Kadmium abgestellt war, bei Ausbruch des Krieges jedoch schon 60 000 t Elek-

trolytzink erzeugte. Beide Anlagen gingen nach der Sowjetunion.

Versorgungsbasis weiter verengt

Der Ausgang des Krieges hat die ohnehin schmale Versorgungsbasis der deutschen Industrie mit Metallen weiter verengt. Westerschlesien, das vor dem Krieg mit 640 000 t etwa 32,5% der deutschen Blei-Zinkförderung stellte, dessen Blei-Inhalt im Erz rund 22 000 t (etwa 30% der deutschen Erzeugung aus eigenen Erzen) und dessen Zink-Inhalt rund 92 000 t oder 56% des Zinkinhalts der deutschen Zinkförderung betrug, ist heute in polnischem Besitz. Damit ist bei dem einzigen Metall, Zink, in dem vielleicht eine Bedarfdeckung aus eigenen Kräften möglich wäre, eine entscheidende Schwächung der Erzeugung eingetreten.

Bis vor kurzem war nun auch die Aluminiumerzeugung verboten, in der Deutschland noch während des Krieges eine recht beachtliche Rolle im Rahmen der Weitererzeugung spielte. 1939 hatte Deutschland mit einer Erzeugung von 199 400 t bei einer Weitererzeugung von 665 000 t einen Anteil von rund 30% erreicht. Obwohl die deutsche Erzeugung bis 1944 auf 244 200 t stieg, betrug sie bei einer Weitererzeugung von 1,7 Mill. t nur noch 14%. Inzwischen wird die USA zum weitaus bedeutendsten Erzeuger in der Welt geworden. Deutschland hatte 1946 eine Aluminiumerzeugung von etwa 60 000 t aus Aluminiumschrott aus allen Besatzungszonen. Die jetzt wieder gestattete Erzeugung setzt voraus, daß in absehbarer Zeit die Bauzeiteinfuhr einsehen wird.

Wesentlich schwieriger liegen die Dinge bei der Versorgung der deutschen Industrie mit Schwermetallen, besonders mit Kupfer. Hier war Deutschland schon immer auf eine hohe Einfuhr von Erzen für die Hütten und auf die Rohmetalleinfuhr angewiesen. Wie groß diese Abhängigkeit war, zeigt die nachstehende Zusammenstellung:

Deutsche Metallbilanz (in t nach Met.-Ges. für 1938)
Bergw.-Hütten-Netto-Vererzeugung, Erzeugung, einfuhr
Blei 96 000 183 200 30 900 293 500*
Rohkupfer 39 000 88 800 237 200 308 000
Raff-Kupfer — 313 400 132 500 468 900
Zink 229 000 194 400 71 000 398 400*
Zinn 300 7 900 12 700 29 200

* Metallinhalt; *) einsech. 11 600 t Umschmelzblei bzw. 11 200 t Umschmelzblei. In diesen Zahlen für 1938 steckt auch ein gewisser Rüstungsbedarf, doch darf man nicht übersehen, daß schon vor dem Krieg von der damaligen Überwachungsstelle für Metalle der Metallverbrauch für zivile Zwecke bedeutenden Ein-

schränkungen unterworfen worden war, der Rüstungsbedarf den Gesamtbedarf also nicht mit seinem ganzen Gewicht belastete. Das Schema der Kriegsrationalisierung war schon vor dem Krieg vorgenommen worden, die Umlagerung hatte schon stattgefunden.

Steigender Einfuhrbedarf

Es kann keine Frage sein, daß die deutsche Industrie in der kommenden Zeit steigende Erz- und Metalleinfuhren benötigen wird, wenn sie in der Wirtschaftslage wieder eine Rolle spielen soll. Woher können nun diese Einfuhren kommen? Einen Anhaltspunkt bietet eine Zusammenstellung der Hauptlieferländer für Metalle vor dem Krieg, die zeigt, daß die wichtigsten Metalllieferanten Deutschlands überseeische Länder waren. Europa und die Sowjetunion waren nur unbedeutend oder gar nicht an diesen Einfuhren beteiligt. Das überrascht nicht, weil Europa im allgemeinen, abgesehen von Südosteuropa (Jugoslawien), Metallschmelzgebiet ist, und die Sowjetunion infolge einer stürmischen Industrialisierung vor dem Krieg die Eigenherzeugung nicht in dem Tempo aufbauen konnte, wie der Bedarf an Metallen stieg. Heute liegen Europa und auch die Sowjetunion immer noch an den Nachwehen des Krieges, während die Metallherzeugung in den USA, in Lateinamerika und im englischen Weltkreis im Krieg neue Höchst-

zahlen erreicht hat. Auch die einzelnen Metalle teilten sich die Hauptlieferländer wie folgt:

- Hauptlieferländer, 1938
Kupfer: Rhodesien, USA, Chile, Belgisch-Kongo, Kanada und Finnland.
Blei: Mexiko, Peru, Belgien, Großbritannien.
Zinn: Polen, Norwegen und Belgien.
Zinn: Niederlande, Niederländisch-Indien, British-Malaya.

Es ist nun keineswegs gleichgültig, in welcher Form die Einfuhr metallischer Rohstoffe erfolgt, ob in der Form von Erzen oder von Rohmetallen, denn der Devisenbedarf bei der Einfuhr von Erzen ist natürlich wesentlich geringer und fällt in der Lage, in der sich Deutschland heute befindet, zweifellos ins Gewicht. 1939 hatte die deutsche Erzeinfuhr, wenn man von Vormaterialien der Eisen- und Stahlindustrie abzieht, einen Wert von 132,1 Mill. RM, die Metalleinfuhr — nur NE-Metalle — jedoch einen solchen von 181,1 Mill. RM. Die Ersparnisse, die bei der Erzeinfuhr im Verhältnis zur Hüttenmetalleinfuhr erzielt werden, betragen immerhin zwischen 30 und 70%. Man sollte also heute den größten Wert darauf legen, Vormaterialien, wie Erze, Schlacken, Rückstände und Almetalle einzuführen, um den deutschen Metallbedarf zu decken. Freilich spielt dabei auch die Schiffsraumfrage eine Rolle. Entscheidend ist jedenfalls, daß die deutsche Grundindustrie erst einmal mit den notwendigen Rohstoffen versorgt wird, um die fabrikmäßigen Voraussetzungen für die weiterverarbeitenden Industrien zu schaffen. H. B.

Der Versicherungsbestand in den Westzonen

Die Risiken der deutschen Versicherungsunternehmen wachsen mit dem Näherrücken der Geldreform. Diese Risiken sind nicht im Sinne der Haftungsverpflichtung zu verstehen, sondern liegen in der Auswirkung der Geldblockierung; denn die Anlagemöglichkeiten der Prämieinnahmen sind in Ermangelung von Sachwerten heute weit geringer als früher. Es liegt daher allgemein eine hohe Geldliquidität vor. Der Versicherungsbestand ist, ebenfalls bedingt durch die monetären Geldverhältnisse, in den Nachkriegsjahren zwar gewachsen, doch ist, selbst unter Berücksichtigung der Verluste in der Ostzone, der Schadenverlauf absolut betrachtet nicht ungünstig gewesen.

Der Versicherungsbestand bei 24 Lebensversicherungsanstalten, die zwar überwiegend in der US-Zone ihren Verwaltungssitz haben, deren Geschäfte sich aber auf die anderen Westzonen und einen Teil von Berlin erstrecken, dürfte sich schätzungsweise Ende 1947 auf folgender Höhe bewegen: (in Milliarden Reichsmark):

Table with 4 columns: 1947, 1946, % der Ost-Summe
US-Zone 4,70 4,4 57
Britische Zone 2,22 2,16 26
Französ. Zone 1,12 1,04 13
Berlin 0,3 0,2 4
Total 8,34 7,8 100

Die Beitragsleistungen aus Lebens- und Rentenversicherungen waren für das Jahr 1947 auf 540 Mill. RM und aus Kapitalversicherungen auf 340 Mill. RM geschätzt. Die Anzahl der Neuzugänge belief sich auf etwa 400 000 mit einer Versicherungssumme von rund 0,5

Mrd. RM, wovon 0,32 Mrd. auf Großlehen und 0,2 Milliarden auf die kleinen Lebensversicherungen entfallen. Die tatsächlichen Versicherungsleistungen werden für die beiden Sparten auf 160 Millionen beziffert, davon 62 Mill. RM durch Ablauf.

Der Versicherungsbestand nach Ländern wird für Ende 1947 wie folgt geschätzt (in Milliarden RM):

Table with 4 columns: Sitze der Ges., US-Zone, Brit. Zone, Fr. Zone, Berlin
Bayern 2,17 0,40 0,26 0,06
Wirtl.-Soden 2,38 0,82 0,82 0,24
Hessen 0,15 — 0,02 —
Total 4,70 2,22 1,12 0,30

Bei den privaten Krankenversicherungsanstalten hat die Zahl der Neuzugänge in 1947 sehr erheblich zugenommen. Auch hier überwiegt bei weitem die amerikanische Zone, da sich der größten Krankenversicherungsanstalten ihren Sitz in Bayern haben. Der Neuzugang dieser Versicherungsunternehmen wird auf rd. 120 000 geschätzt, die einen Jahresbeitrag von etwa einer Million erbrachten. Die tatsächlichen Prämieinnahmen dürften mit etwa 23 Mill. RM anzusehen sein, denen etwa 17 Mill. RM Versicherungsleistungen gegenüberstehen. Während bei den Krankenanstalten die Liquidität einem ziemlich konstanten periodischen Ablauf unterworfen ist, sind bei den anderen Versicherungsunternehmen die aus den Prämieinnahmen stammenden flüssigen Mittel in höherem Maße anlagefähig. Es hat sich außerdem als Norm herausgestellt, daß die Prämienvorauszahlungen weiter hinausgezogen werden, als es früher der Fall war. P.

Weiterhin auf Befehl, oder!

Am 19. Februar hat die amerikanische Militärregierung 27 430 000 m Stoff aus US-Heeresbeständen der Verwaltung für Wirtschaft (VfW) zur Verteilung an die deutsche Bevölkerung überlassen. Selbstverständlich gegen Bezahlung. Von diesem Zeitpunkt an hörte man nichts mehr über diese dringend benötigten Textilien. Sie waren amtlich erfasst und registriert. Diese 27 Mill. m Stoff wurden wahrscheinlich von vorn nach hinten und von hinten nach vorn gemessen. Dazu benötigt man allerdings gesamte Zeit. Das darunter die Militärverwaltungen der Doppelzone doch etwas zu lange, und sie verlangten zu wissen, was die Verteilung verzögerte. Die Antwort ist das Gestotter eines Befehlsempfängers, von dessen Gehirn man plötzlich wieder eine selbständige Handlung forderte. Die Beamten des Zweimächte-Kontrollamtes sehen den eigentlichen Grund der Verzögerung in der „Konfusion“ der aufgesplitterten Autorität und in der mangelnden Bereitschaft innerhalb der VfW, eine Verantwortung zu übernehmen. Die Militärregierungen ordneten an — befehlen — 12,8 Mill. m Stoff sofort zu verteilen und den Rest bis spätestens 25. Mai der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Der altgewohnte „Befehl“ ist also da...

Nicht anders steht es mit den in Bremen lagernden 210 Mill. Zigaretten, die ebenfalls von der US-Armee dem VfW für die Zivilbevölkerung bereit — im Januar zur Verfügung gestellt wurden. Die Zigaretten können nicht verteilt werden, weil die Packungen keine deutsche Steuerbanderole besitzen und der Verkauf von Zigaretten ohne deutsche Steuerbanderole in Deutschland verboten ist. Man rechnet, daß mittlerweile 25% der Tabakwaren verdröht sind. Bis man diese Bänderole aufgeklebt haben wird, werden wahrscheinlich noch einmal 25% verdröht sein... der Verkauf ohne Bänderole ist eben in Deutschland verboten.

27 Mill. m Stoff und 210 Mill. Zigaretten und kein Befehl — das wäre schief gegangen. Sollte vielleicht die seit geraumer Zeit „vor der Tür stehende“ Währungsreform nun auch die Bürokratie zur Zurückhaltung von Waren bewegen haben? ha

Ein deutscher Strumpf ohne Laufmaschen

Moers, in Rheinhausen am Niederrhein, in der Stadt der Hütten und Zechen, hat sich in den letzten Monaten als Gegengewicht zur Großindustrie eine besonders aus Textilfirmen bestehende Kleinindustrie angegliedert, die vor allem weibliche Arbeitskräfte aufgenommen hat. Aus dieser Gruppe der Neugründungen sei die Rheinla-GmbH. herausgegriffen, die eine laufmaschenfreie Strumpf mit einem neuartigen Verfahren entwickelt, der seit kurzem serienmäßig hergestellt wird. Die Tagesproduktion belief sich auf 700—800 Paar, und noch in diesem Jahr beabsichtigt die Firma eine Kapazitätserweiterung auf 2000 Paar Strümpfe täglich vorzunehmen. Der neugeschaffene Kettenwickelstrumpf steht nach fachmännischem Urteil in der Qualität dem Cottonstrumpf gleich. Es wird hier das sogenannte Schneidverfahren angewandt, dessen sich hauptsächlich die Strumpffabriken in der US-Zone bedienen. Rheins ist in der britischen Zone die einzige Gesellschaft dieser Art und wird in wenigen Monaten in Nordrhein-Westfalen den dringendsten Bedarf decken können. Die Strümpfe sind bereits auf Bezugsrhein und Bergmannspunkte erhältlich. In diesen Tagen wurde ein handöfener Kettenwickelstrumpf entwickelt, der ab Juni serienmäßig hergestellt wird. Der „deutsche Nylonstrumpf“ hat nach Ansicht von Experten auch gute Exportaussichten.

400 Gramm Fett in der Doppelzone

Die Wirtschaftsverwaltung der Doppelzone in Frankfurt teilt mit, daß im Mai mit einer Fettration von 400 g für den Normalverbraucher gerechnet werden könne. Die Erhöhung der Fettration kommt uns überraschend, als bereits im April eine beträchtliche Erhöhung um 100 g erfolgt war. Insgesamt sind für die Vereinigten Westzonen im laufenden Jahr Importe von 120 000 t Fett vorgesehen. Eine weitere Erhöhung um 100 000 t steht noch zur Beratung.

Deutsche Fahrräder für Holland

Die westdeutsche Fahrradindustrie hat mit Holland einen Vertrag zur Lieferung von Fahrrad- und Kraftfahrzeugteilen im Werte von 800 000 Dollar abgeschlossen. Die gegenwärtige Ausnutzung der westdeutschen Fahrradindustrie beträgt infolge Rohstoffmangels nur 20—25%.

Ausbau des deutsch-belgischen Handels

Eine „Deutsch-Belgische Vereinigung für Industrie, Handel und Gewerbe“ soll mit dem Ziel gegründet werden, die Aufgaben und Arbeiten der früheren Deutsch-Belgischen Handelskammer wieder aufzunehmen. — In Belgien besteht der sehr lebhaft Wunsch, mit Deutschland wieder stärker in Geschäftsverkehr zu kommen. Ein vorbereitendes Komitee hat sich unter der Leitung von Syndikus W. Maß (z. Z. Immenstadt/Allgäu, Mummensstraße 20) gebildet, um die organisatorischen Fragen zu klären.

Berliner Brauereien

25% des Vorkriegsausstoßes erreicht / Kapazität zu 50% ausgenutzt

Die Berliner Brauindustrie erlitt durch Kriegsschäden und Demontagen große Gebäude- und Maschinenverluste und kann ihre jetzige Kapazität, die 50—60% des Vorkriegsausstoßes betragen dürfte, keineswegs voll ausnützen. Die 25 Brauereibetriebe Berlins, mit einer Vorkriegsbelegschaft von 10 000 Leuten, beschäftigen heute 3500 Mann. Im Jahre 1947 betrug der Gesamtanstoß der Berliner Brauereien rund 1 Mill. hl Bier. Am Umsatz des Kalenderjahres 1938—39, der 4 Mill. hl ausmachte, gemessen, hat die Brauwirtschaft mengenmäßig 25% davon wieder erreicht. An alkoholfreien Getränken wurden 1947 300 000 kl. erzeugt. Die Brauindustrie hat damit trotz Verknappung und Bewirtschaftung ihrer hauptsächlichsten Rohstoffe Gerste, Mals und Hopfen annähernd 50% ihrer heutigen Kapazität ausgeschöpft. Der Gesamtwert der Produktion der Berliner Getränkeindustrie einschließlich Mineralwasserfabriken wird für 1947 auf 250 Mill. RM. beziffert. An Biersteuer erbrachte das Jahr 1947 72 Mill. RM, gegenüber 52 Mill. RM. des Jahres 1939. Für den zivilen Sektor wird in Berlin das sogenannte Einheitsbier mit einem Stammwürzegehalt von 3% gebraut. Sämtliche Unternehmen brauen wieder und arbeiten teilweise auch für die Besatzungstruppen höher prozentige Biere. Berliner Weiße wird, wenn auch schwachprozentig, von den Spezialbrauereien Breithaupt KG. und der Willner Brauerei AG. in Pankow, sowie einigen kleineren Betrieben wieder erzeugt.

Der größte Brauereikonkern Europas, die auf eine hundertjährige Tradition zurückblickende Schottelberg AG., welche ihren Sitz in Berlin hat, verfügte über 7 Brauereien. Drei im Ostsektor liegende Werke gemäß Befehl 124 der sowjetischen Militäradministration unter Treuhänderschaft und arbeiten als selbständige Unternehmen. Von der früher 4000 Köpfe betragenden Gesamtbelegschaft der Schottelberg Brauereien arbeiten heute wieder 1750 Leute. Das A. K. der Gesellschaft beträgt 67 Mill. RM.

Die Kindl Brauerei AG., in Berlin besaß drei Brauereien in Neukölln, Weißensee und Potsdam. Laut Befehl 124 der SMA, sind Weißensee und Potsdam aus dem Gesellschaftsgefüge gelöst und unter Treuhänderschaft gestellt. Die Kindl-Betriebe arbeiten mit etwa 40% ihrer 1200 Mann Vorkriegsbelegschaft. Das A. K. der Kindl AG. beziffert sich auf 18,5 Mill. RM.

Die Engelhard Brauerei AG. verfügte über drei Brauereien, von denen zwei im Ostsektor und eine im britischen Sektor liegen. Alle drei Unternehmen werden treuhänderisch verwaltet. Insgesamt werden bei Engelhard heute 300 Leute beschäftigt. Das A. K. der Gesellschaft beträgt 11,1 Mill. RM.

Die beiden Betriebe der Löwen Brauerei—Böhmisches Brauhaus, AG., von denen einer im sowjetischen und einer im US. Sektor liegen, werden gleichfalls treuhänderisch verwaltet, da sie unter Befehl 124 der SMA, und 52 des Kontrollrat-Gesetzes fallen. Löwen-Brauerei beschäftigt 320 Leute. Das A. K. stellt sich auf 6 Mill. RM.

Die Groterjan Brauerei AG., Berlin, genau als größte und bekannteste Malzbrauerei Deutschlands durch umfangreiche Exportgeschäfte Weltweit. Der gemäß Befehl 52 des Kontrollrates treuhänderisch verwaltete Betrieb verfügt über ein A. K. von 2,6 Mill. RM, und beschäftigt wieder 200 Mann von seiner 500 Köpfe betragenden Vorkriegsbelegschaft.

Eine Sonderstellung nahm die Berliner Hochschubrauerei, die mit 70% Kriegsschäden von allen Berliner Brauereien am meisten gelitten hat, ein. Die Hochschubrauerei ist ein staatliches Unternehmen, das der Versuchs- und Lehranstalt für Brauereien angegliedert, aber wirtschaftlich selbständig ist. Der Betrieb stellt vornehmlich für Exportzwecke Hochschub-Porter und Ale, Pilzener hell und dunkel, Weiße, Mals, Karamel sowie Bock hell und dunkel her.

Zur Rohstofflage ist zu sagen, daß Hopfen aus dem Westen für den derzeitigen Bedarf angeliefert wird. Für die Belange der Besatzungstruppen sind in allen vier Sektoren ausreichende Rohstoffe vorhanden. Der Berliner Magistrat konnte für die Versorgung der Zivilbevölkerung im Ostsektor genügend Gerste und Mals im Jahre 1947 zur Verfügung stellen. Im französischen Sektor sind ebenfalls regelmäßige Rohstoffzufuhren durch das Entgegenkommen der Militärregierung möglich. Lediglich im britischen und amerikanischen Sektor läßt die Rohstofflage noch manche Wünsche offen. Kohle war bisher greifbar. Prekär ist die Lage noch in der Beschaffung von Fastagen und Flaschen. Auch Filtertücher und andere Hilfstoffe sind verknappt und werden dringend benötigt. B.

Reifen-Produktionskapazität zu 50% ausgenutzt

Die Versorgung mit Kraftfahrzeugreifen hat sich in den vergangenen Monaten nicht gebessert. Die Fabriken zur Herstellung von Autoreifen liegen zu 95% in der Doppelzone. Genannt seien hier nur die bekanntesten Namen wie Fulda, Mehler, Phoenix, Continental, Englebert und Dunlop. Die Ostzone besitzt noch eine Reifenfabrik. Die Werke der westlichen Zonen sind in der Lage, bei voller Ausnutzung der ihnen verbliebenen Produktionskapazität monatlich ungefähr 160 000 Reifen herzustellen. Da aber nach einer Anweisung der „Bipartite Economic Control Group“ seit 1. 9. 47 monatlich nur noch 1 300 t Kautschuk zugewiesen werden, beträgt die Produktion nur 70—75 000 Stück im Monat; unter Zugrundelegung des Kraftfahrzeugbestandes vom 1. 5. 1947 ergibt sich jedoch ein Bedarf von 107 600 Stück. Die tatsächliche Produktion in den ersten 5 Monaten 1947 betrug 315 000 Reifen entsprechend einem Monatsdurchschnitt von 63 000 Stück. Neben dem Mangel an Kohle, Strom und Rohstoffen macht sich auch das Fehlen von Fachkräften bemerkbar, so daß die erwähnte Produktionskapazität nur teilweise ausgenutzt werden kann. Bereits im Jahre 1946 wurden mit der französischen und russischen Zone, die auf eine Belieferung mit Reifen aus der Doppelzone angewiesen sind, größere Lieferverträge abgeschlossen, die bisher nur zum Teil erfüllt werden konnten.

Die Versorgung der deutschen Reifenindustrie mit synthetischem Gummi hängt im wesentlichen von der Produktion der Chemischen Werke Hüls ab, die infolge verschiedener Schwierigkeiten auf etwa 50% ihrer Kapazität gedrosselt ist. Buna-Lieferungen aus der russischen Zone können die Minderherzeugung von Hüls nicht ausgleichen. Eine weitere Produktionsstätte für

Kunstkautschuk, die „Radioche Anilin“ in Ludwigshafen, liegt seit September 1946 still. Die benötigten Gase- und Stoffe stehen in ausreichendem Maße zur Verfügung, jedoch kann die für Riesenluftreifen erforderliche Kunstseide wegen des Fehlens schwedischer Edelmetalle nicht in erforderlichen Umfang beschafft werden. Der benötigte Aktivkohle wird zum größten Teil in Dortmund und dem Werk Kalscheuren der DEGUSSA gewonnen, während Breckenenschwefel aus den USA bezogen wird. Es ist im übrigen zu erwägen, was Knapper ist: Kohle und Energie einerseits, oder Naturgummi mit seinem Devisenaufwand andererseits. Im Hinblick auf einen später möglichen Export ist dabei nicht zu vergessen, daß in vielen Fällen Naturgummi beim Verbraucher beliebter ist.

Es ist das Bestreben der zuständigen Stellen, den Reifen-Fehlbestand durch Einfuhr auszugleichen. Leider sind die Erwartungen jedoch nicht erfüllt worden. Bis zum 1. 11. 1947 betrug die Einfuhr 44 803 Reifen. Nach neuesten Meldungen können die aus den USA für die Doppelzone zugesagten Reifen (63 265 Stück) jetzt zu mehr als 50% an die Länder ausgeliefert werden. Die Produktion ist aber so gering, daß der Ausfall damit nicht annähernd ersetzt werden kann. Es bleibt die Hoffnung, daß im laufenden Jahr erhöhte Einfuhren und als Folge des neuen Industrieprogramms eine Steigerung der Produktion möglich sein werden. Bei einer größeren Rohstoffzufuhr wären die Werke mit der ihnen verbliebenen Produktionskapazität ohne weiteres in der Lage, eine solche Reifenmenge herzustellen, daß neben der Versorgung des deutschen Marktes mit neuen und Ersatzreifen darüber hinaus noch ein großer Prozentsatz für den Export bereitgestellt werden könnte. W. F.

Brennstoffe aus Naturgas

Anlaufen der Produktion in den U.S.A.

In den Vereinigten Staaten werden jetzt große Anlagen errichtet, um Kraftstoffe auf synthetischem Wege herzustellen. Präsident Truman selbst hat eine Erweiterung des synthetischen Brennstoffprogramms des Bureau of Mines gefordert. Wie wir bereits berichteten, wird infolge des stark gestiegenen Konsums wahrscheinlich schon 1949 zum ersten Mal der Petroleumverbrauch der USA größer sein als die Erzeugung. Außerdem erscheint es den USA ratsam, sich von auswärtigen Zufuhren möglichst unabhängig zu machen.

Bei der Kraftstoffsynthese werden in Amerika zwei Verfahren angewendet, wovon das eine von Erdgas, das andere von Kohle als Grundstoff ausgeht. — Nach dem ersten Verfahren wird Naturgas, ein Gemisch verschiedener Kohlenwasserstoff-Verbindungen, mit Sauerstoff zu einem sog. „Kunstgas“, einem Gasgemisch aus Kohlenmonoxid und Wasserstoff, verbrannt. Dieses Gemisch wird bei hohen Temperaturen komprimiert, wobei je nach Höhe des Druckes Oktan, Heißöl oder Heizgas entsteht; entsprechend dem Verunreinigungen fallen außerdem noch chemische Abfallprodukte an. Als Katalysator dient entweder Eisen oder Kobalt. — Beim zweiten Verfahren geht man von Kohle aus. Unter Zufuhr von überhitztem Dampf wird die Kohle unvollkommen verbrannt, so daß wiederum das vorherwähnte Kunstgas-Gemisch entsteht. Der weitere Verlauf des Verfahrens entspricht dem oben angegebenen.

Diese Herstellungsverfahren nehmen sich auf dem Papier sehr einfach aus; von der Theorie bis zur Verwirklichung ergeben sich jedoch noch unzählige Probleme. So wird, um nur ein Beispiel zu nennen, Sauerstoff in riesigen Mengen benötigt, und der Bedarf eines einzigen Hydrierwerkes wird größer sein, als die gesamte amerikanische Erzeugung im Jahre 1945.

Die Standard Oil Development Co., eine Tochtergesellschaft der Standard Oil of New Jersey, errichtet nun in Baton Rouge, La., ein neues Forschungslaboratorium, das mit den Fabriken dieser Gesellschaft in diesem Gebiet zusammenarbeiten wird. In dem großen Hugoton-Gasfeld im Südwesten von Kansas soll durch die Standard Oil & Gas Co., eine Tochtergesellschaft der Standard Oil of Indiana, eine große Fabrik errichtet werden, in der natürliches Gas in synthetisches Gasoline und Öl umgewandelt werden soll (Kosten werden 50 und 80 Mill. \$). Ein anderes Werk derselben Art ist in Brownville (Texas) in Vorbereitung in Gemeinschaftsarbeit von acht Gesellschaften, die die Carthage Hydrocol, Inc., errichtet haben. Die Arbeit dieser beiden Werke basiert auf den neuen Forschungsergebnissen über die Umwandlung von Brennstoffen. Nach Fertigstellung im Jahre 1949 soll das Werk in Brownville täglich 50 Mill. cu-ft. aktiven Sauerstoff und 90 Mill. cu-ft. natürliches Gas verarbeiten und daraus rd. 7000 bbl. Ölprodukte, hauptsächlich Gasoline, und 150 000 lb. Chemikalien pro Tag herstellen. Das Werk der Stanolind, mit dessen Fertigstellung man

Beide Unternehmen sind sicher, daß sie das Gasoline und das Öl zu Preisen herstellen können, die mit denen der natürlichen Brennstoffe konkurrenzfähig sind, weil die chemischen Nebenprodukte guten Absatz bringen und die Produktionskosten vermindern werden, im Jahre 1950 rechnet, soll eine Produktionskapazität von 7000 bis 8000 bbl. Ölprodukte pro Tag und rd. 100 Mill. lb. Chemikalien im Jahr erhalten. Es soll pro Tag 53 Mill. cu-ft. aktiven Sauerstoff und rd. 100 Mill. cu-ft. Gas verarbeiten.

als Rohmaterial niedrig ist. Auf lange Sicht gesehen, werden die Preise für die Petroleumerzeugung und Refinement maßgebend für den Produktionsumfang flüssiger synthetischer Brennstoffe sein. Die Kosten für das Erschließen der Rohölquellen sind gestiegen; heute brauchen die Ölgesellschaften für jede Tonne Rohöl sechsmal soviel Zeit wie vor zehn Jahren, weil das Erdöl schwieriger zu finden ist, weil mehr und tiefere Quellen angebohrt werden müssen und weil auch die Rohkosten stark gestiegen sind. Andererseits muß eine Fabrik, die heute flüssigen Brennstoff aus natürlichem Gas herstellen will, zweimal soviel Kapital investieren, wie eine Petroleumraffinerie mit gleicher Leistungsfähigkeit. Allerdings hofft man hier, durch verbesserte Technik und Produktionserfahrung zur Verbilligung der Kosten zu gelangen.

Die Schätzungen für die Kosten des synthetischen Brennstoffes basieren in der Hauptsache auf dem Preis des natürlichen Gases von 5 cts. pro 1000 cu-ft. Aber da die produzierenden Staaten gemerkt haben, daß das Gas im Vergleich zu Kohle und Erdöl weit unter seinem Abwert verkauft wird, sind sie an einer Preiserhöhung interessiert. So hat z. B. in Oklahoma die State Corporation Commission den Preis auf 7 cts. erhöht. Höhere Gaspreise würden natürlich die Preispolitik für synthetische Brennstoffe beeinflussen, denn man braucht 125 000 cu-ft. Gas, um eine Tonne (12 Gallonen) flüssigen Brennstoffes herzustellen; eine Erhöhung des Gaspreises um 2 cts. pro 1000 cu-ft. würde den Preis einer Gallone um 0,6 cts. erhöhen. Stanolind wird sein Gas aus Pachtgebieten nehmen und ungefähr 200 000 Morgen anbauen müssen. Carthage hat langfristige Verträge mit Gasproduzenten zu günstigen Preisen abgeschlossen.

Wertvolle Nebenprodukte
Eine erhebliche Rolle bei der Preisgestaltung und für die Rentabilität spielen noch die chemischen Nebenprodukte, die bei der Kraftstoffsynthese anfallen, und von denen eine Tonne oft bei weitem mehr ist als die gleiche Menge Benzol oder Öl. Der Prozeß ist für eine ganze Reihe von Alkoholen eine billige Quelle, so z. B. für Methyl-, Äthyl-, Propyl-, Butyl- und Amylalkohol, die als Lösungsmittel für Lacke und Schellack und zur Umwandlung anderer chemischer Stoffe benutzt werden. Von wichtigen Nebenprodukten sind u. a.

auch Essigsäure, Propylsäure, Aceton und Acetaldehyd zu nennen. Neue chem. Gebiete werden erschlossen, neue Lösungsmittel, plastische Stoffe, pharmazeutische und andere chemische Produkte hergestellt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Stanolind und Carthage wird sehr eng sein. Wie verlautet, wird Stanolind alle chemischen Nebenprodukte von Carthage übernehmen und in einer eigenen chemischen Fabrik verarbeiten. Diese Erzeugnisse sollen von der US. Industrial Chemicals, Inc., auf den Markt gebracht werden.

Bei dem Verfahren fallen auch noch gasförmige Kohlenwasserstoffe, wie Methan, Athan, Propan und Butan, an, Gase, die in die chemischen Prozesse zurückgebracht und zur Herstellung flüssiger Brennstoffe oder direkt als gasförmige Brennstoffe, oder aber — wenigstens im Falle des Propan und Butan — als verflüssigte Erdölprodukte in den Handel gebracht werden können.

Zweifel und Hoffnungen
Es gibt natürlich Kreise in der amerikanischen Wirtschaft, die nicht glauben, daß das Gas-Gasolin-Verfahren in der Brennstoffproduktion der USA jemals eine wichtige Rolle spielen könnte. Sie argumentieren, daß natürliches Gas selbst zu hochwertig sei und daß man es in flüssigen Brennstoff verwandeln, andererseits vertreten die Anhänger des Verfahrens die Ansicht, daß der Tag kommen werde, an dem das natürliche Gas 10–15% des Gasolinbedarfes der

USA decken werde. Dies würde die Absonderung von etwa 25–30% der Gasreserven des Landes erfordern. Übereinstimmung herrscht jedoch darüber, daß die gegenwärtigen Arbeiten einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der vollen handelsfähigen Produktion flüssiger Brennstoffe aus Kohle leisten.

Kohle als Produktionsgrundlage
Der Kohlenvorrat der USA wird auf 3,18 Mrd. t geschätzt. Weder Öl noch Gas ist auch nur annähernd im gleichen Überfluß vorhanden. Die Reserven wurden zu Beginn 1947 mit 20,8 Mrd. bbl. Rohöl und 160 Mrd. cu-ft. Gas angegeben. Die Rohölreserven 1947 betrug fast 1,9 Mrd. bbl. und die des natürlichen Gases in 1946 (der leichtverfügbaren Zahl) 5 Mrd. cu-ft. Das bedeutet nicht, daß der Rohölvorrat in 11 und die Gasreserven in 32 Jahren aufgebraucht wären, denn Neuentdeckungen und Importe werden eine Rolle spielen, aber die Industrie muß mit Vorräten für 25–30 Jahre rechnen. Deshalb wird der, Kohle große Aufmerksamkeit geschenkt.

Verschiedene Wirtschaftskreise der USA beschäftigen sich mit dem Problem, flüssigen Brennstoff aus anderen Quellen als Erdöl zu erzeugen. Die Standard Oil Co. of New Jersey widmet fast 1/5 ihrer Forschungs- und Entwicklungsbemühungen dieser Arbeit. Sie arbeitet auch mit der Pittsburg Consolidation Coal Co. zusammen, um aus Kohle Gas herzustellen. Diese Arbeiten führen weiter dazu, das aus der Kohle gewonnene Gas in flüssigen Brennstoff zu verwandeln. Auch andere Firmen sind auf diesem Gebiet tätig. Man hofft, daß das auf diese Weise hergestellte Gas eines Tages das Hauptrohprodukt für synthetische flüssige Brennstoffe sein wird.

Ceylon industrialisiert

Colombo. Ceylons Industrialisierungsprogramm, von der Regierung finanziert, sieht den Bau von 6 großen Fabriken vor. Der vorhandene Kalkstein und Ton sollen, unter Einfuhr von Gips, in einem neuen Zementwerk mit einer Jahreskapazität von 100 000 t verarbeitet werden. Augenblicklich importiert Ceylon seinen gesamten Zementbedarf. Im vergangenen Jahre führte es Textilien im Werte von 37 Mill. \$ ein. Um diese Ausgaben zu vermindern, will die Regierung 100 000 Spinnstühle und 2000 Webrahmen in den nächsten 5 Jahren einziehen. Neben der Einfuhr von Baumwollgarn will man auch Land zum Baumwollanbau erschließen. Englische Forschungen haben gezeigt, daß Reiströh und andere Gräserarten, die auf Ceylon wachsen, sich gut für die Papierproduktion eignen. In einer Papierfabrik mit einer Jahresproduktion von 3000 t sollen alle Papierarten, u. a. auch Säcke für die Zementindustrie, hergestellt werden. Die Regierung plant weiter eine Fabrik zur Verarbeitung von Kopal, das bis jetzt im Ausland zu Öl weiterverarbeitet wurde. Diese Fabrik soll pro Tag 120 t Fett, 30 t Öl, 110 t Viehfutter, 14 t Fettsäure und 1 t Glycerin erzeugen. Eine Fabrik, die täglich 5 t Natriumbikarbonat und 5 t Chlorkalk herstellen soll, soll zur Entwicklung einer eigenen Seifenindustrie führen. Schließlich ist noch die Errichtung eines Schmelzofens mit der Kapazität von 10 000 t Stahlanlagen geplant, der 2 Walzwerke versorgen soll. Die Bau- und Ausstattungsarbeiten werden von britischen Firmen durchgeführt werden, weil Ceylons Dollarbestand zu knapp ist, um amerikanische Firmen hieran zu beteiligen.

Spanien zwischen Europa und Südamerika

Am 5. April begannen in Madrid die französischen-spanischen Besprechungen über einen Handelsvertrag. Sie gestalten sich sehr schwierig, vor allem auch wegen der Festsetzung des Pestenkurses. Doch ist mit dem Abschluß in den nächsten Tagen zu rechnen.

Im Zuge des wirtschaftlichen Zusammenschlusses Europas, der mit dem Fünferpakt (Frankreich, England, Benelux) begann, über die Zollunion Frankreich-Italien bis zu dem Ende voriger Woche in Paris abgeschlossenen Abkommen der 16 Marshall-Staaten und der drei westdeutschen Zonen ging, sind auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und Spanien zu verstehen. Wenn auch die Einschaltung von Spanien Außenhandel in den Kreis der Marshall-Plan-Länder vorläufig zurückgestellt wurde, so haben doch diese Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich, die praktisch mit der Öffnung der französisch-spanischen Grenze am 11. Februar 1948 begannen, die Einbeziehung Spaniens in die westeuropäische Wirtschaft gestartet. Im Februar 1946 hatte die Regierung Govin unter dem Druck der durch die Sozialisten unterstützten Kommunisten alle Verbindungen mit dem südlichen Nachbarn abgebrochen. Das Außenministerium hatte diese Politik nicht befürwortet, weil Spanien immer ein guter Absatzmarkt für Frankreich gewesen war.

Von den vier Ländern, mit denen Frankreich einen Exportüberschuß erzielt, stand Spanien an zweiter Stelle. So betrug 1937 der französische Exportüberschuß mit der Schweiz 637 757, mit Spanien 102 146, mit Belgien-Luxemburg 87 413, mit Italien 60 241 Mill. Francs. Frankreich exportierte nicht nur Industrieerzeugnisse nach Spanien, sondern auch landwirtschaftliche Produkte, so 1937: 20 852 t Gemüse, 3 668,7 t Zucker, 9 604,9 t Weizen, 292,3 t Eier, während es aus Spanien 120 189 t Früchte und 8 012 t Öl einfuhrte. Vor allem aber sind es Spaniens Mineralschätze, Schwefelkies, Blei, Quecksilber usw. an deren Einfuhr Frankreich interessiert ist.

Anteile des Außenhandels
Betrachtet man den Anteil des Außenhandels, dann stellen wir fest, daß, am Gesamtmarkt Frankreichs gemessen, der Handelsaustausch mit Spanien prozentual geringer ist, als umgekehrt. Am Gesamtimport Frankreichs betrug die Einfuhr aus Spanien und Portugal vor 1914 nur 3,3% und bis 1939 sogar nur 2,3%, der prozentuale Anteil am Gesamtexport Frankreichs nach Spanien und Portugal belief sich vor 1914 auf 2,5 und blieb auf dieser Höhe bis 1939. Von Spanien her sieht dies anders aus. Im Jahre 1934, dem letzten Jahr vor Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges, stand Frankreich an zweiter Stelle (nach England) unter den Abnehmern spanischer Erzeugnisse; Frankreich nahm fast 16% des spanischen Exports ab. Als Lieferant Spaniens stand Frankreich an vierter Stelle mit 8% des Gesamtimports. Die französische Einfuhr aus Spanien bestand zu 72% aus Nahrungsmitteln, wobei auf Citrusfrüchte allein fast 58% des Gesamtimports entfielen. Dagegenüber führte Frankreich nach Spanien in erster Linie Industrieerzeugnisse aus, die 70% des Gesamtexports ausmachen.

Nach Beendigung des Bürgerkrieges trat in Ausführung des Handelsvertrages vom 21. Dezember 1935 und des Zusatzabkommens vom 18. Januar 1940 in St. Sebastian eine gemischte französisch-spanische Kommission zusammen und arbeitete ein Austauschprogramm aus, das als das Abkommen vom 15. September 1945 bekannt ist. Dieses Programm, das für die Zeit vom 1. Ok-

tober 1945 bis 31. März 1946 gelten sollte, sah eine spanische Ausfuhr im Wert von 553 Mill. Ptas. und französische Gegenlieferungen im Wert von 211 Mill. Ptas. vor, kam aber infolge der Schließung der Grenze am 1. März 1946 nur teilweise zur Ausführung. Frankreich verfügt seitdem in seinem Clearing mit Spanien über ein Guthaben von 36 Mill. Ptas. Die Schließung der Grenze war für beide Länder mit großen wirtschaftlichen Nachteilen verbunden. Die französische Industrie, die seit jeher eine bedeutende Stellung am spanischen Markt einnahm, wird jetzt große Mühe haben, ihre frühere Position zurückzuerobieren, zumal Spanien inzwischen andere Lieferanten gefunden hat. Aber auch gewisse spanische Erzeugnisse, die früher in Frankreich abgesetzt wurden, haben während der Unterbrechung des Handelsverkehrs vielfach andere Käufer finden können. Es handelt sich dabei nicht nur um Nahrungsmittel, wie Orangen, Wein, Olivenöl, sondern auch um verschiedene Rohstoffe, auf deren Bezug Frankreich stark angewiesen ist, wie Pyrit, Blei, Rohhäute, Kork. Die Einstellung des Transitverkehrs zwischen Spanien und der Schweiz hat überdies bei den französischen Eisenbahnen einen Einnahmeausfall zur Folge gehabt, der auf über 1 Mill. \$Fr. monatlich geschätzt wird. Er wird Frankreich nicht leicht fallen, seine alte Stellung im spanischen Außenhandel zurückzugewinnen.

Spaniens Gesamt-Außenhandel hat sich wie folgt entwickelt:

Spaniens Außenhandel (in Millionen Goldpeseten)		
	Import	Export
1937	32,5	26,4
1945	71,9	72,9
1946	76,9	65,9
1947		
Januar	65,8	78,5
Februar	41,9	87,1
März	50,1	79,2
April	72,0	91,4
Mai	76,6	88,7
Juni	181,1	89,7
Juli	106,1	77,9
August	73,2	67,5

Ein wichtiger Handelspartner für Spanien war immer Großbritannien, das durch die geschickte Politik seines Gesandten in Madrid, Sir Samuel Hoare, des heutigen Lord Templewood, vom Juni 1940 bis August 1944 neue finanz- und handelspolitische Bande zu knüpfen verstand. England versorgte damals Spanien mit Weizen und Treibstoff und eröffnete ihm einen großen Kredit zur Behebung seiner schweren Zerstörungen durch den Bürgerkrieg, während Franco sich die Alliierten durch sein Nichttreten in den Krieg verpflichtet hat.

Was Spanien vor allem heute nutzt, sind Kredite zur Modernisierung und damit Erweiterung seiner Landwirtschaft und seines Transportwesens in dem stark bergigen Land. Sogar die Anbauflächen haben noch nicht ihren Vorkriegsstand wieder erreicht. Im Anfang der dreißiger Jahre waren 4,6 Mill. ha mit Weizen bebaut, 1946 waren es nur 3,8 Mill.; 1940 waren noch 54 000 ha mit Reis bepflanzt, 1946 nur 47 000 ha. Der Mangel an landwirtschaftlichen Maschinen, an Bewässerungsanlagen und an Düngemitteln (Kali, das bei Cordoba und Suria gewonnen wird — 1935 betrug die Förderung 247 000 t, wovon 35% nach Holland ausgeführt wurden — ist nicht ohne weiteres dem trockenen Boden Spaniens einzuverleiben) erklären den geringen Hektarertrag für Weizen von 9,5 dt, der im Laufe der Jahre keinerlei Steigerung erfuhr, während der Hektarertrag des Reisbaues sogar von 5,27 t auf 4,25 t sank.

Spaniens wirtschaftliche Bedeutung liegt vor allem in seinen Mineral-

schätzen, die seit Jahrzehnten vom europäischen Kapital gehoben wurden. Bei Rio Tinto liegt das größte Schwefelkiesvorkommen der Erde (28% der Weltförderung) mit 49% Schwefelgehalt und 1 bis 5% Kupfergehalt. Diese Gruben sind im Besitz der englischen Rio-Tinto-Gesellschaft und der französischen Tharsis-Gesellschaft. Die südlichen Schwefelkiesvorkommen werden von der Pyrites de Huélsa ausgebeutet. Durch die Öffnung der Nordgrenze hofft Spanien auf Wiederbelebung des Handels dieser Gesellschaften. (Die Schwefelkieserze werden unverhüttet ausgeführt.) In London, wo an der Börse Rio Tinto bald wieder notiert werden soll, erwartet man die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung von Rio Tinto, deren Investitionen und Gruben man auf 3,4 Mill. £ schätzt.

Einzigartig sind ferner die in der Tiefe Zink, an der Oberfläche Silber mit sich führenden Bleiverkormen bei Linarcos, bei Carolina im Penarroya-Bereich, bei Cordoba und Badajoz, bei Cartagena und Almeria. Die Bleierzze werden an Ort und Stelle verhüttet, die Zinkerze ausgeführt. Auch an den Bleiminen ist englisches, französisches und belgisches Kapital führend beteiligt. Zinkerze werden im Norden bei Santander in Asturien und in Guipuzcoa gefördert. Die Ausbeute erfolgt seit hundert Jahren durch die belgische Compagnie Royale Asturienne des Mines, unter starker Beteiligung von französischem Kapital. Ein Teil der Zinkerze wird in den spanischen Hütten von Aviles, Santander und Renaria verarbeitet, ein anderer Teil in den französischen Hüttenwerken von Auby, Marseille, Tonny-Charente und Saint Ouen. Diese Minengesellschaft ist ein gewaltiges Unternehmen mit Filialen in Norwegen, Indochina, in Marokko und Tunis mit einem Aktienkapital von 279 Millionen belgisches Franken Kapital. In Brüssel stehen die Aktien auf 380 belg. Franken. Die Transferenschwierigkeiten haben zu einer riesigen Kapitalreserve der Gesellschaft geführt. Auch hier erhofft man von der Öffnung der Grenze eine Belebung der Geschäfte.

Trotz der Durchsetzung des spanischen Bergbaus mit europäischem Kapital war es möglich, dieses Land während mehr als zehn Jahren aus dem europäischen Handel auszuschließen.

Argentinien hilft

Wenn auch die spanisch-französischen Handelsabkommen nun wieder in Gang gekommen sind, so scheint doch Spanien vielleicht gerade infolge der bitteren Erfahrungen der letzten Jahre seine wirtschaftlichen Interessen mit denen seines südamerikanischen Brudervolkes in Argentinien immer mehr verknüpfen zu wollen. Reuter meldet aus Buenos Aires, daß am 9. April zwischen Spanien und Argentinien ein sehr Artikel umfassender Handels- und Kreditvertrag unterzeichnet wurde. Während vier Jahren, von 1948 bis 1951 räumt Peron Franco einen Kredit von jährlich 350 Mill. Pesos ein (etwa 90 Mill. \$) zum Ankauf von Weizen und anderen Nahrungsmitteln. Für diesen Kredit tritt Spanien Argentinien für 50 Jahre den Hafen von Cadix ab, der als freie Zone „Puerto Juan Peron“ genannt werden wird. Der Bau und der Unterhalt der Hafenkonstruktionen obliegt der spanischen Regierung. Ferner wird Spanien Maschinen an Argentinien liefern und argentinische Kapitalinvestitionen in seinem Bergbau und Handel aufnehmen.

E. B.



MUSTERSCHAU

München Exportdorf Wiesbaden Lehrstraße

Wiedereröffnung 19. April 1948

Technische Bestände für die Maschinen- und Werkzeugbauindustrie höchster Präzision und hochwertiger Legierungen.

Kontingentfreier Verkauf im Ausschreibungsverfahren. Kataloge liegen bei den Industrie- u. Handelskammern der Bizone aus

Zukunftsreicher Orient

Voraussetzung für seine Entwicklung

In. Nach einer A. F. P. - Meldung hat der türkische Landwirtschaftsminister die Einfuhr einer großen Zahl landwirtschaftlicher Maschinen angeordnet, um die Landwirtschaft zu modernisieren. Zur Erleichterung des Ankaufes der Maschinen sollen die Zollsätze herabgesetzt werden. Diese Nachricht charakterisiert die Entwicklungsstadien im gesamten Mittleren Osten, der große, bisher aus dem kleinsten Teil erschlossene Petroleumlager birgt, der als Kreuzungspunkt der verschiedenen Verkehrswege und als politische Einflußzone einer der wichtigsten Landstriche des Erdballs geworden ist und dessen Einwohnerzahl ständig im Wachsen begriffen ist.

Die Zählungen der letzten Jahre ergeben, daß sich die Bevölkerungsziffer des Mittleren Ostens in den letzten 20 Jahren stark erhöht hat. Ihr Anwachsen ist auf Einwanderung und auf die Steigerung der Geburten zurückzuführen. Die Türkei zählt heute 18,9 Mill. Einwohner, Ägypten 17,5 Mill., Iran 15 Mill., der Irak 4,5 Mill., Syrien 3 Mill., der Libanon 1,1 Mill. Die Bevölkerungszunahme ist trotz einer hohen Sterblichkeitsziffer eingetreten, die in den größten Teilen völlig unentwickelten hygienischen Verhältnissen begründet ist. Wenn es gelingt, auf diesem Gebiete einschneidende Verbesserungen zu erreichen, so steht ein weiteres rasches Anwachsen der Bevölkerung in Aussicht. Die türkische Regierung glaubt, daß in weniger als 20 Jahren die Einwohnerzahl des Landes 30 Mill. überschritten haben wird. Ägypten und der Libanon werden bald in den Zustand einer Überbevölkerung kommen; heute ist das Nildelta schon eine der am dichtesten besiedelten Gegenden der Erde. Diese Entwicklung wird zur Ergründung von Maßnahmen zwingen, die die Ertragsfähigkeit des Bodenertrages steigern.

Die vor einiger Zeit in Ägypten ausgebrochene Choleraepidemie ist der augenfälligste Beweis für die Rückständigkeit des Mittleren Ostens in hygienischer Beziehung. Wenn auch in den Städten die sanitären Verhältnisse etwas besser geworden sind, so liegen sie auf dem Lande nach sehr im Argen. Das gleiche gilt für die Türkei und die übrigen Staaten des Mittleren Ostens. Klima, Armut und ungesunde Wohnungsverhältnisse begünstigen die Entwicklung von Tuberkulose und anderen Krankheiten. Die mangelhafte Ernährung, das Fehlen von Vitaminen ist die wichtigste Ursache für die geringe Arbeitsleistung und den Tiefstand der Produktion dieser dichtbevölkerten Länder.

Alle Länder des Mittleren Ostens sind Agrarstaaten mit einer durchaus extensiven und primitiven Bewirtschaftungsform. Die Produktion ist sehr gering, sie stellt sich auf 1/3 der in den USA und auf 1/5 der auf dem Balkan durchschnittlich gewonnenen Mengen.

Einer Produktionssteigerung in der

Landwirtschaft steht vor allem der Wassermangel entgegen. In Ägypten prüft man die Möglichkeit der Errichtung neuer Staudämme, um das Wasser für die trockene Jahreszeit aufzusparen. Im Jahre 1946 wurde zwischen der Türkei und dem Irak ein Abkommen über den Bau von Stauwehren im Euphrat und die Regulierung seiner Flußläufe getroffen. Vielleicht noch wichtiger zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung ist die Verbesserung der Anbaumethoden. Die Bodenbearbeitung erfolgt meist noch mit einer Pflugschar aus Holz; wenn auch während des Krieges ein kleiner Fortschritt eingetreten ist, bleibt auf diesem Gebiete noch viel zu tun. Die kleinen Landwirte können aus Geldmangel keine Geräte und Werkzeuge kaufen, hier müßten der Staat und die Genossenschaften einspringen. Von großer Bedeutung für die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung ist die Durchführung einer Agrarreform. In Ägypten liegt der größte Teil des Bodens in den Händen von einigen Hundert Menschen, die den größten Teil der Ernte erhalten und die politische Macht in den Händen halten. Durch ein allerdings bisher kaum angewandenes Gesetz vom Juni 1945 ist die Zuteilung von Land an jeden Bauern vorgesehen, das zum Unterhalt für sich und seine Familie genügt und das ihm Geräte und Werkzeuge sichern soll.

Die Entwicklung der Industrie ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur gering. Jahrhundertlang beschränkte sie sich auf eine handwerksmäßige Produktion; es wurden Waren von sehr guter Qualität, aber nur in kleinen Mengen hergestellt. Das ist auch heute noch der Fall, obgleich die Entwicklung immer rascher voran geht. Nach 1930 stellte man gewisse Fortschritte in der Industrialisierung fest, und zwar — wie der französische Journalist André Clot erklärt — durch die staatliche Initiative. Vor allem nahmen die Baumwoll-, die Zuckers-, die Speiseölindustrie einen Aufschwung; die veralteten Arbeitsmethoden wurden durch Verwendung des elektrischen und des Dieselmotors verbessert. Indessen ist die industrielle Entwicklung der Länder des Mittleren Ostens ernsthaft durch das Fehlen von natürlichen Hilfsquellen gefährdet. Eine Ausnahme bilden die

Petroleumvorkommen im Irak, lediglich die Türkei und der Iran besitzen Kohlen- und Eisenbergwerke. Die Türkei ist das einzige Land, das in der Lage ist, Stahl herzustellen. Seine Unternehmungen im Karabük umfassen Hoheöfen, Stahlwerke, Walzwerke. Die Entfernung zwischen Kohलगruben und den Eisenhütten ist aber so groß, daß sich die Gesteinskosten übermäßig erhöhen. Im Iran wurde infolge des Krieges der Bau eines Hochofens im

Jahre 1940 unterbrochen. In Ägypten sind die Eisenerzfunde bei Assuan noch nicht ausgewertet worden.

Der Mangel an Fabriken zwingt dazu, den größten Teil an natürlichen Rohstoffen, wie Chrom und Kupfer, unverarbeitet zu exportieren, soweit sie nicht in sehr kleinen Mengen durch ländliche Handwerksbetriebe verwendet werden. Daher hat sich im allgemeinen in der Vergangenheit die Industrie auf die Verarbeitung von Baumwolle, Seide, Wolle, Leder, Tabak, Früchten, Getreide beschränkt, und zwar in der Regel in kleineren und mittleren Betrieben.

Die von Staat in der Türkei und im Iran gemachten Anstrengungen zur Förderung der industriellen Entwicklung können nicht stillschweigend übergangen werden. Vielfach wurde diese Haltung des Staates durch das Bestreben diktiert, sich vom Auslande unabhängig zu machen und durch das Mißfallen, daß die Ausbeutung der natürlichen Reichtümer dieser Länder durch Ausländer erregt hatte, die noch dazu oft Neigung zeigten, sich in die Politik einzumischen. Die Befreiung von den fremden Kapitalien hat normalerweise dazu geführt, daß die Regierungen der Türkei und des Irans unmittelbar die ausländischen Betriebe übernommen haben. Die Ergebnisse waren nach André Clot ausgezeichnet. Der iranische Staat wurde Eigentümer einer Anzahl von Mühlen, Zuckerraffinerien, Speiseölfabriken, Textilfabriken; er hatte außerdem die als bewundernswürdig bezeichnete transiranische Eisenbahn. In der Türkei haben die staatlichen Wirtschaftspläne von 1934 und 1936 nicht nur die Schaffung einer Verarbeitungsindustrie, sondern unter anderem auch die Entwicklung der Bergwerke und des Verkehrswesens ermöglicht.

Seit etwa einem halben Jahr tritt die Tendenz in Erscheinung, der Privatinitiative in gewissen Produktionszweigen mehr Spielraum zu geben, um jezt ausländischem Kapital eine Beteiligung zu ermöglichen, da der Staat sich stark genug fühlt, um sich jedem Einmischungsversuch in die türkische Politik zu widersetzen. (Vergleiche Wirtschaftsrevue Nr. 12).

Im Jahre 1930 war die Handelsbilanz in allen Ländern des Mittleren Ostens entsprechend der geringen Produktion passiv. Dann wurde versucht, eine bessere ausgeglichene Handelsbilanz zu erhalten, vor allem

durch Herabdrückung der Einfuhr. Der zweite Weltkrieg führte dazu, daß die Absatzstaaten und die von ihnen besetzten Länder vollkommen als Lieferanten und Käufer in Wegfall kamen und große Verschiebungen im Außenhandel eintraten. 1936 bezog Ägypten nur 6% der Gesamteinfuhr von seinen Nachbarn, 1940 waren es 8%, 1941 15% und 1943 38%. Die Türkei stellte sich in ähnlicher Weise um; Palästina gelangte als Abnehmer an die dritte Stelle, unmittelbar nach den USA und Großbritannien. Die Wirtschaft dieser Länder wurde durch die Feindseligkeiten in Europa und Asien weniger in Mitleidenschaft gezogen als man geglaubt hatte. Durch die Anwesenheit beträchtlicher Mengen alliierter Truppen wurde im Gegenteil ihre Produktion angeregt.

Die Zukunftsaussichten erscheinen gegenwärtig für die Länder des Mittleren Ostens weniger günstig; die USA spielen in ihrer Wirtschaft als Lieferanten eine immer wichtigere Rolle; ihre Waren mußten aber in Dollar bezahlt werden, die fehlen, weil der Export der Orientländer größtenteils nach Ländern mit weicher Währung geht. Dieses Problem ist ebenso schwierig wie das der zu hohen Preise zu lösen, die den Absatz im Ausland — selbst in den angrenzenden Ländern — fast unmöglich machen. Ferner sind heute die Länder des Mittleren Ostens gezwungen, Inflationerscheinungen zu bekämpfen und neue Absatzgebiete für Tabak und Wolle zu suchen, die vor dem Kriege von Deutschland gekauft worden sind. Gegenwärtig ist es nicht möglich, den Handel mit Zentral- und den Balkanstaaten zu intensivieren, die allein in der Lage wären, die Vereinigten Staaten als Lieferanten von Fertigfabrikaten und die Länder des Sterlingblockes als Abnehmer zu ersetzen.

Die Entwicklung der Länder des Mittleren Ostens ist noch nicht abzusehen. Zunächst muß der Lebensstandard der Massen erhöht werden. Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufbau ist weiter die Lösung des Schul- und Erziehungsproblems. Eine Schwerindustrie kann nicht geschaffen werden, wenn es an genügend vorgebildeten Arbeitskräften fehlt. Kein Landarbeiter in Iran und Anatolien kann als Industriearbeiter tätig sein. Ein moderner Industriestaat kann auch nicht mit Menschenmengen aufgebaut werden, die ständig von Epidemien bedroht sind und die in Erd- und Schülhütten leben. Von der Lösung der Arbeiterfrage hängt die Umwandlung des Mittleren Ostens in ein Industriegebiet ab. Le.

Vertrauen
ist der erste Schritt zum Gelingen!

ZEISS IKON
KAMERA FISIHEL

ZEISS IKON
Cameras
med. Kolorimeter
Sicherheitschlosser
Spiegelleuchten

Zeiss-Ikon-Erzeugnisse, Spitzenleistungen der deutschen optisch-mechanischen Industrie, haben Weltgeltung!

ZEISS IKON AG
BERLIN-STUTTGART

Keine wirtschaftliche Not bei Krankheit!

Unser Tarif **K** bietet bei Krankenhausbildung **10 RM.** tägliches Krankengeld und weitere hohe Leistungen gegen einen Monatsbeitrag von 2 RM. (fordere Sie ausführliche Details) 111

Neue Welt
Versicherungen
Bismarck 15, Markt 10, Markt
vormals Deutscher Ring

Vertretungen in der Türkei

übernimmt HOSEYIN E. OREL, ISTANBUL KURTULUS NEGIZ APT. 1. Z. WIEN III, REISWERSTRASSE 24.

Wenn Ungeziefer Ihre Tiere quält —

Bendelinus PULVER

Unschätzbare Wirkung, gefahrlos, angenehm und einfach anzuwenden!

CELA G. m. b. H., Ingelheim/Rhein

IMPORT EXPORT

Werkstatteinrichtungen
MASCHINEN
WERKZEUGE
Kraftfahrzeugzubehör
Kraftfahrzeugteile

ENGLER & CO.
OFFENBURG (Baden)
GROSSHANDLUNG
WASSERSTRASSE 4

CHINOSOL

Dieses Zeichen tragen seit mehr als 50 Jahren unsere wissenschaftlich erprobten und praktisch bewährten Erzeugnisse. Die „Eulen-Mark“ verbürgt Oble und Entwicklung.

CHINOSOL-FABRIK A. G., HAMBURG

Weltmeinung

Marshall-Plan — Ostblock

Daily Mail

In einem längeren Aufsatz äußert sich John H. Hill zum Marshall-Plan, der nicht mißverstanden werden soll: „Wenn irgendjemand glaubt, daß der Wiederaufbau Europas mit Hilfe des Marshall-Planes ein Kinderspiel sein wird, so ist er schwer im Irrtum. Wenn er gar meint, daß die Läden Europas bald von herrlichen Waren bersten, und daß wir alle Vergnügungsfahrten mit amerikanischem Benzin unternehmen werden, so phantasiert er. Der Marshall-Plan ist eine staatsmännische Tat voll harter Tatsachen. Durch ihn soll Europa mit Kunstdünger, landwirtschaftlichen und sonstigen Maschinen, mit Weizen und Brot, Fett und Eipulver versehen werden, nicht aber mit Nylon-Damenstrümpfen und Benzin für Vergnügungsfahrten. Die Hilfe durch den Marshall-Plan stellt nur den Zündfunken dar, der den Motor der europäischen Wirtschaft in Gang bringen soll. Wenn Großbritannien so wie vor dem Kriege auch heute noch jährlich 30 Mill. t Kohle ausführen könnte, hätte Europa ein anderes Gesicht. Die Wirtschaftsinteressen der Vereinigten Staaten sind eng mit dem Schicksal Europas verknüpft. Eine fortschreitende Abnahme der europäischen Produktion und der damit verbundenen Kaufkraft von 270 Mill. Europäern würden einen sehr ungünstigen Einfluß auf Amerikas Wohlstand haben.“

Statesman and Nation

Das Ausland beschäftigt sich lebhaft mit der kommenden deutschen Währungsreform. Das obgenannte englische Blatt fordert eine gerechte Verteilung der Lasten und warnt vor dem Fehler, den die Weimarer Republik begangen hat:

„Eine der ersten Aufgaben der neuen Deutschen Zentralbank wird die Durchführung der Währungsreform sein. Aber nach welchen Grundsätzen soll sie durchgeführt werden? Die Durchführung einer gründlichen Deflation in Deutschland, so wie sie in der Sowjetunion durchgeführt worden ist, würde in einem Land, in dem das meiste Geld in Privatbesitz ist, auf Kosten der Bevölkerung einschließlich der Arbeiter und der Flüchtlinge gehen. Gerade eine derartige Deflation besiegelte das Schicksal der Weimarer Republik und begünstigte den Machtswachstum der Nationalsozialisten. Derselbe Fehler unter dem Schutz der Besatzungsmächte wiederholt, würde dieselben verhängnisvollen Folgen zeitigen. Eine Währungsreform ist natürlich notwendig, aber es wäre un-

gerecht, wenn man die Lasten nicht gleichmäßig und gerecht auf alle verteilen würde.“

The Economist

Das englische Wirtschaftsblatt untersucht die Stärke des Ostblocks, seine wirtschaftlichen Hilfsquellen, die sich auf die schlesische Kohle, auf das rumänische Öl, auf die Erze im süd-osten usw. stützen, und schreibt u. a.:

„Zurzeit verfügt nur Jugoslawien über eine Armee von einiger Bedeutung. Es wird noch einige Zeit erforderlich sein, um auch in den anderen Ländern des sowjetischen Einflußgebietes große Armeen aufzustellen und auszustatten. Durch ihre Vorherrschaft östlich der Elbe haben die Sowjets auf jeden Fall ein nütliches Vorfeld in Zentral-europa gewonnen, Zugang zur Adria, und eine starke Zunahme an Arbeitskräften und Rohmaterial, sowie zahlreiche wirtschaftliche Vorteile, die ihrem Kriegspotential zugute kommen. Die große Gleichförmigkeit und Strenge, mit der der Zusammenhalt der östlichen Länder zu erreichen versucht wird, sind ein Beweis für die Schwierigkeiten, mit denen Moskau zu kämpfen hat.“

Die allgemeine Abneigung der osteuropäischen Völker gegenüber dem Kommunismus ist eine der schwachen Stellen im russischen Ostblock. In den katholischen Ländern wie Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Kroatien und Slowenien ist die Kirche ein starkes Zentrum der Unzufriedenheit. Bauern und auch Nichtkatholiken fürchten einen gewaltsamen Kollektivismus. Tatsächlich sind auch noch keine Schritte unternommen worden, um die Bauern zu kollektivisieren. Die Politik der Kommunisten erinnert an die Politik der russischen Bolschewiken nach 1921. Aber auch jene Politik führte schließlich zum Kollektivismus, und es besteht kein Grund, daran zu zweifeln, daß diesem Beispiel auch in Osteuropa gefolgt wird, sobald der Zeitpunkt als günstig erscheint.“

Es wäre falsch, diesen schwachen Punkten im Ostpakt übertriebenen Bedeutung beimessen. All diese Schwächen waren während der Kriegszeit auch unter dem deutschen Joch vorhanden und Hitler hatte kaum Schwierigkeiten, damit fertig zu werden. Es scheint wahrscheinlich, daß hierin die Kommunisten noch eine bessere Technik haben. Die kommunistische Propaganda ist totalitärer, als es die deutsche gewesen war. Man wird klug daran tun anzunehmen, daß der Sowjetgriff auf Osteuropa härter sein wird, als es der deutsche war.“

Skandinavische Handelsverträge

Schweiz — Schweden

Bern. Das neue Zahlungs- und Warenabkommen zwischen den beiden Ländern soll am 1. Mai in Kraft treten und bis 30. April 1949 gelten. Da Schweden seine früheren bedeutenden Kohlenlieferungen an die Schweiz nicht mehr fortsetzen kann, stehen ihm für die Zahlungen an die Schweiz nur die aus seiner Ausfuhr nach der Schweiz stammenden Mittel zur Verfügung. Aus ihnen sind nicht nur die Schweizer Warenlieferungen zu bezahlen, sondern es muß daraus auch der Fehlbetrag der Zahlungsbilanz ausgeglichen werden.

Um diese Schwierigkeiten auszugleichen, wurde vorläufig ein zweijähriger Zahlungsplan vorgesehen, der von einer durchschnittlichen Monatszufuhr aus Schweden von 11 Mill. Fr. angeht, somit in zwei Jahren von 264 Mill. Fr. Um eine vorübergehende völlige Einstellung der Schweizer Ausfuhr nach Schweden ausschalten zu können, erhält Schweden von der Schweiz einen viermonatigen Frankenkredit von 30 Mill. Fr., der bis zum Ende der Vertragsdauer durch Warenlieferungen abzuzahlen oder in Gold zurückzurufen ist. Innerhalb dieses Rahmens von 294 Mill. Fr. müssen für die Abtragung der Rückstände aus dem Warenverkehr 60 Mill. Fr. abgezweigt werden. Das Defizit der Zahlungsbilanz (Finanz- und Versicherungsverkehr, Reiseverkehr, Frachten, idelle Leistungen) ist auf 40 Mill. Fr. veranschlagt. Weil der Kredit innerhalb der Vertragsdauer zurückgezahlt und eine gewisse Reserve angelegt werden muß, konnten für die zweijährige Vertragsdauer lediglich Kontingente von insgesamt 160 Mill. Fr. ausgesetzt werden, wozu aus einem Dreiecksgeschäft noch 3,1 Mill. Fr. kommen. Die neuen Kontingente bewegen sich aber über der Höhe der Vorkriegsjahre.

Die Schweiz wird vor allem chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Anilinfarben, Textilien, Maschinen und Maschinenbestandteile, Aluminium und Aluminiumwaren, Halbfabrikate aus Kupfer, elektrotechnisches Material, Instrumente, Apparate, Uhren und landwirtschaftliche Produkte ausführen. Die schwedische Ausfuhr weist die übliche Zusammensetzung aus. Sollte die schwedische Ausfuhr im Laufe der nächsten

Monats über den monatlichen Durchschnitt von 11 Mill. gesteigert werden können, so werden die Schweizer Ausfuhrkontingente entsprechend erhöht werden.

Schweden — Österreich

Stockholm. Das neue Handelsabkommen zwischen den beiden Ländern gilt vom 12. April 1948 bis 11. April 1949 und sieht einen Waren austausch von 16 Mill. Kr. in beiden Richtungen vor. Österreich wird u. a. Magnesit, Roh-eisen und Walzdraht, Maschinen, Traktoren, Textilien, Konfektionswaren und Hüte liefern und dafür von Schweden hauptsächlich Eisen- und Stahlwaren, Maschinen, Chemikalien, mineralische Produkte, Papier und Fische erhalten. Im letzten Jahr betrug die schwedische Einfuhr aus Österreich 13,7 Mill. Kr. und die Ausfuhr nach Österreich 5,7 Mill. Kr.

Holland — Norwegen

Den Haag. Auf Grund des neuen Handelsvertrages zwischen Holland und Norwegen sind für das laufende Jahr holländische Exporte im Werte von 163 Mill. Kr. und holländische Importe für 114 Mill. Kr. vorgesehen. Im Vergleich zum Vorjahr hat Norwegen im Zuge seiner Sparpolitik die Einfuhr verschiedener Waren aus Holland gekürzt. Norwegen wird vor allem Fische, Walfischtran, Lebertran, Stickstoffdünger, Rundholz, Zellulose, Papier und Maschinen liefern und dagegen aus Holland Blumenzwiebeln, Koprä, Superphosphat, Salz, Chemikalien, Farben und Lacke, Linoleum, Pharmazeutika, Zinn, Schiffe, optische Apparate, Glas, Kunstseidengarne, Eisen- und Stahlzeugnisse sowie Maschinen erhalten.

In Stockholm wurde zum holländisch-schwedischen Handelsvertrag ein Ergänzungsabkommen abgeschlossen, das zusätzlich Lieferungen beider Länder im Betrage von 8,2 Mill. Kr. (6,2 Mill. B.) vorsieht.

Außerdem wurde in Helsingfors ein zweites Zusatzprotokoll zum finnisch-holländischen Handelsvertrag unterzeichnet, wonach Finnland Kistenholz, Karton und Papier im Betrage von 3,7 Mill. B. und Holland Schmirgelpulver und Fette, Textilien, chemische Produkte, Metallwaren und Kartoffelmehl im Werte von rund 2,8 Mill. B. liefern wird.

ÜBERALL
wohin Sie auch fahren
gelb-rote SHELL Tankstellen
und **SHELL AUTOOLE**
werterhaltend wirtschaftlich

Qualitativ hochwertige
Geschenk- u. Gebrauchsartikel
speziell aus Holz, aber auch Papierwaren wie Melbühner, Künstler-Postkarten und kunstgewerbliche Artikel zur laufenden Abnahme von Großhandelsfirmen gesucht. Gegenseitige Unterfertigung zugesichert. Angebote unter A 718 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.

WIR SUCHEN
WAREN ZEICHEN UND NAMEN

Wir suchen Markenzeugnisse
1. Brandzeichen
2. Etikette
3. Käuferzeichen

An Preisen sind ausgesetzt:
5.000.— RM im Wert
20 Preise aus unserem Produktions-Programm

Die Bedingungen des MEIS-AUSSCHREIBENS sind unter Stichwort „Preisausgaben“ gegen Einsendung von 1.— RM erhältlich bei
ERNST WAGNER
Kornbrennerei-Brennerei
Hauptverwaltung Hamburg 33,
Orensbechstraße 2—10

SANDERBAND

Das gute Bindeband
das schöne Liebesband

Alteingesetzter Hersteller
H. Bender, Leipzig, Wagnerstr. 10

Gestirnte Gesundheitsverbindungen

sind ein Anlogepolier, das allen Angriffen standhält, sie sind gut wie Gold. Wir sichern leitungsstabile Lieferanten von Eisen, Messing, Kupfer, Zinn und Sinterwaren dauerndes gegenseitiges Absetzen im In- und Ausland.

GYD HATJE
Gross- und Außenhandel GMBH
München-Milbertshausen

HAKÜTOL

Schutz-Anstriche

in schwarz und farbig für
DACHPAPPE
MAUERWERK
METALL
HOLZ
STREIFEN

HARRIES & HÜLHENS H.G.
OBERNÖRCHEN

Welthandelsflotte um 20% gestiegen

Großbritannien wieder auf Vorkriegsstand — USA-Tonnage um 240% größer

LONDON. Zum erstenmal seit 1939 veröffentlicht Lloyds Register of Shipping wieder zusammenfassende Statistiken über die Welthandelsflotte. Als Stichtag für die folgenden Zahlen gilt der 30. Juni 1947.

Durch ausgedehnte Bauten während der Kriegsjahre ist die gesamte Welthandelsflotte von rd. 70 Mill. BRT am 30. Juni 1939 auf rd. 84 Mill. BRT am 30. Juni 1947 gestiegen. Darin waren 1939 noch 930 000 BRT Segelschiffe und sonstige Schiffe ohne Dampf- und Motorenantrieb; jetzt sind es nur noch 842 485 BRT.

Von der Gesamtflotte entfielen Mitte 1947 (unter Berücksichtigung der auf Zeit gecharterten Schiffe) 17,95 Mill. BRT gegenüber 17,998 Mill. BRT im Jahre 1939 auf Großbritannien und Nordirland. Obwohl Großbritannien im Krieg etwa die Hälfte seiner Handelsflotte verloren hat, verfügte es somit im Vorjahr bereits wieder über annähernd die gleiche Tonnage wie bei Kriegsausbruch. Das britische Empire besaß einseitig die Dominanz und Kolonien Mitte 1947 eine Gesamttonnage an Dampf- und Motorschiffen von 21,32 Mill. BRT oder 320 000 BRT mehr als Mitte 1939. Hier tritt also der bedeutende Ausbau der Handelsflotten der Dominions, mit Kanada und Australien an der Spitze, in Erscheinung.

Während die Flotte des britischen Empire seit 1939 um 1,5% zugenommen hat, ist jedoch die der Vereinigten Staaten gleichzeitig um 21,26 Mill. BRT oder 238,6% auf 30,17 Mill. BRT ge-

stiegen und hat damit das Land mit großem Vorsprung an die Spitze der Schiffahrtsnationen gesetzt. Andere Länder, die seit 1939 bedeutende Tonnagesteigerungen zu verzeichnen haben, sind Spanien (25,2%) und Schweden (15,9%). Demgegenüber haben Deutschland (8,8%), Italien (6%), Griechenland (4,3%), Norwegen (2,2%), Frankreich (2,1%) und Holland (1,8%) ihrer Vorkriegstonnage verloren.

Weitere Zunahmen des Schiffsraums sind bei folgenden Ländern zu verzeichnen: Panama um 909 333 BRT, Sowjetrußland um 848 701 BRT, Kanada um 650 728 BRT, China um 391 547 BRT, Argentinien um 278 140 BRT, Schweden um 248 073 BRT, Spanien um 226 137 BRT, Honduras um 193 739 BRT. Einen Rückgang an Schiffsraum verzeichneten Deutschland um 3 894 456 BRT, Italien um 2 131 298 BRT, Norwegen um 1 073 131 BRT, Griechenland um 793 565 BRT, Frankreich um 626 111 BRT, Holland um 533 512 BRT, sowie Japan, über dessen Verluste die endgültigen Statistiken noch nicht vorliegen, wo man jedoch annimmt, daß der größte Verlust an Schiffsraum eingetreten ist (voraussichtlich über 4 Mill. BRT).

Prozentualer Anteil an der Welthandelsflotte an Dampf- und Motorschiffen

Land (Inkl. Seeländische Tonnage)	1901	1914	1939	1947
Var. Staaten	4,2	4,5	13,0	36,1
Großbritannien und Nordirland	30,2	41,4	26,1	24,4
Norwegen	3,4	4,3	7,1	4,5
Holland	2,1	2,2	4,3	2,9
Frankreich	4,4	4,2	4,3	2,8

Abgesehen von ihrem stark gestiegenen Anteil an der Welttonnage verfügen die Vereinigten Staaten über eine viel jüngere Flotte als die anderen Länder. Nicht weniger als 73,7% der am 30. Juni 1947 registrierten amerikanischen Tonnage war weniger als fünf Jahre alt. Bei Großbritannien und Nordirland betrug der entsprechende Anteil nur 36,8% und bei Frankreich sogar nur 32,6%. Ob hierin ein Vorteil liegt, muß allerdings angezweifelt werden. Die amerikanischen Tonnageeffizienzen fallen zu einem großen Teil auf für Kriegszwecke gebaute Standardschiffe, die in normalen Zeiten nicht unbedingt konkurrenzfähig sein werden. In einem wichtigen Punkt hat Großbritannien seine führende Stellung noch immer beibehalten können: es besaß Mitte 1947 noch immer reichlich 56% aller Handelschiffe von 15 000 und mehr BRT.

Lloyds Register hat auch einen Versuch unternommen, den Kraftantrieb der Welthandelsflotte festzustellen, der in Anbetracht der kritischen internationalen Versorgungslage mit Heiz- und Kraftstoffen besonderes Interesse verdient.

Kraftantrieb der Welthandelsflotte

	1914	1939	1947
(in Prozenten)			
Kohle	88,84	44,67	26,20
Heizöl für Kessel	2,45	29,43	52,52
Gesäß für Dieselmotoren	0,45	24,34	20,28
Segel und Barken ohne eig. Kraftantrieb	8,06	1,34	1,00
	100,00	100,00	100,00

Die Verteilung des Weltschiffsraums nach Anzahl der Fahrzeuge und nach Tonnage auf die wichtigsten seefahrenden Nationen geht aus der nachstehenden Tabelle hervor:

	Anzahl d. Fahrzeuge	Tonnage	in % der Welttonnage
USA (inkl. unter amerik. Flagge fahr. Schiffe und Nationen)	5 480	32 423 196	38,82
Großbritannien und Nordirland	6 061	17 847 897	21,37
Norwegen	1 483	3 740 911	4,50
Holland	1 295	2 436 383	2,92
Frankreich	973	2 314 898	2,77
Sowjetunion	952	2 156 937	2,58
Kanada	904	1 869 746	2,24
Schweden	1 195	1 828 514	2,19
Panama	369	1 702 260	2,04
Italien	673	1 300 987	1,56
Spanien	794	1 130 004	1,35
Griechenland	297	8 027 101	1,23
Dänemark	406	1 024 292	1,23
Sonstige	7 889	12 490 542	15,20
Weltflotte	29 563	83 513 772	100,00

Die Welthandelsflotte ist also heute um 20% größer als 1939. Ein Tonnagemangel wäre danach kaum verständlich.

Rückgang der Welttankertonnage

	1. Januar 1948	30. Juni 1947	
Anzahl der Schiffe	Anzahl der Schiffe	Anzahl der Schiffe	
(in 1000 t)			
USA	772	10 837	897
England	482	5 170	469
Norwegen	138	2 807	188
Panama	127	1 978	100
Holland	84	971	81
Schweden	76	306	28
Frankreich	44	562	37
Italien	43	415	37
Argentinien	29	321	28
Rußland	24	213	25
Spanien	21	178	20
Dänemark	11	140	10
Mexico	12	117	12
Venezuela	24	98	25
Belgien	5	38	5
Brasilien	7	27	6
China	4	48	4
Portugal	6	45	6
Finnland	4	44	3
Griechenland	5	39	3
Uruguay	2	21	2
Honduras	2	21	2
Schweiz	2	17	1
Chile	3	11	1
Polen	1	9	—
Jugoslawien	1	9	—
Türkei	1	4	1
Peru	1	4	1
Columbia	1	2	1
Siem	1	2	1
	1 973	23 388	1 906

Starker Anstieg des Schweizer Außenhandels

Einfuhrüberschuß 189,6 Mill. Fr.

Bern. Der Außenhandel der Schweiz weist im März eine beachtliche Erhöhung auf. Mit einer Einfuhr in Höhe von 472,2 Mill. Fr. ergibt sich gegenüber Februar ein Wertzuwachs um 53,6 Mill. Die Ausfuhr zeigt im gleichen Zeitraum eine Erhöhung um 43,6 Mill. und steht mit 282,6 Mill. Fr. ungefähr auf dem Stand des Vorjahres. Es ergibt sich im Monat März ein Einfuhrüberschuß im Betrag von 189,6 Mill. was gegenüber Februar ein Plus von 10 Mill. bedeutet.

Bei einem Vergleich mit dem Umsatz des ersten Vierteljahres 1947 hat die Einfuhr im gleichen Zeitraum 1948 eine wertmäßige Erhöhung um etwa ein Drittel erfahren, während sich die Ausfuhr wertmäßig um etwa 3,3% verringert hat. Für das erste Vierteljahr 1948 ergibt sich daher ein Einfuhrüberschuß von insgesamt 630,6 Mill. Fr. gegenüber 260,8 Mill. Fr. in der gleichen Zeit 1947.

Die Einfuhr verzeichnet mit einem Mengenindex von 175 sowohl gegenüber Februar als auch im Vergleich mit März 1947 eine Ausweitung von rund 20%. Die Importsteigerung umfaßt Fabrikate und in etwas schwächerem Ausmaß auch Rohstoffe, während die Einfuhr von Lebensmitteln einen leichten Rückgang aufweist.

Der Außenhandelsindex (1938=100) zeigt bei der Einfuhr mit 123 eine Erhöhung um rund ein Fünftel gegenüber Februar und liegt etwas höher als März 1947 (119).

An der Außenhandelszunahme gegenüber Februar ist der Europahandel stärker beteiligt als der Warenstand mit Übersee. Vor allem zeigt der Güterverkehr mit Frankreich eine bemerkenswerte Belebung. Gegenüber März 1947 ist u. a. die Zufuhr aus Argentinien, den USA, Kanada, sowie aus Deutschland und Großbritannien wesentlich gestiegen, während sich die Einfuhr aus Frankreich beträchtlich vermindert hat. Eine beachtliche Erhöhung erfährt die Ausfuhr nach Frankreich, Belgien, Luxemburg und Österreich, während der Handel mit Schweden Absatzverluste zeigt. Rückläufig war auch die Ausfuhr nach Indien und Kanada, während Brasilien eine Erhöhung der Einfuhr aufweist.

Die nachstehende Tabelle ergibt eine Übersicht über die Ein- und Ausfuhr im Februar und März 1948 (in Mill. Fr.):

	Febr. März Febr. März	Febr. März Febr. März
Deutschland	20,4 24,4 1,8 2,3	2,3 1,8 4,8 6,5
Österreich	0,2 1,9 4,8 6,5	2,3 1,8 4,8 6,5
Frankreich	22,5 35,1 27,3 35,9	27,3 35,9 35,9 27,3
Italien	26,9 34,9 13,2 15,9	13,2 15,9 15,9 13,2
Belgien-Luxemb.	35,8 39,6 21,8 25,9	21,8 25,9 25,9 21,8
Dänemark	5,8 5,4 6,6 5,8	6,6 5,8 5,8 6,6
Niederlande	15,4 15,7 12,2 13,3	12,2 13,3 13,3 12,2
Großbritannien	33,9 33,7 8,7 10,8	8,7 10,8 10,8 8,7
Spanien	3,7 3,3 4,3 4,8	4,3 4,8 4,8 4,3
Schweden	10,7 12,2 2,0 2,5	2,0 2,5 2,5 2,0
Polen	6,8 8,3 2,8 1,9	2,8 1,9 1,9 2,8
Tschechoslowakei	14,5 14,4 13,5 13,4	13,5 13,4 13,4 13,5
Indien	5,8 5,4 6,6 5,8	6,6 5,8 5,8 6,6
Kanada	6,8 6,0 2,9 2,4	2,9 2,4 2,4 2,9
Verein. Staaten	97,4 106,1 32,0 34,3	32,0 34,3 34,3 32,0
Brasilien	6,9 9,7 12,3 16,9	12,3 16,9 16,9 12,3
Argentinien	28,5 28,2 10,4 14,3	10,4 14,3 14,3 10,4

Rekordausfuhr der tschechischen Glasindustrie

Erweiterte Produktionsgebiete — Neue Verkaufsstellen in Übersee

Die Verlaubarung, daß auf der Prager Frühjahrsmesse die gesamte Produktion der tschechischen Glas- und Glaswarenindustrie für die beiden nächsten Jahre im voraus verkauft worden ist, lenkt den Blick auf einen Industriezweig, dessen Bedeutung für den Außenhandel der Tschechoslowakei von jeher unbestritten war.

Ob die Glasindustrie allerdings — angesichts des neuen Wirtschaftskurses der jetzigen Prager Machthaber, die die Produktionsindustrie unter bewußter Vernachlässigung der Konsumgütererzeugung nachdrücklich fördern wollen — auch in Zukunft über so günstige Produktions- und Absatzverhältnisse wie im vergangenen Jahr wird berichten können, muß zum mindesten angezweifelt werden. Insofern ist auch die genannte Meldung von der Prager Messe mit einiger Vorsicht zu bewerten.

In der vom tschechischen Außenhandelsministerium herausgegebenen Zeitschrift „Zahraňiční obchod“ wird berichtet, daß die Glasindustrie derzeit noch auf vollen Touren laufe. Vor dem Jahre 1938 betrug der Anteil der Glasindustrie an der CSR-Gesamtausfuhr nach den Exporten von Zucker, Eisen, Textilien, Lederwarenzeugnissen usw. ungefähr 5 bis 6%, heute nimmt sie nach der Eisenwarenausfuhr den zweiten Platz ein und der Index des Ausfuhrvolumens erreicht etwa das Dreifache gegenüber dem Stand in den Vorkriegsjahren. Von 1935 bis 1947 ergibt die Entwicklung der Glasausfuhr folgendes Bild:

Jahr	In 1000 Kc.
1935	379 443
1936	409 037
1937	787 147
1945	30 972
1946	1 479 088
1947	2 717 000

Vom Gesamtumsatz entfielen auf den größten verstaatlichten Betrieb, die Böhmisch-Mährische Glasfabrik, allein 170

Mill. Kc im Export nach 51 Ländern. Der Ausfall der deutschen Konkurrenz gab Anlaß, sich auch für die Erzeugung von optischem Glas für Brillen, Fotoapparate und Fernrohre zu interessieren, eine Erzeugung, die man noch in diesem Jahr aufnehmen will. Eine weitere Spezialität für den Export wird Glas für das sogenannte fluoreszierende „kalte Licht“ sein. Vorgesehen ist ferner die Herstellung von Thermometerglas und Glaspumpen, für deren Erzeugung Maschinen aus den USA bestellt wurden. Die Erlöse aus den Glasexporten fallen in der Devisenbilanz deswegen besonders ins Gewicht, weil die Glasindustrie nur etwa 5% der durch den Export gewonnenen Devisen für die Einfuhr der benötigten Rohmaterialien selbst verbraucht.

Die wichtigsten Kunden waren bisher USA, Großbritannien, Holland, Schweden, Belgien, Frankreich, Kanada, Argentinien und Brasilien. Für das laufende Jahr sollen Bestellungen aus England im Wert von 400 Mill. Kc für Glaswaren aller Art vorliegen. In die UdSSR wird in erster Linie Tafelglas und geschliffenes Glas ausgeführt. Neue Verkaufsstellen in Übersee sollen in Venezuela und Trinidad errichtet werden sein; die Einrichtung einer zweiten Verkaufsstelle in den USA sei geplant. Ob es der Glasindustrie tatsächlich gelingt, auch die Glasfabrikation so auszubauen, daß sie den Wettbewerb in diesem Zweig, in dem das Ausland zweifellos einen erheblichen technischen Vorsprung hat, aufnehmen kann, muß abgewartet werden. Mit erheblichem Mißbehagen sieht man auf die vielen neugegründeten Betriebe in Deutschland und Österreich, in denen fast ausschließlich ehemalige sudetendeutsche Fachkräfte arbeiten. R. K.

Erhöhter Warenverkehr Frankreichs

Die USA liefern mehr als die Kolonien

Der französische Außenhandel konnte im Jahre 1947 weiter gesteigert werden, ohne jedoch bereits die Ziffern des Jahres 1938 wieder zu erreichen. Wenn wir die Einfuhr des Jahres 1938 als Basis annehmen, also gleich 100 setzen, so stellte sich mengenmäßig Frankreichs Einfuhr im Jahre 1946 auf 67 und im Jahre 1947 auf 81; bei der Ausfuhr beträgt die Indexziffer für 1946 nur 65 und für 1947 nur 70.

Der französische Import erreichte 1947 einen Wert von 346,7 Mrd. Frs., die Ausfuhr stellte sich wertmäßig auf 212,8 Mrd. Frs., so daß ein Defizit der Handelsbilanz von 133,9 Mrd. Frs. entstand. Die Einfuhrmengen betragen im vergangenen Jahr 38,5 Mill. t, die Ausfuhrmengen 13,9 Mill. t. Vor dem Kriege war der Einfuhrüberschuß bedeutend geringer als im letzten Jahr; 1938 stellte sich der Import auf 46,1 Mrd. Frs. und der Export auf 30,6 Mrd. Frs., so daß ein Fehlbetrag der Handelsbilanz von nur 15,5 Mrd. Frs. entstand. Dieses Defizit war damals ohne Bedeutung, da es durch beträchtliche Einnahmen aus dem Ausland, die aus dort angelegten französischen Kapitalien flossen, durch Gelder von Ferienreisenden, die Frankreich in großer Zahl besuchten, durch Schiffstransporte, durch Einnahmen aus Versicherungen gedeckt werden konnte. Diese Geldengänge aus dem Ausland haben sich seit dem Krieg sehr stark vermindert, während andererseits Frankreich ganz bedeutende Summen ausgeben muß, um die Frachten auf ausländischen Schiffen zu bezahlen, da die Tonnage der französischen Handelsmarine noch nicht ausreicht.

Die Haupteinfuhr Frankreichs fällt auf industrielle Rohstoffe, deren Import ungefähr 83% der gesamten Auslandszufuhr ausmacht. In weitem Abstand folgen Nahrungsmittel mit 10% des gesamten Importwertes und Fertigfabrikate mit 7% der wertmäßigen Auslandszufuhr. Andererseits verkauft Frankreich ebenfalls Rohstoffe an das Ausland, diese machen wertmäßig 70% des Exportwertes aus, ferner Fertigfabrikate, die sich auf 24,5% der Gesamtausfuhr stellen, und Lebensmittel, die 5,5% des Gesamtexportes erreichen.

Von besonderem Interesse ist heute die Kohleneinfuhr, zumal von Kohle die Entwicklung der französischen Wirtschaft mehr denn je abhängt. Im Jahre 1947 hat sich der Kohlenbezug Frankreichs aus dem Ausland wesentlich verbessert, denn die Einfuhr von Kohle erhöhte sich um 60% gegenüber dem Vorjahr und erreichte fast 1/3 der 1938 importierten Mengen.

Frankreichs Kohlenlieferanten

	1938	1947
	(in 1000 t)	(in 1000 t)
Vereinigte Staaten	—	12 014
Deutschland	7174	3 971
Belgien	4880	642
Polen	1377	324
Niederlande	2128	125
Marokko	—	82
Tschechoslowakei	71	32
Großbritannien	6481	5

Die Entwicklung des französischen Außenhandels wird stark durch die

Verknappung der Auslandsvaluta beeinflusst. Frankreich ist mehr als früher darauf angewiesen, mit seinen Kolonien und Mandatsgebieten Handel zu treiben. Im letzten Jahr kamen 39% der gesamten Einfuhr aus den überseeischen französischen Besitztümern (vor dem Kriege waren es nur 24%), die andererseits 24% der französischen Ausfuhr aufnahmen (1938 32%). Das Mutterland muß bestrebt sein, Rohstoffe und Nahrungsmittel in französischen Franken und zu niedrigen Preisen aus seinen Besitztümern zu beziehen und sie in Staaten mit anderer Währung abzugeben.

Liefer- und Abnehmerländer

In Frankreich treten heute ebenso wie in anderen europäischen Ländern auch die USA mehr und mehr hervor. 1947 exportierten diese mehr als 1/3 der gesamten französischen Einfuhr, bezogen aber andererseits von Frankreich nur knapp 4,5% der französischen Gesamtausfuhr. Die Verein. Staaten lieferten im letzten Jahr für 91,3 Mrd. Frs. Waren (36,8% der Gesamteinfuhr) und kauften für 5,7 Mrd. Frs. Aus Großbritannien wurden für 11,2 Mrd. Frs. (11%) importiert und für 14,9 Mrd. Frs. aus Frankreich exportiert. Belgien-Luxemburg lieferten für 18,1 Mrd. Frs. und nahmen für 25,9 Mrd. Frs. ab. Aus der Schweiz kamen für 8,9 Mrd. Frs. (oder 11% der Gesamteinfuhr), andererseits wurden für 13,5 Mrd. Frs. Waren dorthin geliefert. Die Einfuhr aus Argentinien stellte sich wertmäßig auf 11,8 Mrd. Frs. In Deutschland kaufte Frankreich für 13,5 Mrd. Frs. und lieferte für 5,8 Mrd. Frs., die französische Einfuhr aus Holland stellte sich auf 5,9 Mrd. Frs., andererseits waren die Niederlande Käufer für 3,4 Mrd. Frs. Bemerkenswert ist, daß die gesamte Einfuhr der französischen Besitztümern außerhalb des Mutterlandes noch unter dem Import aus den USA zurückblieb; sie erreichte nur einen Wert von 68 Mrd. Frs., andererseits kauften aber die französischen überseeischen Besitztümern unvergleichlich viel mehr als die Vereinigten Staaten in Frankreich. Sie bezogen nämlich 1947 für 86,6 Mrd. Frs.

Im März 1948 hat der französische Außenhandel einen weiteren beträchtlichen Aufschwung genommen. Der Einfuhrwert erreichte 50 Mrd. Frs., während der Monatsdurchschnitt im Jahre 1947 sich nur auf 28,9 Mrd. Frs. belief. Die Einfuhrmengen sind nicht ganz so stark gestiegen. Im März 1948 erreichte die Einfuhr 3 677 000 t, während der monatliche Jahresdurchschnitt 1947 nur 3 115 000 t betrug. Frankreichs Ausfuhr besitzte sich im März d. J. auf 33,3 Mrd. Frs. gegen nur 17,7 Mrd. Frs. im Monatsdurchschnitt 1947. Die mengenmäßige Ausfuhr stellte sich im März auf 1,20 Mill. t im Monatsdurchschnitt 1947 auf 1,16 Mill. t. Während sich also der französische Export im März wertmäßig im Vergleich zum Monatsdurchschnitt des Vorjahres verdoppelte, zeigte die Ausfuhrmengen nur eine schwache Erhöhung. L.

WIRTSCHAFTSREVUE STEUER

Die Richtlinien des Bayerischen Finanzministeriums vom 5. 1. 1948...

In Schlesien-Holzland gelten hinsichtlich der völlig entriegelten...

- 1. Für Grundstücke, auf denen sich zersiedelte Gebäude befinden...

Das Finanzministerium von Württemberg-Baden hat durch Erlaß vom 4. 9. 1947...

In dieser Rubrik geben wir unseren Lesern Hinweise auf die wichtigsten Ereignisse im Steuerwesen.

Darüber hinaus werden die nur kurz erwähnten Fragen in einem Beiblatt...

Wer von unseren Fernlesern Interesse an dieser Ausgabe...

Die Maschinen bereits von einem früheren Zeitpunkt ab...

Der Oberfinanzpräsident Westfalen in Münster hat am 15. 3. 1948...

Die Gewerbesteuerpflicht der freien Berufe in Rheinhessen...

Bei Betriebsbeschränkungen und Betriebsstilllegungen...

Abendblatt 46 LSIR 1940 L. 6. v. v. 1947 schließt für die französische Zone...

Im Gegensatz zur Regelung in der Doppelzone sind die Rheinland-Pfalz...

Nach einem Erlaß vom 7. 3. 1947 behält in Rheinland-Hessen-Nassau...

Neugründungen

Im März: 78 GmbH's und 1 AG in der französischen Zone

Hfg. Baden-Baden. Nach den Bekanntmachungen der Amtsgerichte...

LAND WÜRTTEMBERG

Baiersbrunn: Textilien Kunsthandwerk Baiersbrunn GmbH...

LAND BADEN

Achern: Wepsa GmbH, Achern, Betrieb v. Fabrik, Papier, Karton...

PFALZ

Annweiler: J. Rapp GmbH, Spirkelbach, Schuhfabrikation...

Neustadt: Kranz-Verlag GmbH, Neustadt a. d. Haardt...

RHEINLAND-HESSEN

Altenkirchen: Heinrich Birkenbeil, Expedition und Baumaterialien-Großhandel...

SAARLAND

Saarbrücken: Eisenhof GmbH in Saarbrücken, K 20 000 Saarmark...

Neue Betriebe in Oldenburg

Die Firma Walter Haupt & Co., Chem.-pharmazeutische Fabrik...

Niederlahnstein: 'Hanko' Industrie- und Handelsgesellschaft m. b. H.

SAARLAND

Saarbrücken: Eisenhof GmbH in Saarbrücken, K 20 000 Saarmark...

Neue Betriebe in Oldenburg

Die Firma Walter Haupt & Co., Chem.-pharmazeutische Fabrik...

Buggingen erreicht halbe Friedensförderung

Leistungsrückgang, hohe Kosten, unzureichende Preise

Hfg. Baden-Baden. In den letzten zwölf Monaten konnte die Kaliförderung...

Deutsche Gesellschaften

Rheinische Spiegelglas. Die AG, der Rheinische Spiegelglasfabrik...

Personalien

In den Aufsichtsrat der Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke AG...

In den Vorstand der Geisweider Eisenwerke AG...

Der bisherige Treuhänder für die Preußische Staatsbank...

Der Aufsichtsrat der Marmor-Industrie-Kleber AG...

Bei der Deutschen Hoffmann-La Roche AG in Grenzach...

Nachdem der bisherige Aufsichtsrat der Passage-Kaufhaus AG...

Bei der Siemens Schamotte-Fabrik AG in Witzge (bei Münster)...

Georg Müller in Oerlinghausen, der Generaldirektor...

Bei der Saar- und Rhein-Kohlenhandlung AG in Saarbrücken...

Bei der Siemens Schamotte-Fabrik AG in Witzge...

Bei der Saar- und Rhein-Kohlenhandlung AG in Saarbrücken...

58. Briefmarken-Grossauktion Anfang Juni 1948

Umsätze in den letzten 5 Gross-Auktionen 22 Millionen Mark

Einlieferungen von Sammlungen, Seltenheiten, Nachlässen usw. werden jetzt angenommen.

EDGAR MOHRMANN & Co., M. B. H. Vereidigter Briefmarken-Auktionator



Auktionsabzug 10%, keinerlei Nebenspesen.

HAMBURG 1, Speersort 6, Tel. 32 64 28

Führendes Briefmarken-Auktions-Haus Deutschlands!

Zinn ohne Kriegskonjunktur

Immer noch hohe Vorräte, aber geringe Zuteilungen

Während die internationale Kupfer- und Aluminiumwirtschaft aus dem Krieg starke Impulse bezog, Erzeugung und Verbrauch dieser Metalle sich auf neuen Rekordhöhen bewegten, war für Zinn infolge des Kriegsvollzugs das Gegenteil festzustellen. Nur von der Seite der Preisbildung her trat auch hier eine Kriegskonjunktur ein, die jedoch durch den geringen Absatz teilweise wieder kompensiert wurde.

Die erste Phase des Krieges hatte zwar eine Steigerung der Weltzinnerzeugung zur Folge, doch kam es zu einem raschen Verrück der Produktion, weil Japan sich der wichtigsten Produktionsgebiete in Ostasien bemächtigt hatte. Die Produktion in den Malayenstaaten, die 1939 36.961 t betrug, stieg 1940 auf 68.581 t, ging dann jedoch bis 1944 auf nur noch 3000 t zurück. In Niederländisch-Ostindien stieg die Erzeugung von 21.419 t im Jahre 1939 auf 31.800 t im Jahre 1941 und verringerte sich auf nur 27 t im Jahre 1944. Das Internationale Zinnerestriktionsabkommen stand nach der Besetzung der wichtigsten Produktionsgebiete in Ostasien durch japanische Truppen nur noch auf dem Papier, denn zur Befriedigung des englisch-amerikanischen Zinnbedarfs im Krieg wurden alle übrigen Quellen ohne Rücksicht auf die im Restriktionsabkommen festgesetzten Quoten herangezogen. Japan andererseits konnte den Zinnvorrat, der ihm in den Schöpfungsjahren vor dem Krieg zugeflossen war, gar nicht verbrauchen. So stieg die bolivianische Erzeugung von 27.215 t im Jahre 1939 auf 48.483 t im Jahre 1942, die Erzeugung Belgisch-Kongos von 3621 t im Jahre 1939 auf 17.148 t im Jahre 1944. Die Produktion des in den Krieg verwickelten größten Ausländers, China, ging dagegen von 19.859 t im Jahre 1939 auf 2500 t im Jahre 1944 während des Krieges zurück. Unter diesen Umständen mußte der Zinnverbrauch während des Krieges selbst in England, dem führenden Land in der Weltzinnerzeugung, eingeschränkt werden, und der größte Zinnverbraucher der Welt, die Vereinigten Staaten, sahen sich in erheblichem Umfang zu einer Einschränkung des zivilen Zinnverbrauchs gezwungen. Das führte dann zur Errichtung der amerikanischen „Longhorn-Zinnhütte“ in Texas City mit holländischer technischer Hilfe, die für die Folge auch heute noch einen bedeutenden Teil der bolivianischen Zinnerzeugung verhilft. Erst, die früher vor dem Krieg von den englischen und deutschen Mütten aufgenommen wurden, die Weltzinnerzeugung betrug in den Jahren 1940 bis 1945 im Mittel 85.900 t und der Verbrauch der Welt an Zinn nur 48.000 t im gleichen Zeitraum. In den Jahren aufsteigender Konjunktur von 1935 bis 1937 erzeugte die Welt unter dem Restriktionsabkommen etwa 1 Mill. t Zinn und der Verbrauch belief sich auf 669.000 t. Während des Krieges hat nur Japan, wie aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich ist, in der Zinnerzeugung durch seine Eroberungen vorübergehenden Nutzen gehabt.

Es ist recht interessant festzustellen, daß es während der Zeit der japanischen

Herrschaft über das ostasiatische Zinn nicht möglich war, größere Zinnmengen für die deutsche und italienische Industrie im Krieg heranzuschaffen. Andererseits konnte die Zinnerzeugung der Alliierten durch den Verlust der ostasiatischen Vorkommen nicht ernsthaft gefährdet werden, wie sich aus den nachstehenden Zahlen ergibt. Die Zinnvorräte der Welt, ausschließlich der Vorräte bei den Verbrauchern, also hauptsächlich bei den Erzeugern und in Form von Regierungsvorräten in USA und England, haben von 34.487 t Ende 1939 auf nicht weniger als 141.600 t Ende 1945 zugenommen und betragen Ende 1944 113.000 t. Inzwischen ist auch die Weltzinnerzeugung gestiegen. Sie betrug in den ersten elf Monaten 1947 für die Welt 141.700 t. Auf Asien entfielen davon 43.948 t, auf den amerikanischen Kontinent, hauptsächlich Bolivien, 31.802 t, und auf Afrika (Belgisch-Kongo hauptsächlich) rund 25.000 t. Die Zinnvorräte der Welt, die bis Mai 1947 noch auf 97.000 t gesunken waren, sind bis zur Jahreswende auf 128.000 t gestiegen, und decken heute etwa den Bedarf eines Jahres auf der Basis der Zuteilungen. Aber nur ein Bruchteil dieser Quantitäten steht für die Zuteilungen zur Verfügung. Wir meldeten in Nr. 13, daß die internationalen Zuteilungen für das erste Halbjahr 1948 auf 23.200 t festgesetzt wurden. Zweifellos sind Momente, die in der hohen Politik ihren Ursprung haben, die eine Lockerung des Zuteilungssystems vorläufig verhindern. Inzwischen steigt aber die Weltzinnerzeugung, angetrieben durch die, man kann sagen, exorbitant hohen Preise schnell an. Die Zinnerpreise, die in London während des Krieges nur im mäßigen Umfang von 226,3 £ im Durchschnitt des Jahres 1939 auf 301,3 £ 1945 gestiegen waren, betragen heute nicht weniger als 522,5 £, die zinn in den Vereinigten Staaten von 52 cts je lb auf 79 cts bzw. 94 cts gestiegen, wobei bei den Preissteigerungen der Anstieg von den USA ausging. Es hat den Anschein, als wenn die internationale Zinnerwirtschaft die versäumte Kriegskonjunktur, oder wenn man so will, in einer neuen Vorkriegskonjunktur nachholt. Allerdings bleibt dabei zu berücksichtigen, daß manche Anzeichen dafür sprechen, daß diese Konjunktur in absehbarer Zeit ihr Gegenstück umschlagen kann. H. B.

Ostasiens Produktion steigt

Aussichten auf erhöhte Zuteilungen

London. Die jüngsten Berichte aus dem verschiedenen Zinnerzeugungsbereichen scheinen anzudeuten, daß die Aussichten auf erhöhte Zuteilung im zweiten Semester von 1948 relativ günstig sind. Der Weltzinnverbrauch des Jahres 1947 betrug nach vorläufigen amtlichen Schätzungen der International Tin Study Group 31.800 t, während sich die Zinnerzeugung gleichzeitig nur auf 113.000 t belief. Andere Schätzungen, die unserem Metallbericht in Nr. 16 zugrunde lagen, geben die Zinnerzeugung für 1947 mit 117.500 t und die Zinnerzeugung für 1948 mit 124.000 t Metallgehalt an.

Obwohl sofort nach Kriegsende alle Anstrengungen gemacht wurden, die zinnerzeugende Zinnproduktion wieder in Gang zu setzen, waren die bisherigen Ergebnisse unsatisfactorisch. Mangel an Arbeitern, Materialien, Lebensmitteln, Transportmöglichkeiten und schließlich auch Kohle machten schnelle und durchgreifende Wiederaufbauarbeiten unmöglich. Politische und soziale Unruhen haben das Wiederaufbauen wieder verlangsamt. Im Jahr 1947 erreichte die gesamte zinnerzeugende Produktion mit knapp 30.000 t weniger als ein Drittel der Erzeugung des Jahres 1941. Auch in Afrika (38.800 t gegenüber 29.900 t im Jahr 1941) und Amerika (22.600 t gegenüber 41.283 t) waren bedeutende Rückschläge festzustellen. Aus Afrika, Südamerika und den kleineren Erzeugungsbereichen in anderen Erdteilen kam vorläufig kein größerer Beitrag zu einer Steigerung der Zinnerzeugung zu erwarten. Sie haben noch alle Hände voll zu tun, um die Folgen des „Baubaus“ von 1942 bis 1945 wieder gutzumachen.

Auf der anderen Seite hat sich die Situation im Fernen Osten in letzter Zeit beträchtlich gebessert und verspricht sich weiterhin ermutigend zu gestalten. In Malaya hat sich die Zahl der Zinnerbeiter im Verlauf des letzten Jahres um mehr als 40% auf 60.000 Mann erhöht. An der Jahreswende waren 56 Baggebirgswerke wieder in Betrieb, verglichen mit nur 14 am Jahresbeginn. Auch die primitiveren Methoden arbeitenden Bergwerke haben eine bedeutende Ausweitung erfahren. Der Kohlenmangel, der im Vorwinter die malayische Zinnerzeugung sehr schwer traf, ist fast überwunden worden und auch die Verkehrslage der Kolonie hat sich stark gebessert. Im letzten Quartal von 1947 wurden in Malaya tatsächlich wieder 18.000 t Zinn erzeugt, verglichen mit nur 3.000 t im ersten Quartal. Selbst diese Ziffer entspricht nur etwa der Hälfte des Quartalsdurchschnitts von 1941, aber sie spiegelt den ersten nachhaltigen Aufstieg seit Kriegsende wieder. Falls keine unvorhersehbaren politischen Störungen in Malaya eintreten sollten, dürfte der nächste Anstieg im laufenden Semester Fortschritte nach demselben beträchtlichen Maße für das erste Halbjahr 1948 eine malayische Produktion von wesent-

Welt-Warenmärkte

Kunstfasern weiter knapp

Die Verknappung und Verteuerung der meisten Textilien hat in den USA bis in die letzte Zeit angehalten. Aber nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auf dem Weltmarkt überhaupt erfassen sich diese Knappheiten und Preissteigerungen. Die im Dezember v. J. von der Dupont Corporation um 14% heraufgesetzten Preise für Viscosegarne dürften in Kürze auch von den anderen großen Garmentherstellern erhöht werden. Trotz einer Rekordproduktion an Kunstseide sind die Preise für diese Faser beträchtlich gestiegen, was auf die Knappheit an Geweben zu mildern.

Das Preisniveau hat sich gegenüber dem Stand von 1946 um rund ein Drittel erhöht. Die jüngsten Preissteigerungen aber werden das künftige Geschäft ebenso wenig beeinträchtigen können wie bisher, da die modischen Bedürfnisse der Konsumenten Stoffe und anderer Kunstfaser-Gewebe in weiteren Vordringen begriffen ist. Angesichts der technischen Vervollkommenung der Kunstseide und der vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten für industrielle Zwecke wird sich daran auch durch die kürzlich beträchtliche Verbilligung der Naturseide nichts ändern.

Vorläufig sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß sich in den USA Bedarf und Produktion von Kunstfasern schnell einander angleichen werden. Obwohl eine Kapazitäts-Erweiterung schwierig gestalten, so bieten doch das großzügige Erneuerungs-Programm der North American Rayon Corporation, das z. B. die Viscosekapazität um 20% auf 48 Mill. lbs steigert, ferner die jetzt erfolgte 30%ige Kapazität-Erhöhung des Betriebes der American Viscose in Maryland und der infolge des rasch wachsenden Verbrauchs an Reifendek geplante Ausbau der Industrial Rayon Corporation um 4 Mill. lbs hinsichtlich Beispiele für die schöpferische Unternehmer-Initiative auf dem noch sehr entwicklungsstarken Gebiet der Kunstfasern.

Metalle

Der Markt wird auch weiterhin von den widerstreitenden Einflüssen beherrscht, wobei nicht zuletzt die weltweite Lage eine Rolle spielt. Befürchtungen in den USA wegen der strategischen Bevorratung besonders an Kupfer wirken als Haussemoment und so widerständig es klingt, haben steigende Einfuhren von Auslandsblei nach den USA eine Hausseffekt, die wahrscheinlich auf England zurückwirken werden.

Kupfer: In den USA ist die Lage gegenwärtig sehr undurchsichtig. Die Erzeugung ist um 20 bis 30.000 shj monatlich hinter dem Verbrauch zurück und obwohl die amerikanische Regierung gegenwärtig durch ein Preisverbot den Export von Kupfer in drängen die verantwortlichen Stellen an Anlegung einer staatlichen Kupferreserve von etwa 1 Mill. shj. Die beschleunigt erworben werden soll. Darauf ist es wohl auch zurückzuführen, daß die Verbraucher aus ihrer bisherigen Reserve herausgegangen sind und auf längere Sicht kaufen wollen. Diese Momente tragen natürlich zu einer äußerst festen Haltung des Marktes bei. Der englische Kupferpreis ist mit 122 £ je t und der amerikanische mit 21 1/2 cts unverändert. Die Exportpreise sind jedoch etwas von 21,58 bis 21,77 cts auf 21,38 bis 21,75 cts herabgesetzt. Die Röhrenwerke in Lüben-Westfalen wollen ihre Kupfer-Erzeugung aus Almetallen von 400 t im Monat auf 600 t erhöhen. Die Friedenskapazität beträgt 900 t. Es ist das einzige Werk dieser Art in der britischen Zone.

lich mehr als 20.000 t erwartet (siehe auch unseren Bericht über Malaya in Nr. 13).

Zu den Verbesserungen in Malaya werden bedeutende Erweiterungen der Erzeugung in den anderen fernöstlichen Zinnerzeugungsbereichen treten. In der ersten Hälfte des Jahres 1948, normales Hintermalaya, das zweitgrößte Zinnland, hat seine Bergwerke mit neuen amerikanischen Baggern ausgerüstet, die vor der letzten Jahreswende sämtlich eingetroffen waren und im laufenden Semester erstmals in Betrieb sein werden. Die Erzeugung des Gebietes, die im ganzen Jahre 1947 nur 16.000 t betrug (gegenüber 31.000 t im Jahr 1941) dürfte darum, wenn alles glatt geht, im laufenden Semester mehr Zinn als im ganzen Vorjahr erzeugen. Nicht minder günstig sind die Aussichten der Zinnerzeugung in Malaya, da die langverzögerten Abmachungen über die Wiederauflassung und Entschädigung der ausländischen Bergwerksunternehmen im letzten Spätherbst endlich unterzeichnet werden konnten. Auch in China hat sich im laufenden Semester mit der Wiederaufnahme der Zinnerzeugung gerechnet, und falls die heute in fortgeschrittenem Stadium befindlichen Unterhandlungen mit der neuen burmesischen Regierung bald abgeschlossen werden können, wird auch Burma wieder in die Reihe der aktiven Zinnproduzenten eintreten.

Obwohl es heute noch zu früh ist, genaue Produktionschätzungen für das laufende Jahr vorzunehmen, darf es doch bereits als sicher gelten, daß die Weltzinnerzeugung im laufenden Halbjahr den besten Stand der Nachkriegszeit erreichen wird und im nächsten Halbjahr einen weiteren Auftrieb erfahren dürfte. Selbst wenn das jüngste Aufstiegs tempo im ersten oder zweiten Land durch unvorhergesehene Entwicklungen vorübergehend gestört werden sollte, dürfte die Weltproduktion dieses Jahres gewiß über 150.000 t (113.000 t im Vorjahr) zu liegen kommen. Man kann mit einiger Sicherheit erwarten, daß in der zweiten Jahreshälfte mit wesentlich erweiterten internationalen Zinnzuteilungen rechnen. Eine Deckung des vollen Weltzinnbedarfs, der sich bei der heutigen Konjunkturlage auf fast 300.000 t pro Jahr belaufen dürfte, ist allerdings im laufenden Jahr noch nicht in Sicht und mag selbst im nächsten Jahr noch schwer fallen. Immerhin ist das Schicksaltempo des Wiederaufbaus der zinnerzeugenden Zinnindustrie endgültig überunden worden, und die besseren Produktionsverhältnisse dürften demnach auch in den Verbraucherkreisen erstmals fühlbar in Erscheinung treten. V.

FRANKFURT: rückläufig

Die Frankfurter Börse zeigte in der Zeit vom 12. bis 14. A. ein weiteres Eschlagen der Umsatztätigkeit, die sich fast nur noch auf den Ausgleich von Spitzenbeträgen erstreckte. Auch unterhalb der einzelnen Banken sollen die bisher noch relativ regen Umsätze eine erhebliche Schrumpfung erfahren haben, da aus den bekannten Gründen jegliche Unternehmungslust fehlte. Die besonders schwache Verfassung der Rentenmärkte, an denen der Abgabedruck in Ostzonenwerten unvermindert anhielt, dürfte auf die rückwärtige Bewegung der Aktienmärkte mitgewirkt haben. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, betrug die durchschnittlichen Abschwächungen 3 bis 7%. Etwas Nachfrage fanden u. a. Sicherung mit 174 bis 173 (169), Reichsbank mit 148-147-144 (125 1/2), Zeiss Ikon mit 128 (117), Ferner von Maschinenwerten: Schloß 20 1/2 (145), Rheinmetall auf unverändert 135, Deutsche Waffen zu 78-77 (80 1/2) und Neuenburger mit 72-71 (74), aber Berl. Maschinen 19 (82) und Deschimg 298-291 B. (300). Am Montagmarkt gingen Gutehoffnung auf 582 bis 588 (587), Eisenhütte Köln auf 328-329 (327), Babbag auf 122-126 (133), Die Bergbau-Stimm auf 102 (107) und die Gutehoffnung auf 113-106 (113) zurück. Textilwerte ruhig, etwas belebt nur Thüringer Zellwolle N.-A. mit 88-88 1/2 (89) und schwab. Zellstoff mit 67-67 (68). Elektrowerte liegen bis 7% nach, AEG 14 (14), Elek. Lieferungen 15 (15), Licht und Kraft 164-160-161 (166), Schiffahrtaktien nach der letzten Befestigung sehr still und schwächer, Hapag 107-108 (109), Norddeutscher Lloyd 104-105 (106), Hamburg-Süd 112-113 (113), Bankaktien auf stärkere Abgaben aus Nordwestdeutschland bis 7% gedrückt, Berl. Handels 183-96 (185), Deutsche 118-114-115 (122), Dresdner 118-113 (121). Von Einzelwerten Dessauer mit 148-149 (148-149 (148), Schultze V.-A. 128-125 (127).

Am Rentenmarkt setzten sich Abgaben in Ostpapieren fort, so daß bei schwacher Aufnahmemenge neuerliche Einbußen um mehrere Prozent eintraten. Auch die bisher relativ gehaltenen Werte, wie Deutsche Centralbankaktien, Umland, K. O. 91-89 (92), Meisinger Pfd. (92-89) und Preuß. Centralboden (Poniers) mit 88-87 1/2 (89), erlitten starke Verluste. Umsatz: Aktien 215.000 (353.000), Renten 217.000 (215.000) RM.

DÜSSELDORF: ruhiger

Die Rheinisch-Westfälische Wertpapierbörse zeigte in der Berichtswochen einen ruhigeren Aktienmarkt, abnehmenden Kursen, dagegen war der Rentenmarkt freundlicher. Montanwerte, wie Gutehoffnungshütte zeigten nur geringe Umsatze bei Abschwächung. Eisenhütte Köln waren gleichfalls mit 17% schwächer angeboten (315). Die übrigen Aktienmärkte behaupteten ihre Störkurse, kleine Umsätze fanden in Stahlwerke, Klockner, Rheinmetall statt. Von den Maschinenwerten blieb Schieß gehalten, Rheinmetall war unnotiert. Ein kleines Geschäft fand im Sonderwerten statt. Banken waren zu abbrechenden Kursen. Umsätze fanden in Commerzbank, Dresdner Bank, Deutsche Bank statt. Am Rentenmarkt bestand Nachfrage. Auch Industrieobligationen waren gefragt. Der Kuponmarkt blieb mangels Material geschäftlos.

SÜTTGART: schwächer

Die Börsenlage in der württembergischen Wertpapierbörse war in der Woche vom 12. bis 17. April schwächer, es fanden geringe Umsätze statt. Am Wochenende war das Geschäft etwas lebhafter bei immer noch wachsenden Kursen. Rheinische Pfandbriefe, sowie Industrieobligationen wurden unverändert gesucht. Besonders gedrückt lagen Mittel- und kleine Pfandbriefe. Centralboden wurde zu 85-86, Meisinger zu 82-83 gehandelt. Angeboten wurde die kommunale Umschuldungsanleihe von 102,5 - 102. Auch Großbanken waren begehrt. Berliner festverzinsliche Werte waren bei wenig veränderten Werten gefragt. Die Aktien lagen teilweise schwächer, AEG auf 145, Reichkraft auf 126, Eisenhütte auf 328-329, Lichtkraft auf 166-168, Gutehoffnungshütte auf 588-589. Größeres Interesse bestand für die Süd-Württembergische Anleihe, die zu 104,75-104,5 gehandelt wurde.

SPEYERSHAAL FREIBURG: schwach

Bei dem an 18. April stattfindenden Spruchsaal wurden von den Renten 4% Deutsche Centralboden Pfandbr. 21-84 notiert, 4% Deutsche Hyp. Bln. 81-78, 4% Preuß. Centralboden-Kredit-Pfandbr. 25-32, 4% Breslauer 44-49, 4% Deutsche Waffen 58-65. Unter den Aktien standen Gutehoffnungshütte zu 489-492, Hiltl Bergbau Centralbodenscheine 118-117, Schultze V.-A. 128-128, Thür. Zellwolle N.-A. 84-86, Reichsbank 140-145, Deutsche Bank 123,5-131, Dresdner Bank 128-117.

SPEYERSHAAL MAINZ: abwartend

Der Mainzer Spruchsaal in der Woche vom 12. bis 17. April zeichnete sich durch eine abwartende Haltung und vorwiegend schwächliche Tendenz aus. In Aktien und Industrieobligationen fanden kaum Umsätze statt. Die Geschäftstätigkeit beschränkte sich unter diesen Umständen fast ganz auf den Handel in Landesanleihen. Auch hier zeigte sich teilweise eine leicht sinkende Tendenz. Am Spruchsaal vom 12. April notierten Hessen-Pfandbr. Anleihen 102,95 bez., am 13. April 103,00 bez. 2 1/2% Hessen-Nassau bröckelten auf 103,75 ab. Auch die Landesbankausweisungen Rheinland-Pfandbr. gingen etwas zurück und notierten am 15. 4. 100,40 bez. Der gesamte Umsatz stellte sich auf 120.000 RM. Kompositionen erreichten 1.120.000 RM. Geschäfte außerhalb der Nordzone registrierte man in einer Höhe von 1,1 Mill. RM.

ZÜRICH: ruhiger

Die Zürcher Wertpapierbörse blieb in der Zeit vom 12. bis 18. April in abwartender Haltung; die Kurse der meisten Werte bewegten sich in engen Grenzen. Die Preisentwicklung an der Zürcher Börse bewegte sich diesmal in völliger Übereinstimmung mit der Tendenz an der Wall Street. Die schweizerischen Bankaktien konnten Gewinne erzielen. Von den einheimischen Industriewerten gewannen vor allem Nestlé, Ciba, Bally, Lonza, Sargol, Maschinenfabrik Oerlikon, Saurer, während die Tendenz bei Fischer, Stahl und Brown Boveri rückläufig war. Von den Trustwerten verbesserte sich Indelec, Elektro-Watt, Italo-Sulzer. Von den ausländischen Papieren konnten vor allem Royal Dutch etwas vorrücken. Die Obligationen 1928-36 zeigten größere Umsätze. Marktkörner gewannen 1 1/2, 4% Belgien 1 1/2 %.

	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Karlstädter	219,9	216,7	87,4	112,9	82,3	89,5
Außeneisler	24,4	24,8	29,2	17,9	12,9	12,9
WELT	233,3	241,5	117,6	129,9	97,4	83,3

	1940	1941	1942	1943	1944	1945
USA	32,3	102,9	56,3	46,3	39,2	34,8
England	39,2	39,9	22,5	17,6	15,4	15,4
Deutschland	2,4	1,5	1,7	1,5	0,1	?
Italien	4,9	1,5	1,9	1,7	?	?
Rest der Welt	119,4	146,8	129,8	105,9	108,1	102,5
WELT	198,0	332,6	212,2	172,5	163,3	162,0

Schiffahrts-Nachrichten

HOLLAND

Das neue Fracht- und Passagiermotor-schiff „Annemker“ 11.500 dw, 1 der „Verenigde Lijn“ wird am 17. April von My. N. V. Den Haag nach Australien. Das Schiff wurde auf der Wilton-Fyenoord, Schiedam erbaut. Zwei Fyenoord-MAN Dieselmotoren geben der „Annemker“ eine Geschwindigkeit von 17,1 Knoten. Einrichtungen für 15 Passagiere sind vorhanden. — Vor dem Krieg besaß die Reederei 22 Schiffe; nach der neuesten Flottenliste laufen unter der Flagge der „Verenigde“ 15 niederländische Schiffe. Weitere 3 Schiffe befinden sich im Bau: „Arendkerk“ 11.500 dw, 1 „Koecker“ und „Meemker“ je 10.000 dw. Die „Arendkerk“ ist am 17. Januar 1948 in Amsterdam vom Stapel gelaufen.

Für die „Nederl. NV. Stoomvaart My. Amsterdam“ erledigte das auf der Rotterdamse Droogdok My. Rotterdam erbaute Fracht- und Passagiermotor-schiff „Bali“ 10.000 dw, 1 vor kurzem seine Probefahrten und befindet sich nun auf seiner ersten Reise nach Niederländisch-Indien. Das Schiff hat 12 Zyl. Sulzer Dieselmotoren mit einer Leistung von 8000 PS. — Für dieselbe Reederei wurde das auf der Werft „De Scheide, NV., Kon. My., Vlissingen“ im Bau befindliche Fracht- und Passagiermotor-schiff „Borneo“ 13.000 dw, 1 fertiggestellt. Werkstoff: Dieselmotoren mit einer Leistung von 8000 PS sind auf der „Borneo“ eingebaut.

Auf der Schiffswerft Wilton-Fyenoord, Schiedam wurde der Kiel für ein Fracht- und Passagiermotor-schiff gesteckt. Das Schiff ist vom Rotterdamse Lloyd, Rotterdam im Auftrag gegeben. Die Tonnage wird etwa 9.000 t betragen. Nach Angaben der Reederei soll das Schiff den Namen „Blitar“ erhalten.

Drei nordamerikanische Tankreedereien geben zwei USA-Werten 13 große Tank-schiffe von je 27.000 dw, 1 und zwei: „Tankers Co., Inc., New York“ bestellte 7 Großtanker, die „Standard Oil Co. of New Jersey (Esso), New York“ gab 4 Großtanker in Auftrag und die „Gulf Oil Corp., New York“ gab Auftrag auf 2 Großtanker. Die 11 Tanker der „Tankers Co., Inc.“ und der „Standard Oil“ werden auf der „Sun Shipbuilding & Dry Dock Co., Chester, Pa.“ gebaut; die 2 Neubauten für die „Gulf Oil“ sind der Newport News Shipbuilding & Dry Dock & Co., Newport News, Va. in Auftrag gegeben.

Das neue Passagierschiff der „American President Lines, San Francisco, Cal.“, „President Cleveland“, 13.200 t ist der erste Passagierschiff-Neubau seit der Fertigstellung der „America“ von 27.000 t im Jahre 1939. Die „President Cleveland“ erbaut auf der „Bethlehem Alameda Schiffwerft, Alameda, Cal.“, ist in den Dienst San Francisco-Honolulu-Manila-Hongkong-Schanghai und Yokohama eingesetzt. Die Passagiereinrichtungen der I. Klasse und der Touristenklasse für 100 Passagiere sind mit großem Luxus ausgestattet. Das Schiff hat turbo-elektrischen Antrieb, die Leistung beträgt 28.500 PS. Das Schiffschiff „President Wilson“ wird im Frühjahr dieses Jahres fertiggestellt und auf derselben Route verkehren.

Die Vereinigten Staaten von Amerika besitzen die größte Tankerflotte der Welt. 72 Tankerfahrer mit einer Tonnage von 10.000 t bis 100.000 t laufen unter dem Sternchen der „Standard Oil Company of New Jersey (Esso)“ hat eine Flotte von 12 seegebenen Tankern mit einer Tonnage von über 3.000 t bis 10.000 t und neben der englischen „British Tanker Co., Ltd., London“, und der „Anglo-Saxon Petroleum Co., Ltd., London“, die größte Tankerflotte der Welt.

MOTOREN

TRAKTOREN



BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK



Baden-Württemberg